



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Land- und Ressourcenrechte der Adivasi Indiens –
eine Critical Legal Studies Analyse

Verfasserin

Dewi Pointner

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, Jänner 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Internationale Entwicklung

Betreuerin ODER Betreuer:

Dr. René Kuppe ao.Univ.-Prof

Inhaltsverzeichnis

1. Mapping the Study	1
2. Welche Begriffe verwenden und welche Inhalte damit transportieren?	10
2.1. „Tribe“ und Kolonialzeit	10
2.2. „Scheduled Tribe“ und das postkoloniale Indien	12
2.3. „Adivasi“ und „Indigene Völker“	14
3. Chancen und Gefahren der Indigenenbewegung	19
3.1. Historische Kontinuität	20
3.2. Distinktivität, insbesondere Naturverbundenheit	24
3.3. Kolonialerfahrung, Marginalisierung, Nichtdominanz	31
3.4. Conclusio	38
4. Land- und Ressourcenrechte	40
4.1. Land- und Ressourcenrechte im internationalen Recht	40
4.1.1. Der allgemeine Menschenrechtskontext	40
4.1.2. Die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation	41
4.1.3. Die Deklaration der Vereinten Nationen über die Rechte Indigener Völker	44
4.2. Land- und Ressourcenrechte im nationalen Recht	51
4.2.1. Land- und Ressourcenrechtsbestimmungen der Kolonialzeit	52
4.2.1.1. Forest Acts	52
4.2.1.2. Land Acquisition Act	53
4.2.2. Land- und Ressourcenrechtsbestimmungen im postkolonialen Indien	54
4.2.2.1. Wildlife Protection Act, Forest Conservation Act	55
4.2.2.2. Scheduled Areas	56
4.2.2.3. Der PESA Act	58
4.2.2.4. Der Forest Rights Act	61
5. Critical Legal Studies-Analyse und Schlussbemerkung	64
5.1. Spätkapitalismus des Rechts	64
5.2. Gegenhegemonie oder Transformismo?	69
6. Literaturliste	74
7. Zusammenfassung	81
8. Abstract	83
8. Lebenslauf	85

1. Mapping the Study

Die so genannten Adivasis machen laut dem Census 2001 mit 84.326.240 Menschen 8,2% der indischen Bevölkerung aus. (vgl. Census 2001) Ihr Lebensraum ist geographisch über den gesamten Subkontinent verstreut und sie sind hinsichtlich Sprache, Größe¹, Kultur und sozio-ökonomischen Hintergrund der einzelnen Gruppierungen² unterschiedlich. Sie leben hauptsächlich in den bewaldeten und hügeligen Gebieten³ (in den so genannten „Tribal Belts“) mit der höchsten Konzentration in den Nordoststaaten Indiens und dem zentralen Tribal Belt, welcher sich von Rajasthan bis West Bengalen erstreckt. Darüber hinaus sind solche Gruppierungen auch im Himalaya, auf den Andamanen und Nikobaren, sowie im Süden des Landes in Karnataka, Kerala und Tamil Nadu zu finden. (vgl. Faschingeder 2001: 105f) Sie gehören zu einem Teil der Bevölkerung Indiens, der historisch gesehen durch den Entzug ihrer Existenzgrundlage, nämlich das Land und dessen Ressourcen von welchen sie leben, starken Marginalisierungserfahrungen ausgesetzt war und ist. Diese Enteignungen stehen in engem Zusammenhang mit dem Ressourcenreichtum ihres Lebensraumes, eine Gegebenheit, welche nicht nur die Briten in der Kolonialzeit, sondern auch das postkoloniale Indien dazu veranlasste, sie im Sinne der Akkumulation durch Enteignung zu vertreiben. Mit der Absicht weiteren Marginalisierungserfahrungen entgegenzuwirken, entstanden Rechtsebewegungen auf nationaler Ebene, welche diese Gruppe als „(Scheduled) Tribe“ oder „Adivasi“, sowie auf internationaler Ebene, welche sie als „Indigenous Peoples“ (selbst) definierten/ konstruierten, um mit diesen Begriffen eine Politik zu betreiben, auf Basis derer gewisse Rechte auf Land- und Ressourcen anerkannt werden sollen, welche ihnen im Gegensatz zur Mehrheitsbevölkerung verweigert werden und wurden. Die Verortung von Adivasis zur Anerkennung dieser Rechte basiert in der Regel auf folgenden (teilweise mehr, teilweise weniger gewichteten) zentralen Kriterien: Historische Kontinuität mit dem bewohnten Lebensraum; Andersartigkeit in Form der besonderen soziokulturellen, ökonomischen, politischen und religiösen Identität (insbesondere die spezielle Verbindung zu Land und Ressourcen); Opfer von Marginalisierungs- bzw. Kolonialisierungserfahrungen.

¹ Die Völker auf den Andamanen zählen zum Beispiel nur mehr 20 (!) Personen, wohingegen die Bhil, Santal und Gond als größte ethnische Gruppen 3,5 bis 5 Millionen Menschen ausmachen. (vgl. Faschingeder 2001:106)

² Um eine Impression ihrer Diversität zu geben, eine selektive Auflistung der verschiedenen Communities in Indien (vgl. Aufschnaiter 2008:3):

Nordostindien: Naga, Mizo, Bodo (Boro), Khasi, Garo, Mhars, Uraon, Kharria, Thau, Apa Tani

Zentralindien: Meo-Mina, Bhil, Bhilala, Korku, Gond (die größte Gruppe Indiens), Oraon, Munda, Santal, Ho, Kharria, Bumji, Savara, Kol, Khond

Südindien: Toda, Irular, Malayali, Naikda, Marati, Paniyar, Kuruba/Kuruman/Kurumba, Kurichian, Hasalaru, Sholiga

³ obwohl sich das Erscheinungsbild dieser Regionen durch den immensen Raubbau verändert hat (vgl. Aufschnaiter 2008: 4)

Die Intention dieser Arbeit ist eine „Critical Legal Studies“⁴ Auseinandersetzung mit diesen Land- und Ressourcenrechten für Adivasis. Wie wirken die Strukturen des gegenwärtigen historischen Blocks auf die internationalen und nationalen Land- und Ressourcenrechte für die Adivasi und welche gegenhegemoniale Rolle haben diese?

Die „Critical Legal Studies“ ist eine Bewegung, deren Mitwirkende sich in den 1970iger und frühen 1980iger Jahren in den USA auf Konferenzen trafen. Zu den bedeutendsten Denkern gehören Duncan Kennedy, Roberto M. Unger, Clare Dalton, Robert Gordon, Peter Gabel und Karl Klare. (vgl. Baer 2011: 143) In klarer Abgrenzung zu den liberalen Ansichten⁵ zu Recht nahm die „Critical Theory“⁶ der europäischen marxistischen Soziologie starken Einfluss auf die CLS (vgl. Baer 2010: 143, vgl. Litowitz 2000: 532, vgl. Johnson 1984: 250), welche versuchten die Ansätze dieser Denkschule in die Rechtsdomäne einzubauen: Dazu gehören zum einen die Konzepte von Karl Marx, Friedrich Engels, Max Weber und Antonio Gramsci, welche die CLS herannahmen um auf gleiche Weise zu analysieren, wie Machtbeziehungen, Rechtspraxis und Rechtsbewusstsein beeinflussen. Insbesondere das Hegemonie-Konzept⁷ war hier ausschlaggebend. „The concept of hegemony deserves broader consideration from

⁴ Als Abkürzung für Critical Legal Studies wird in Folge „CLS“ oder „CRITS“ verwendet

⁵ Der „liberal legalism“ oder Liberalismus (Hobbes, Locke, Hume), welcher die Welt in Kategorien und in Dualitäten beschreibt (Subjekt-Objekt, Mann-Frau, Öffentlich-Privat, Wir-Ihr, Individuum-Gesellschaft), wird als die verblendende Ideologie gesehen. CLS Theoretiker wollen diese Dualitäten aufbrechen, sprechen sich gegen den Individualismus der liberalen Gesellschaft und für gemeinschaftliche Werte aus. (vgl. Johnson 1984: 255) „Liberal legalist jurisprudence is closely related to the classical liberal political tradition. The metaphysical underpinnings of the enumerated practices are supplied by the central philosophical themes of that tradition: the notion that values are subjective and derive from personal desire, and that therefore ethical discourse is conducted profitably only in instrumental terms; the view that society is an artificial aggregation of autonomous individuals; the separation in political philosophy between public and private interests (between state and civil society); and a commitment to a formal or procedural rather than a substantive conception of justice.“ (Klare zitiert nach Johnson 1984: 255)

⁶ Es würde dem Rahmen dieser Arbeit sprengen, wenn feine Details und Unterschiede der „kritischen Theorie“ besprochen werden würden. Es besteht aber ohnehin keine Notwendigkeit ins Detail zu gehen, denn was die Critical Legal Studies übernehmen, ist laut Johnson mehr eine allgemeine Haltung als spezifische Prämissen. Was Tushnet und andere CRITS-Theoretiker an der „kritischen Theorie“ ansprechend finden, ist vor allem die Annahme, dass jedes Wissen ein Produkt des sozialen Umfelds ist und deshalb nie von einer transzendenten Gültigkeit gesprochen werden kann. (vgl. Johnson 1984: 251, 257)

⁷ Der zentrale Begriff um welchen sich Gramscis Theorie anordnet ist der Terminus „Hegemonie“. Cox beschreibt Hegemonie als „ein soziales Verhältnis auf der Basis einer geschichtlich spezifischen Konstellation von materiellen Strukturen, politischen und sozialen Kräften sowie herrschenden Normen und Diskursen.“ (Cox nach Borg 2001: 2) Hegemonie durchströmt unterschiedliche Ebenen – gesellschaftliche Strukturen, Wirtschaft, Politik, Kultur, Gender, Ethnizität, Identität. (vgl. Bieler/Morton 2004: 87f) Dabei bezeichnet Hegemonie „einen Modus von Herrschaft, der über bloße, potentiell gewaltsame Dominanz hinausgeht, da er auf einem Konsens beruht. Der ‚herrschenden Gruppe‘ gelingt es, ihre Interessen als die der Allgemeinheit zu universalisieren. Voraussetzung ist dabei, dass zu einem gewissen Grad auch die Interessen der Unterworfenen berücksichtigt werden. [...] Hegemonie hängt wesentlich von der Fähigkeit zur Etablierung kollektiver Vorstellungen von sozialer Ordnung ab. Sie ist am stabilsten, wenn sie sich als Normalität im Alltagsverstand der Beherrschten etabliert hat.“ (Borg 2001: 2) Hegemonie ist also das, was, bewusst oder unterbewusst durch Interessen bestimmter Gruppen produziert (Class) oder selbstreproduziert (Code), als „normal“ angesehen wird. Diejenigen welche Interesse daran haben, dass eine gewisse Form der „Normalität“, also die gegenwärtige Hegemonie, erhalten bleibt, müssen, wenn es sich wirklich um Hegemonie handelt, nicht regelmäßig Zwangsgewalt ausüben, da die hegemoniale Ordnung bereits im Alltagsverstand der Menschen als natürliche Ordnung unhinterfragt angenommen wird. (vgl. Cox 2007: 260)

the legal academy because it is a critical tool that generates profound insights about the law's ability to induce submission to a dominant worldview.“ (Litowitz 2000: 516) Zum anderen wurden auch Theorien der Frankfurter Schule (Max Horkheimer, Jürgen Habermas und Herbert Marcuse) auf die Rechtsdomäne übertragen. Es sollte nicht so sehr darum gehen, wie Kultur (siehe Frankfurter Schule), sondern wie das Recht Hegemonie und soziale Barrieren (Klasse⁸, Gender, Kultur, Religion, ...) schafft und reproduziert. Auch Ansätze aus der Postmoderne und aus dem Poststrukturalismus (Michel Foucault, Jacques Derrida) fanden ihren Weg in die CLS. Wenn ein Elternteil der CLS die Critical Theory ist, dann ist das andere Elternteil der American Legal Realism⁹ der 1920iger und 1930iger Jahre, welcher die Grundaussage der CLS widerspiegelt "that there can be no plausible legal theory without a social theory; and that the notion of legal autonomy is a lie." (Henry Schlegl zitiert nach Johnson 1984: 252)

Deren Vertreter wollen allgemein formuliert eine linke Denkweise in die Rechtsdomäne bringen¹⁰ (vgl. Tushnet 1991: 1515), wobei die Critical Legal Studies in Zuge dessen sehr vielsei-

⁸ Was ist mit der Verortung der Hegemonie? Viele VertreterInnen der Kritischen Theorie (mich inkludierend) sympathisieren mit Gramsci's Auffassung von „Hegemonie“, während eine gewisse Unstimmigkeit mit einer Schwarz-Weiß-Auffassung der klassischen marxistischen Kategorie „Klasse“ spürbar ist. Die Herausforderung ist insofern, die Ansichten der kritischen Theorie zu verwenden ohne dabei die problematischen deterministischen Tendenzen im Marxismus zu übernehmen. (vgl. Litowitz 2000: 540) DenkerInnen aus der Postmoderne und PoststrukturalistInnen, wie Michel Foucault, Frederic Jameson, Gilles Deleuze, Jacques Derrida und Pierre Bourdieu, ziehen einen diffuseren Hegemoniebegriff vor und entwickeln den Hegemoniebegriff weiter (vgl. Litowitz 2000: 534f): Anstatt von einer einseitigen Auffassung von Klasse (Bourgeoisie– Proletariat) auszugehen, wird von einem hegemonialen „Code“ gesprochen, um auf die unsichtbare, dezentrale und diffuse Eigenschaft hegemonialer Strukturen hinzuweisen und davon Abstand zu nehmen klar abzugrenzende Gut-Böse-Kategorien aufzustellen. Litowitz und Gabel/Harris beschreiben diesen Code in ansprechender Weise: „The lived experience of hegemony consists largely in a series of unreflective actions that are not perceived by the individual as submissive; at most, the individual has merely a vague sense of injustice and an inarticulate belief that things could be better. Hegemony then, is an extremely common but extremely subtle phenomenon. [...] This silence indicates the extent to which hegemony is imbricated within the deep structure of a society. It occurs when people are stuck inside institutions and practices that are fundamental to the point that they have become immune from criticism.“ (Litowitz 2000: 541, 544) „The pre-dominance of hierarchy in both public and private life leads to a profound loss of this sense of social connection because it breaks down any possibility of real community, and forces people into a life-long series of isolating roles and routines within which they are unable to fully recognize one another in an empowering and mutually confirming way. Instead people come to experience one another as powerless and passive in relation to the hierarchies within which they live and work, and, because this collective powerlessness is manifested throughout the social order, individuals internalize this powerlessness in the formation of themselves. Alienation and powerlessness therefore become a self-generating source of social repression that leads to the reproduction of class, race and sex hierarchies from generation to generation.“ (Gabel/Harris 1982: 371) Desweiteren wird bevorzugt, anstatt nur von der *einen* Hegemonie (ökonomisch), von *Hegemonien* zu sprechen, also einer Unmenge an alternativen Normalitäten, unterschiedliche Ebenen im andauernden Kampf um die Anerkennung als Alltagsverstand. Und anstatt von „Ausbeutung“ zu reden werden eher die Begriffe Diskurs/Marginalisierung verwendet. Für tiefergehende Auseinandersetzungen mit diesem Thema sei an dieser Stelle an Alan Hunts (1990) Arbeit „The Big Fear: Law Confronts Postmodernism“ und an Laclau Ernst und Mouffée Chantals (1985) Arbeit „Hegemony und Socialist Strategy“ verwiesen. Wenn in dieser Arbeit also die Rede von „Klasse“ ist, sei hiermit darauf hingewiesen, dass der damit einhergehende Determinismus reflektiert wurde.

⁹ siehe Oliver Wendells Werke „The Common Law“ und „The Path of the Law“

¹⁰ Die CRITS werden hier vor allem deshalb als Blickwinkel für die Auseinandersetzung mit den Land- und Ressourcenrechten der Adivasis herangezogen.

tig sind. Als Strömungen innerhalb der CLS beziehungsweise inspiriert dadurch können Bewegungen, welche von FeminstInnen okkupiert sind („Fem-Crits“); AkademikerInnen, welche sich mit der Rolle von „Race“ im Recht beschäftigen („Critical Race Theorists“); PostmodernistInnen; sowie eine Gruppe von „Cultural Radicals“ und eine Gruppe, welche auf die Rolle von polit-ökonomischen Strukturen bei Rechtsentscheidungen eingeht („Political Economists“), verortet werden¹¹. (vgl. Tushnet 1991: 1517f) Die vorgenommene Intention der CRITS ist sich durch akzeptierte intellektuelle Kategorien zu arbeiten um die Realität der fundamentalen Widersprüche, welche dahinter liegen zu offenbaren. Sobald die Vernebelung durch den Liberalismus aufgelöst und demystifiziert ist, werden wir dessen inhärente Unterdrückung und Entfremdung in der modernen Gesellschaft wahrnehmen und gleichzeitig anfangen neue Formen menschlichen Zusammenlebens zu denken. Diese provokativen Einblicke können geschätzt werden, egal ob jemand die Kritische Theorie akzeptiert oder nicht. (vgl. Johnson 1984: 254ff)

“Den Crits geht es ... um die ‚Entzauberung des Rechts‘.“ (Baer 2011: 144) Recht ist also keineswegs ein rationales System akkumulierter Weisheit, weder neutral, bestimmt noch objektiv. Recht hat zwar eine logische Struktur, doch diese Struktur wächst aus den (gegen) hegemonialen Machtbeziehungen des gegenwärtigen historischen Blocks¹² heraus. Baer fasst

11 Critical Race Theorists: Regina Austin, Derrick Bell, John Calmore, Kimberlé Crenshaw, Harlon Dalton, Richard Delgado, Charles Lawrence, Gerald López, Gerald Torres, Patricia Williams, and Robert Williams
Postmodernists: Alan Hunt (1990): The Big Fear: Law Confronts Post-Modernsim
Cultural Radicals: Peter Gabel
Political Economists: Mark Tushnet, Wythe Holt, Morton Horwitz, Karl Klare, Katherine Stone

¹² Gelingt die Herausbildung einer allumfassenden mehreren Ebenen betreffenden Hegemonie im Sinne der Interessen des jeweiligen dominanten Codes, spricht Gramsci von einem historischen Block, „historic blocs as hegemonic projects“ (Robinson 2005: 564). „Gramsci called the defineable product of the process – the configuration of social relations and power at a particular time – the ‘historical bloc’ (blocco storico).“ (Cox 2007: 261)

Der so genannte „Fordismus“ nahm seit den 1930igern seine Form in den westlichen Metropolen an, und „was based essentially on a Taylorist reorganization of the labour process and the combination of mass production and mass consumption, economic growth, full employment, the asymmetrical consensus between capital, the unions, and the state, along with a male-breadwinner model, and was additionally accompanied by a Keynesian bureaucratic welfare state and a disciplined subjectivity.“ (Buckel/Fischer-Lescnao 2009: 449)

Durch eine Krise in den 1970iger Jahren bildete sich langsam der gegenwärtige historische Block (definiert als Post-Fordismus, Postmoderne, Neoliberalismus,...), charakterisiert durch eine „knowledge-based economy, flexible, transnational production, and a transformation of the welfare state in which social security is subordinated to the imperatives of competition.“ (Buckel/Fischer-Lescano 2009: 449) Der gegenwärtige historische Block wird von der politischen Ökonomie als neoliberaler, globalisierter Kapitalismus identifiziert. „Kapitalismus ist ein historisches System, dessen bestimmende Dynamik die endlose Akkumulation von Kapital ist. Der primäre Zweck der Produktion ist nicht die Befriedigung von Bedürfnissen, sondern die Vermehrung des Kapitals.“ (Parnreiter 2003: 20) Akkumulieren bedeutet, den Mehrwert, mit dem einzigen Ziel weiteren Mehrwert zu erzeugen, zu reinvestieren. „Die Geschichte des kapitalistischen Weltsystems ist von langen Perioden des Konfliktes durchzogen [...]. Ja, die Phasen der Stabilität, der Prosperität und des Friedens [...] stellen historisch gesehen die Ausnahme dar, während die Stockungen im Wachstumsprozess, die Kämpfe um die politische Vorherrschaft und das soziale Elend die Norm kapitalistischer Entwicklung bilden (siehe Arrighi, Hobsbawm, Wallerstein)“ (Parnreiter 2003: 20f) Warum Krisen? Das Problem an diesem System ist, dass die immerwährende Ak-

gut zusammen, dass „[w]as ein Gericht letztlich entscheide, [...] mehr von politischen und sozialen Faktoren geprägt [sei] als von juristischen Überlegungen. Das Recht binde (oder eben: bestimme) die Entscheidung nicht. Daher sei eine rechtliche Entscheidung nicht vorhersehbar und letztlich ebenso politisch wie andere Entscheidungen auch. [...] Recht ist aus der kritischen Perspektive nicht nur mit Gerechtigkeit, Konfliktlösung oder Urteilen verbunden, sondern Recht hängt untrennbar mit Macht und Herrschaft zusammen. [...] Sie richten sich [...] in erster Linie gegen die angeblich nur technisch-dogmatische Subsumtion der Gerichte, die politische Fragen verschleiern.“ (Baer 2011: 143, 144, 145) Die zentrale Aussage der CRITS ist also, dass die Rechtsdomäne, von allen Machtbeziehungen und Strukturen des gegenwärtigen historischen Blocks, also von allen (Gegen) Hegemonien, geprägt wird. “What form hegemonic law takes under particular social conditions depends on the ‚historic bloc’ in which it is coupled with other social praxes.” (Buckel/Fischer-Lescano 2009: 448) Rechtliche Entscheidungen sind insofern also nicht unbedingt vorhersehbar, sondern in einem gewissen Maße unbestimmt. Dieser Aspekt wird von den CRITS mit dem Schlagwort „Indeterminacy“ betitelt. Die CRITS wollen aufzeigen, dass es möglich ist in individuellen Fällen zwei gegensätzliche Entscheidungen zu erreichen. Diese Entscheidung hat mehr mit den sozialen Kontexten in denen sie argumentiert wurde zu tun, als mit der überspannenden gesetzlichen Ableitung. “Critical theorists argue that existing gaps, conflicts and ambiguities are not

kumulation von Kapital zu Überakkumulation – zu einer die normalen Investitionsmöglichkeiten überschreitenden Akkumulation (vgl. Parnreiter 2003: 21) – führt. Die Produkte werden unverkäuflich, da die Nachfrage nicht mitsteigt. Sie können entweder nur mehr zum Teil verkauft werden oder einfach billiger, was aber dazu führt, dass das Kapital nicht mehr mit den gewohnten Profitraten akkumuliert werden kann. (vgl. Parnreiter 2003: 20ff) Das moderne Weltsystem kennzeichnet sich also durch den Drang zur unbegrenzten Akkumulation von Kapital um den größtmöglichen Profit zu erreichen aus. Um den inhärenten Problemen des Kapitalismus entgegenzuwirken, werden verschiedene Strategien verfolgt. Zum einen werden die Löhne gesenkt und technologische Innovation vorangetrieben. Zum anderen wird der Markt vergrößert, damit KäuferInnen wo anders gefunden werden können (Globalisierung) oder der Markt vertieft, das heißt, dieselben KäuferInnen sollen einfach mehr kaufen. Eine dritte Möglichkeit ist die fiktive Hochwertung auf den Finanzmärkten, wenn keine neuen Märkte mehr erschlossen werden können (Immobilienmarkt und Finanzsphäre). (vgl. Parnreiter 2003: 24ff) Die Expansion geschieht nicht nur geographisch, sondern im Sinne der „ursprünglichen Akkumulation“ auch in Bereiche, welche vorher noch nicht vom Marktgesetz vereinnahmt waren. Diese Strategien führen nach einer Verschnaufpause aber nur dazu, dass sich die Überakkumulation auf erweiterter Basis erneut einstellt und die Krise folglich immer größere Dimensionen annimmt. (vgl. Parnreiter 2003: 36). Auch Krieg ist eine Lösung um überschüssiges, d.h. nicht gewinnbringendes Kapital zu zerstören – eine radikale Lösung zwar, aber durchaus keine ungewöhnliche, wie Geschichte und Gegenwart zeigen. „[I]t has run up against one crisis after another in its effort to secure its leadership and reproduce its hegemony.“ (Robinson 2005: 570) – Krisen der Überakkumulation, der sozialen Polarisierung, Krisen der Ökologie, Krisen der Legitimität und der Autorität. Der Neoliberalismus, welcher für eine Reduzierung des Staates und des öffentlichen Sektors, für Freihandel und Privatisierung plädiert, ist eine Strategie des Kapitalismus um Kapital weiterhin akkumulieren zu können ohne sich vor dem Staat als Regulator und vor der Zivilgesellschaft rechtfertigen mussten, welche nicht von Profitlogik gesteuert sind bzw. in ihrem eigenen Interesse nicht sein sollten. Es geht darum den Wohlstand vom öffentlichen Sektor, welcher in der Lage wäre soziale Ungleichheiten mit einzubeziehen, in die privaten Hände zu verschieben. (vgl. George 1999: 1ff) Es werden immer mehr apolitische (obwohl sich die Frage stellt, ob es wirklich apolitische Räume geben kann) wirtschaftliche Räume geschaffen, welche ideologisch entpolitisiert, demokratisch unfassbar sind und die private Wirtschaft von der politischen Sphäre trennen sollen. All diese Mechanismen sind in Indien, verstärkt seit den 1990er Jahren, im Zuge der so genannten „New Economic Policy“ erkennbar.

anomalies or exceptions but are widely present even in simple cases. Two different rules may be available for resolution of a particular dispute without any obvious reasons to favour one over the other. [...] Legal indeterminacy also arises because of conflicts in the underlying norms. [...] It is almost always possible to find some doctrine that affords authority for the normative value promoted by each competing party in a given case. [...] Critical theorists do not trace indeterminacy to an absence of structure. Instead, they argue that the indeterminacy results from specific kinds of structures that run throughout law. [...] The ability of courts to select from among predictable arguments and key arguments is a key feature of laws indeterminacy.” (Chayes u.a. o.J.)

Eine weitere damit verbundene These der CLS ist, dass der gegenwärtige historische Block Recht in folgender Art und Weise beeinflusst: Regelwerke, die im Interesse des historischen Blocks sind, neigen in der Regel eher dazu strenger jurifiziert zu werden, als gegenhegemoniale Rechtsansätze (wie zum Beispiel Land- und Ressourcenrechte indigener Völker), welche folglich in der Regel in den Soft-Law Bereich fallen. „Hinzu kommt die Diagnose, die Nationalstaaten agieren immer weniger als souveräne Akteure nach außen, sondern werden zu ‚Transmissionsriemen‘ weltökonomischer Anpassungszwänge im Zeichen des Neoliberalismus.“ (Cox zitiert nach Borg 2001: 3) Ist der Staat also nur der Repräsentant des globalisierten Kapitalismus? „Across the different forms of state in countries of advanced and peripheral capitalism, the general depiction is that the state became a transmission belt for neo-liberalism and the logic of capitalist competition from global to local spheres.“ (Bieler/Morton 2004: 82) Diese Beobachtung wird als „Spätkapitalismus des Rechts“ bezeichnet.

Die gegenhegemoniale Einforderung nach Land- und Ressourcenrechte für Adivasis ist ebenfalls im gegenwärtigen historischen Block eingebettet und somit kann, was die Rechtsinhalte der internationalen sowie indischen Regelwerke betrifft, wie wir sehen werden, die eben beschriebene Disziplinierung durch die Logik des Kapitals erkannt werden. Durch die zahlreichen Soft-Law-Bestimmungen oder unklaren Formulierungen, ist es möglich, dass restriktive Gesetze – danalog zur New Economic Policy¹³ Indiens – Oberhand gewinnen können. (H1)

Die Indigenenbewegung befindet sich insofern in einem ständigen Kampf um Hegemonie, in einer neoliberalen Welt, die es vorerst aufzubrechen gilt, damit Land- und Ressourcenrechtsansprüche für Adivasis rechtlich nachhaltig Fuß fassen können.

¹³ Siehe Fußnote 11

Die Rechtsdomäne wird in diesen Sinne auch von Gabel und Harris nicht als Werkzeug gesehen, welches immer zu Gesellschaftsveränderung betrügt (im Sinne der liberalen Sichtweise), aber Recht ist deswegen auch nicht gleichzeitig immer nur ein Repräsentant des herrschenden Codes und Rechtskämpfe deswegen auch nicht aussichtslos: „We reject both the orthodox Marxist view that the law is simply a ‚tool of the ruling class‘ and the liberal- legalist view that powerless groups in society can gradually improve their position by getting more rights. [...] Our objective is to show the way that the legal system works at many different levels to shape popular consciousness toward accepting the political legitimacy of the status quo, and to outline the ways that lawyers can effectively resist these efforts in building a movement for fundamental social change.” (Gabel/Harris 1982: 369f) Dieser Auffassung wird hier auch nachgegangen. Die Indigenenbewegung ist insofern selber bereits eine Methode des Aufbrechens, durch welche andere Sichtweisen, Visionen und Normalitäten¹⁴ einfließen – auch wenn, analog zur These des „Spätkapitalismus des Recht“ Hürden im Weg stehen. Das Gesetz ist also nicht nur Repräsentant kapitalistischer Kräfteverhältnisse, sondern auch ein Ventil für

¹⁴ Wenn in Folge von „anderen Normalitäten“ oder generell von gewünschten Alternativen zur gegenwärtigen Situation die Rede ist, so ist damit inhaltlich an die Vorstellungen der Bhu Swaraj Bewegung der indienbasierten Nichtregierungsorganisation Navdanya, zu deren VertreterInnen Vandana Shiva gehört, verwiesen. Navdanya setzt sich, neben anderen übergreifenden Themen, wie Erhaltung von Biodiversität, Nahrungsmittel- und Land-souveränität, Konservierung von indigenen Saatgut und Biolandwirtschaft, unter anderem für die Anliegen der Adivasis ein. Die Bhu Swaraj Bewegung vertritt folgende Ansätze (Navdanya 2010):

- „Land, Water and Forest give us Life. It is the basis of society.
- Land and all other natural resources are not commodities to be sold in the market. They are not for sale.
- Land and all natural resources like – water, forest, mineral etc are commons and the right to take any decision regarding them must fall upon the communities which are connected to them.
- The use of mineral resources must take place keeping in mind the welfare of humanity and the generations to follow.
- The historical injustices met out to the people displaced from their land and forest need to be rectified and their rights over their resources need to be restored.
- An economy based on Agro-Forestry needs to be rejuvenated and made self resilient as one of the key tool for the development of the nation and as an answer to the large scale poverty and hunger faced by the majority of citizen in this country.
- All MOUs signed by the government and corporate houses for the exploitation of natural resources should be rendered null and void.“

Absatz 3 und 4 der Charter für Landsouveränität der Bhu Swaraj Bewegung ergänzt diese Ansätze (zitiert nach Shiva 2011: V):

„2. Land is not a commodity, which can be bought and sold at will in a market driven by speculative finance, which allows corporate capital to dispossess small peasants of their land and become the new zamindars (land-lords)

3. Land must belong to those who till it, tend it and nurse it and for whom it is a source of sustenance. And not to those for whom it is a means of accumulating wealth and speculative gain or object of luxury resort and idle pastime.

4. Ensuring Livelihood Security and Food Security must receive over-riding priority in determining land use pattern. Diversion and destruction of fertile agricultural land for industry, housing or entertainment of the affluent must be banned.“

gegenhegemoniale Bewegungen¹⁵. Buckel und Fischer-Lescano unterstreichen dieses Argument mit folgender Aussage: „Even if global competitiveness and economic efficiency have since become discursively hegemonic and apparently act as ‚grundnorms of an increasingly transnational historical bloc‘, nonetheless anti-hegemonic projects are also present, inter alia as environmentalist, feminist, health-activist, technology-risk-related, education-policy, human-rights, [indigenous land- and resource rights, d. Verf.] and so on struggles for recognition. [...] The ‚examples of the emergence of a subaltern cosmopolitanism that bear directly on the field of human rights‘ [...] demonstrate that global ‚counter-hegemonic politics of human rights‘ are attracting global attention to these radical exclusion situations.“ (Buckel/Fischer-Lescano: 450)

Um solchen Bewegungen in Richtung fundamentalen sozialen Wandel Antrieb geben zu können, wollen die CRITS (vermeintlich) gegenhegemoniale Rechtsversprechen kritisch analysieren: Handelt es sich wirklich um gegenhegemoniale Bewegungen oder um „Trasformismo“, also um Schutzpolster für den Kapitalismus? „By extension trasformismo can serve as a strategy of assimilating and domesticating potentially dangerous ideas by adjusting them to the policies of the dominant coalition and can thereby obstruct the formation of class-based organised opposition to establish social and political power.“ (Gill 1993: 55) Hier wird es für die Erstarkung der Bewegung als notwendig erachtet, zu analysieren, unter welchen Umständen die Rechtsbewegung Gefahr laufen könnte, Facetten von Trasformismo wiederzuspiegeln:

Die Mehrheitsbevölkerung Indiens hat im Gegensatz zu den Adivasis zumindest theoretisch einen Titel über Land- und Ressourcen, da in jeder Rechtsordnung der Welt (auch in Indien) friedlicher und gutgläubiger Besitz von Land und Ressourcen einen Titel über diese gegen Dritte schafft. Ein Bestreben um die Anerkennung der Land- und Ressourcenrechte der Adivasi kann in diesem Sinne, also nicht als Privileg gesehen werden, sondern als Gleichstellung im Hinblick auf Standards, welche auch für die Adivasi gelten sollten. Ob diese Landrechtsti-

¹⁵ Der Alltagsverstand ist immer ein umkämpftes Terrain, also kein monolithisches und unmehrdeutiges Feld welches alternative Visionen und Einsichten ausblendet. Je nachdem wie groß der Grad der alternativen „Normalitäten“ ist, umso bröckeliger wird Hegemonie, umso mehr wird Hegemonie zu Dominanz/Zwang. Hegemonie ist also ein unstabiles Produkt des andauernden Kampfes darum. (vgl. Rupert 2005: 487f) Um eine Gegenhegemonie zu bilden spricht Gramsci vom „War of Position“ – einer langfristigen revolutionären Strategie. „It means actively building a counter-hegemony within an established hegemony.“ (Gramsci zitiert nach Cox 1993: 53) Dabei kann laut Johnson (vgl. Johnson 1984: 253f) eine kollektive Kraft Haltungen, welche kollektive Kräfte zuvor auferlegt haben, zerstören und reimaginieren. In gewisser Weise sind wir also Opfer unserer eigenen Verdinglichung, als Opfer von historischen Umständen. In Kennedys Worten: „To this extent ‚thinking makes it so‘. The task of criticism is to demystify our thinking by confronting us with the fact that the contradiction is a historical artifact. It is no more immortal than is the society that created and sustains it. Understanding this is not salvation, but it is a help.“ (Kennedy zitiert nach Johnson 1984: 254)

tel auch in der Praxis (vor allem in Hinblick auf die New Economic Policy und Land-Grabbing Politik Indiens) durchgesetzt werden können, ist aber eine andere Frage, welche nicht nur die Adivasis, sondern auch andere marginalisierte Teile der Bevölkerung betrifft. Eine solches vereintes Bestreben um Land- und Ressourcenrechte und gegen die New Economic Policy und Land-Grabbing Politik Indiens wird hier sehr positiv bewertet und deshalb wird bezüglich des Aspekts „Gegenhegemonie oder Trasformisimo?“ folgende Hypothese aufgestellt:

Die Anerkennung von Rechten auf Land- und Ressourcen stützt sich auf die Anerkennung der jeweiligen Personengruppen als „Adivasi“, bzw. „Tribe“ oder „Indigenous Peoples“ anhand der jeweiligen Identitätsmarker „historische Kontinuität“, „Distinktivität, insbesondere spezielle Verbindung zu Land und Ressourcen“ und „Marginalisierung“. Um der Klassendimension der Indigenenbewegung eine Entfaltungsmöglichkeit zu bieten oder zumindest um zu verhindern, eine „Politics of Belonging“ mit negativen Folgen, wegen der möglichen Spaltung der Gesellschaft zu produzieren, sollte sich die Legitimierung der Land- und Ressourcenrechte auf universellere Identitätsmarker beziehen (H2), welche im ersten Teil der Arbeit vorgeschlagen werden. (Kapitel 3) Wenn es später um die Rechtsinhalte (Kapitel 4) geht, werden die internationalen und nationalen Herangehensweisen Land- und Ressourcenrechte zu regeln positiv bewertet, welche in diesem Sinne stehen (H3).

Diese Arbeit beginnt mit einer Einführung der Begriffsgeschichten von „Tribe“, „Adivasi“ und „Indigenous Peoples“, und den Inhalten, welche damit transportiert werden. (Kapitel 2) Auf Basis dieser Auseinandersetzung werden die zentralen Identitätsmarker „historische Kontinuität“, „Distinktivität“ und „Marginalisierung“, aufgrund derer die Zugehörigkeit zu einer solchen Gruppe und die folglich Anerkennung von Land- und Ressourcenrechten gerechtfertigt wird, diskutiert. (Kapitel 3) Dabei wird das Ziel verfolgt in Richtung der höheren Wertung von denjenigen Kriterien zu plädieren, welche, wie bereits erwähnt, der Klassendimension der Bewegung Antrieb geben könnte, und gegen die Betonung jener Kriterien zu plädieren, welche eine „Politics of Belonging“ schaffen könnten, welche die Klassendimension unter Umständen verschleiert. (H2) Im zweiten Teil der Arbeit (Kapitel 4) werden die Rechtsinhalte der internationalen und indischen Land- und Ressourcenrechte erklärt um einerseits zu besprechen inwiefern sich der Spätkapitalismus des Rechts darin durchschlägt (H1) und andererseits (H3) die hier als im Sinne der Klassendimension gegenhegemonial verstandenen Rechtstexte besonders hervorgehoben.

2. Welche Begriffe verwenden und welche Inhalte damit transportieren?

2.1. „Tribe“ und Kolonialzeit

Der erste hier relevante Begriff ist der von den Briten verwendete Begriff „Tribe“, beziehungsweise „Stamm“, welcher eine lange und kontroverse Begriffsgeschichte mit sich zieht. „As in many other countries, in India debates central to indigeneity have a much longer history than the recent transnational concerns.“ (Shah 2010: 13) Der Begriff kommt vom lateinischen „Tribus“ und bezeichnete die Abgrenzung der römischen Bürger in Europa. Seither wurde der Begriff in mediterranen und europäischen Sprachen verwendet um Gruppen mit gleichem Charakter, Beruf und Interessen zu beschreiben. Die Bezeichnung wurde Jahre später in Südasien von Europäern eingeführt, welche versuchten die facettenreichen sozialen Gegebenheiten in Südasien zu begreifen. Lange wurde der Begriff mehr oder weniger austauschbar mit „Rasse“ (sic!), „Volk“, „Kaste“, „Klasse“, „Clan“ verwendet. (vgl. Van Schendel 2011: 19) „Indeed one needs to understand the workings of the representation of ‘the tribe’ not through fixed frames of reference, but as refracting reality through multiple lenses: from departmental agenda, scientific concerns, military requirements, economic imperatives and the personal outlook/stance of individual researchers.“ (Rycroft/Dasgupta 2011: 4) Unterschiedliche Akteure/Diskurse/Umwstände trugen in der Kolonialzeit also dazu bei, diese bestimmte in Indien lebende Personengruppe als Tribe zu konstruieren. Tribe wurde im Interesse der Briten zu einer kolonialen Kategorie mit speziellen inhaltlichen Assoziationen, welche auf den Rassentheorien basierten und dabei vor allem die eigennützigen ökonomischen und imperialistischen Interessen der Kolonialregierung und indischen Eliten reflektierte: „Susan Devalle [...] was one of the first to argue in the Indian context that the ‘tribe’ was a groundless colonial category. Ajay Skaria and Sumit Guha have extended this argument. Skaria finds the distinction between tribe and caste, as it evolved in India in the nineteenth and twentieth centuries, to be ‘a product of colonial theories and practices’ rather than a ‘continuation’ of ‘Indian practices’ [...] Guha suggest that ‘the equivalence of tribal and aboriginal originates in [...] nineteenth century racial theory.’“ (Rycroft/Dasgupta 2011: 6) Die „Tribes“ wurden für den kolonialen Staat Ende des 19. Jahrhunderts zu klar identifizierbaren und konkreten Objekten mit klaren Charakteristika. Deren „Andersheit“ wurde auf Gegensatzpaaren aufgehängt: „Tribe“ vs. Caste, tribale Religionen vs. organisierte Religionen des Hinduismus/Islam/Christentum, animistische Religionen vs. polytheistische Religionen, Wald- und Bergbewohner vs. Flachlandbewohner, und so weiter. Darüberhinaus wurde der Begriff mit

den Schlagwörtern *mleccha* (rituell unrein), *chuar* und *dakait* (Diebe) und *jangli* (wild) assoziiert. (vgl. Rycroft/Dasgupta 2011: 4) *Tribe* wurde also zum Machtvokabular um einerseits zwischen europäischen ImperialistInnen und InderInnen und andererseits innerhalb der in Indien lebenden Menschen zu unterscheiden. Es wurde ein rassialisierter Kontrast zwischen den InderInnen der Ebenen, welche mit dem kaukasischen Typ in Verbindung gebracht wurden, und als deren Vorfahren die indo-arischen Einwanderer galten, welche die indo-europäischen Sprachen nach Südasien brachten, und zwischen den Stämmen, welche die Hügel- und Waldregionen Indiens bewohnten, gezogen. (vgl. Van Schendel 2011: 20) Unterschiedliche konstruierte Gruppen wurden auf einer Skala zum europäischen “Entwicklungsstand”, welcher als am fortschrittlichsten verstanden wurde, gereiht. Die *Tribes*, auch “Primitive” oder “Wilde” genannt, wurden auf dieser sozialevolutionistischen Reihung, welche auf “Zivilisierung” und “Moderne” beruhte, als am rückständigsten eingereiht. Dieser Sozialdarwinismus geht fließend in die Ideologie des Sozialdarwinismus über, welcher das Verständnis vertritt, dass diejenigen, welche am “zivilisiertesten” sind, berechtigt sind, beziehungsweise auch die Aufgabe haben, die anderen zu dominieren¹⁶. Diese Einstellung sollte die Kolonialisierung vieler Weltregionen, so auch Indien, durch die Europäer legitimieren. Die *Tribes* gehörten zu jenen Gruppen, welche in diesem Kontext als besonders unfähig gesehen wurden. (vgl. Van Schendel 2011: 20f) Diese europäischen Ideologien waren in Indien zu dieser Zeit keineswegs unbekannt. Im Gegenteil – sie harmonisierten mit der Gesinnung der südasiatischen Eliten gegenüber im Wald lebenden Menschen. (vgl. Van Schendel 2011: 21) „This racial anthropology was conveniently appropriated by some Indian elites seeking to both justify local hierarchy and assert parity with upper-class Europeans. [...] [M]embers of the Indian elite and colonial administrators and anthropologists together created the representations that have a powerful effect on society and politics in India today.“ (Shah 2010: 14)

Die abwertende und rassistische Naturalisierung und Biologisierung bestimmter Personengruppen Indiens konzeptionalisiert durch den Begriff *Tribe* entsprach nicht den realen Gegebenheiten. Der Terminus und das dahinterstehende Konzept sollte insofern viel weniger als Bedeutungsträger spezifischer kultureller/religiöser/politischer/sozialer Eigenschaften gesehen werden, sondern eher als ein Begriff, welcher eine ungleiche Machtbeziehung fixieren sollte. Dabei soll hier nicht bestritten werden, dass diese Personengruppen sehr wohl in gewisserweise Ähnlichkeiten aufweisen, sondern nur klar davon Abstand genommen werden, eine derart rassialisierte, vereinfachende Schwarz-Weiß-Auffassung von *Tribes* zu vertreten, wie es während der Kolonialzeit geschah. Die Begriffe Stamm beziehungsweise *Tribe* sind

¹⁶ Rudyard Kipling (1899): *The White Man's Burden* – spiegelt diese Auffassung wieder

vielfach aufgrund der inhärenten abwertenden Konnotation zurecht kritisiert worden. Die weitgehende Verbannung des Begriffs in den 1970er Jahren, wegen seiner negativen Begriffsgeschichte und Unfähigkeit soziale Verhältnisse zu erklären, hat nicht alle Weltregionen erreicht. AfrikanistInnen und WissenschaftlerInnen aus Ozeanien und Amerika gehören zu den Verweigerern, doch in Südasien, Zentralasien und dem Mittleren Osten wird der Begriff nach wie vor verwendet. (vgl. Van Schendel 2011: 23) “In South Asia the category of ‘tribe’ is a undeniably important tool of identity politics. This may be one reason why many anthropologists of the region continue to feel comfortable using it at a time when their colleagues working on, say, Africa have firmly discarded it.” (Van Schendel 2011: 25) Wenn es möglich ist, so wird hier der Begriff Tribe mit anderen passierenden Begriffen ersetzt. Im indischen Kontext besteht eine Schwierigkeit mit der Vermeidung des Begriffs, da „Scheduled Tribe“ erstens eine administrative Kategorie ist (siehe Kapitel 2.2.), weil er trotz kontroverser Debatten nach wie vor verbreitet als wissenschaftlich analytische Kategorie verwendet wird und weil sich gewisse Gruppen selbst als Tribes bezeichnen¹⁷. (vgl. Sailer 2010: 18) Wenn er also doch verwendet wird, weil zum Beispiel unmittelbar an den Begriff Rechte angeknüpft sind und eine andere Bezeichnung irreführend wäre, wurde hiermit darauf hingewiesen, dass dies nicht unreflektiert und klar abgrenzend zu den negative Konnotationen geschieht.

2.2. „Scheduled Tribe“ und das postkoloniale Indien

Nach der Unabhängigkeit stellte sich die Frage, wie man die Stammesfrage lösen sollte. Einerseits kamen Einflüsse von Akteuren, welche der Auffassung waren, man müsse sie in die Mainstreamgesellschaft integrieren. In starken Kontrast dazu wollten andere Schutz und Autonomie für die Adivasis einfordern. (vgl. Shah 2010: 16f) Das Ergebnis der Debatten führte zur Verankerung spezieller Affirmative Action-Systeme¹⁸ für so genannte “Scheduled Tribes”¹⁹ – der neue politisch-administrative Terminus – in der indischen Verfassung. Die postkoloniale Politik sah also letztendlich, in gewisser Weise analog zum kolonialen Verständnis von Tribe, einerseits einen Assimilationsansatz vor, der die Einstellung vertrat, dass die Tribes “entwickelt” und in die “Moderne” integriert werden müssten. “[D]ominant nationalist politicians (overwhelmingly upper-caste men) were quite similar to British officials in perceiving ‘tribals’ as ‘savages’ or ‘primitives’. [...] The Constitution of India did not spell it out

¹⁷ Indigene Völker Nordostindiens definieren sich überwiegend selbst als tribes, tribal people oder indigenous people. Im übrigen Indien ist der Begriff Adivasi vorherrschend. (vgl. Sailer 2010: 43ff)

¹⁸ Daneben gibt es auch Affirmative Action Systeme für „Scheduled Castes“ and „Other Backward Castes“, also für Teile der Bevölkerung, welche aufgrund des Kastensystems marginalisiert werden.

¹⁹ kurz ST

but a series of official committees arrived at a list including indications of primitive traits, distinctive culture, geographical isolation, shyness of contact with the community at large, and social and economic backwardness.” (Van Schendel 2011: 22f) Es kann beobachtet werden, dass mit der Zeit die Wahrnehmung der Rückständigkeit und die Ansicht, sie sollten den nationalen Mainstream folgen, am Verschwinden ist²⁰. Es kommt teilweise zu einer erhöhten Akzeptanz “tribaler Kultur” – eine Entwicklung welche aber auch in die andere Richtung der Romantisierung tendieren kann und dann eigentlich nur die andere Seite der gleichen Medaille ist (vgl. Van Schendel 2011: 27): „This translates into media images of innocuous, harmonious and decorative practices such as dance, ceremonies and dress, feeding middle-class fantasies that distant hills and forests are inhabited by contented and colourful tribal rustics whom the state assists in developing into modern citizens.“ (Van Schendel 2011: 27)

Andererseits gab es aber auch Bestrebungen um deren Autonomie und Land- und Ressourcenrechte zu schützen, welche Hauptaugenmerk dieser Arbeit sind.

Der Terminus Scheduled Tribes wird in Indien nicht klar definiert.²¹ Das Kriterium der historischen Kontinuität, also der Anspruch Ureinwohner zu sein, wird von Regierungsseite und auch durch angesehene Akademiker verneint. Dem Kriterium der Kolonialerfahrung wird auch nicht beigemessen, mit dem Argument, dass alle unter der Kolonialisierung der Briten

²⁰ unter anderem durch den Einfluss der Indigenenbewegung

²¹ “The lack of a clear definition and the application of rather vague (and partially questionable) criteria for the identification of groups as Scheduled Tribes have lead to considerable arbitrariness.“ (Erni/Nilsson 2008: 368) Die Anerkennung scheint von Fall zu Fall zu wechseln, sehr subjektiv und willkürlich und auch enorm von Machtbeziehungen und Korruption beeinflusst zu sein. “Many believe that arbitrariness and political expediency are often factors in determining the recognition or non-recognition of Adivasis as STs.” (Erni/Nilsson 2008: 368) Die Anerkennung von „Adivasis“ auf der Liste ist also nicht zuletzt von der Macht, welche eine solche Gruppe ausüben kann, beeinflusst. (vgl. Sailer 2010: 48ff) „Es sind beispielsweise Gemeinschaften registriert worden, die in Wirklichkeit nicht zu den ST zählen, aber offensichtlich das politische Gewicht und Durchsetzungsvermögen dazu hatten, in die Liste aufgenommen zu werden und in den Genuss der Begünstigungen zu kommen. Für politische Parteien ist es leichter, Stimmen der „Aufgelisteten“ zu bekommen, als die der Mainstream-Bevölkerung, zumal die ‚Scheduled Tribes‘ [...] gewöhnlicherweise bestimmte Forderungen haben, und die Parteien darauf mit bestimmten Lösungsansätzen reagieren können, welche in den Wahlkampagnen präsentiert werden.“ (Sailer 2010: 58)

Viele Gruppen sind nicht auf der Liste aufgezählt, obwohl sie ähnliche Merkmale mit anerkannten Gruppen haben und umgekehrt. So sind zum Beispiel die indigenen Gruppen Südindiens vollkommen ausgeschlossen. „Oft ist auch nicht klar, ob eine Gruppe nun ein tribe oder eine caste ist.“ (Sailer 2010: 58) Dieser Umstand hat damit zu tun, dass die Grenzen zwischen Kasten und Stämmen verschwimmen (siehe Kapitel 2.2.2.).

Außerdem sind die Listen teilweise unklar formuliert – Namen sind doppeldeutig und nicht alle Substämme sind immer aufgelistet. (vgl. Sailer 2010: 48ff) „Zum einen ist die Namensbezeichnung der Gruppen oft mehrdeutig. Der Name einer Gruppe kann nämlich in einer anderen Gruppe als Nachname oder Titel auftauchen. Manchmal sieht es auch so aus, als ob sich ein Eintrag auf gar keine Gruppe beziehen würde. Uneinheitliche Aussprache, Übersetzungen und Transkriptionen tragen ihren Teil zur Mehrdeutigkeit bei. Das Lokur-Komitee stellte deshalb auch fest, das es unmöglich sei, alle Sub-Stämme in die Liste aufzunehmen.“ (Sailer 2010: 59)

Der ST Status und die damit verbundene Begünstigungen gelten nur für den jeweiligen Bundesstaat (Ausnahme sind die Begünstigungen im Zentralparlament), in dem sich die Gruppe aufhält. Eine Gruppe kann insofern in einem Bundesstaat offiziell als ST anerkannt sein und in einem anderen nicht. (vgl. Erni/Nilsson 2008: 368) Würde diejenige Person in einen anderen Bundesstaat migrieren, so würden auch die Begünstigungen nicht mehr gelten. (vgl. Sailer 2010: 60f)

gelitten haben. (vgl. Sailer 2010: 76f) Beide Kriterien werden also von der indischen Regierung eng gefasst (andere Möglichkeiten diese Kriterien zu sehen in Kapitel 3). Als übliche Kriterien für die Erlangung des ST-Status können basierend auf Sailer's Auseinandersetzung (vgl. Sailer 2010: 55 ff) zum einen Marginalisierung und zum anderen die „Andersartigkeit“ herausgefiltert werden. „The particular status Adivasis have been ascribed in the legal context is not found on their indigeneity, but on their perceived tribality.“ (Aufschnaiter 2008: 55) Die (kulturelle) „Andersartigkeit“ wird zwar verneint (und das vor allem im hindu-nationalistischen Diskurs), doch die immer wieder erkennbare paternalistische und rassistische Betonung von „tribalen Charakterzügen“ zeigt, dass es keine klare Linie gibt, die je nach Situation instrumentalisiert wird. Inzue des Drängens der UNO die UNDRIP in Indien anzuerkennen wird zum Beispiel davon gesprochen, dass die ST Indiens keine distinktive soziale, ökonomische, politische und kulturelle Identität haben (vgl. Xaxa 2008: 230f), während gleichzeitig „Andersartigkeit“, nicht selten mit einem abwertenden und rassistischen Beigeschmack, in der Praxis gedacht, reproduziert und konstruiert wird. „Informed by a paternalistic attitude, Indian mainstream society (the delimitation of which is highly contested) still regards the Adivasis or vanvasis (,forest dwellers'), as they are often derogatively called, as ,backward', ,uncivilised', ,primitive' and ,simple' (these negatively connotated terms can still be found in official legislative language and on the Ministry of Tribal Affairs' website, for instance).“ (Aufschnaiter 2008: 5)

2.3. „Adivasi“ und „Indigene Völker“

Seit den 1980iger Jahren sind „Adivasi“²² bzw. „Indigene Völker“ („Indigenous Peoples“) die Haupttribalen der Begriffe „Tribe“ bzw. „Scheduled Tribe“. (vgl. Van Schendel 2011: 25) Adivasi ist ein Sanskrit-Begriff und bedeutet ursprüngliche Bewohner²³, hat also eine ähnliche Bedeutung wie der internationale Begriff der Indigenen Völker. Die beiden Begriffe legen die abwertende Haltung des Tribe-Begriffs ab. „In a way, 'indigenous people' turns 'tribe' upside down. There is no sense of backwardness, wildness, or isolation from the mainstream.“ (Van Schendel 2011: 25) Die beiden Begriffe gewannen unter marginalisierten Gruppen an Popularität um ihre Identität zu politisieren, und für Außenstehende, welche dabei helfen wollten ihrer Stimme Gehör zu verleihen – darunter die Vereinten Nationen, die den Begriff

²² Der Begriff „Adivasi“ wurde als erster 1938 in einem politischen Kontext in Jharkhand verwendet (Bildung der Adivasi Mahasabha). (vgl. Rycroft/Dasgupta 2011: 1)

²³ Der Begriff setzt sich zusammen aus Adi (früh, erste) und vasi (Einwohner, Siedler). Er kann somit als Synonym für „indigene Bevölkerung“, „Aboriginals“ oder „Indigenous Peoples“ gesehen werden. (vgl. Bates 1995: 103 f)

der Indigene Völker begrüßen. (vgl. Van Schendel 2011: 25)

In den letzten Dekaden bezeugte die Welt eine wachsende Präsenz von Debatten über indigene Völker in internationalen Prozessen und Institutionen, welche von allgemeinen Menschenrechten, bis zu nachhaltiger Entwicklung, Erhaltung von Biodiversität, Land- und Ressourcenrechte, Intellectual Property Rights und so weiter reichten. In all diesen Debatten war die Hauptagenda, den “Indigenen Völkern” der Erde Rechte zu gewähren, welche es ermöglichen weitere Marginalisierung und Zerstörung ihrer Lebensgrundlage zu verhindern. (vgl. Erni 2008: 13) Laut Karlsson können wir die Schaffung eines neuen globalisierten politischen Raumes bezeugen: “What we are witnessing can perhaps be described as the creation of a new globalized political space. To assert oneself as the ‘indigenous people’ [...] is to situate oneself within such a space.” (Karlsson 2003: 404) Viele verschiedene Akteure beeinflussten und beeinflussen die Schaffung des “indigenen Diskurses”, welcher zum Großteil in Genf stattfindet und ein transnationales Phänomen darstellt. (vgl. Karlsson 2003: 406) In einer relativ kurzen Zeitperiode wurde der Begriff “Indigenous Peoples” seit den 1970iger von einer nüchternen Beschreibung ohne besondere Signifikanz im internationalen Recht und Politik zu einem Konzept mit beachtlicher Macht für die Mobilisierung von Gruppen, für internationale und nationale Standardfestlegung und für die Schaffung von transnationalen Netzwerken und Aktivitäten von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen. (vgl. Kingsbury 1998: 414)

Die prägendsten Debatten über die Rechte von Indigenen Völkern fanden in der Ausarbeitung und Verhandlung der verschiedenen Instrumente statt, vor allem im Zuge der Entstehung der “UN Deklaration über die Rechte von Indigenen Völkern” (UNDRIP). Im Zuge von Kampagnen gegen so genannte Entwicklungsprojekte lernten indigene Völker Asiens²⁴ von der

²⁴ Die Anti-Slavery Society und die indischen NGO Lokayan machten im Jahr 1985 zum ersten Mal auf die indischen indigenen Völker aufmerksam. Um die Anerkennung dieser im internationalen Gesetz durchzusetzen nahmen die ersten indischen Delegierten zwischen 1985 und 1990 an den WGIP-Meetings teil. Parallel dazu wurde die Organisation “Indian Council of Indigenous and Tribal People” (ICITP) gegründet. Infolge der Kritik an dieser Organisation sei keine all-indien umfassende Bewegung, sondern eher regional auf Jharkhand bezogen und hätte infolgedessen keine repräsentative Grass-Root-Basis entstand eine neue alternative Plattform, das All-India Coordinating Forum of Adivasi/Indigenous Peoples, welches bestimmt welche Delegierten jährlich zur WGIP Session fliegen können. (vgl. Karlsson 2003: 407ff) Miguel Alfonso Martínez war bei der 16. Session der WGIP 1998 auf der Seite der Verneiner und argumentierte dass die “Scheduled Tribes” Indiens den Status der “Indigenous People” nicht erlangen können. In Reaktion auf dieses Statement und auf die Annahme der UNDRIP im Jahr 2007, sollte dem Verlangen nach einer tiefgreifende Reflektion über die Anwendung des Indigenous People Konzepts in Asien nachgekommen werden. Die asienübergreifenden Indigenenorganisation “Asia Indigenous People Pact” (AIPP), die Tebtebba Foundation (Indigenous Peoples International Centre for Policy Research and Education) und die Trägerorganisation “International Working Group for Indigenous Affairs (IWGIA) organisierten von 1. bis 3. März 2006 ein Workshop in Chiang Mai, Thailand, mit dem Ziel, mehr Klarheit zu gewinnen. Man kam zu dem Entschluss, dass eine strenge Definition weder wünschenswert noch notwendig sei. Die Identifizierung von Indigenous Peoples sollte gemeinschaftlich mit betroffenen Akteuren auf

WGIP²⁵ und von den Aktivitäten in der UNO, laut Tauli-Corpuz das wichtigste internationale Organ, in welchem indigene Völker beschlossenen mitzuwirken. Andere wichtige Foren für den Entstehungsprozess sind die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) mit der Adaption der ILO-Konvention 107 von 1957 und vor allem der Konvention 169 von 1989, die Weltbank mit den Operational Directive 4.20 und 4.10 und die Asian Development Bank mit ihren Leitlinien über Indigene Völker. (vgl. Tauli-Corpuz 2008: 77 und 84ff) Neben diesen Akteuren im globalen Rechtsbereich, sind auch Nichtregierungsorganisationen wie Minority Rights Group International, die International Work Group for Indigenous Affairs, der Environmental Defense Fund, die Forest People's Movement, Survival International, Human Rights Watch, Cultural Survival und das Rainforest Action Network erwähnenswert.

Die Auffassungen über die Definition von Indigenen Völkern seitens internationaler Taktgeber reichen weit auseinander. Internationale Organisationen, Staaten, Nichtregierungsorganisationen, indigene Völker und AkademikerInnen haben unterschiedliche Zugänge und entwickeln eigene definitorische Standards zum Begriff, was dazu führt, dass es keine einheitliche Definition gibt.²⁶ "The word 'indigenous' has no fixed meaning; like other key concepts in the realm of anthropology and international law, it is 'essentially contested' and has continuously stimulated debate and skepticism." (Geiger 2008: 184)

Obwohl es also keine einheitliche Definition gibt, welche die Diversität der indigenen Völker erfassen könnte, liegt eine Working Definition vor, welche sich als üblicher Richtwert durchgesetzt hat. Diese Working Definition wurde vom Sonderberichtsersteller der Unterkommission zur Verhinderung von Diskriminierung und zum Schutz der Minderheiten der Vereinten Nationen José Martínez Cobo formuliert und ist ein Startpunkt aber kein Endpunkt der Diskussion (vgl. Geiger 2008: 184): "Indigenous communities, peoples and nations are those which, having a historical continuity with pre-invasion and pre-colonial societies that developed on their territories, consider themselves distinct from other sectors of the societies now prevailing in those territories, or parts of them. They form at present non-dominant sectors of society and are determined to preserve, develop and transmit to future generations their

Länderebene passieren, ein Vorhaben welches zugegebenerweise Herausforderungen mit sich bringt, aber dafür flexibler ist und sich den regionalen Gegebenheiten anpassen kann. (vgl. Erni 2008: 16ff)

²⁵ Die UN Working Group On Indigenous People (WGIP) ist eine ExpertInnengruppe welche seit dem ersten Treffen 1982 die UNDRIP aushandelt, eine Deklaration, die am 13. September 2007 in der 61. Sitzung adaptiert wurde. Die UNO richtete außerdem 1985 einen Voluntary Fund für Indigenous Populations ein um RepräsentantInnen von „indigenen Völkern“ die Beteiligung an den WGIP-Treffen zu finanzieren.

²⁶ Vertreter von indigenen Völkern betonen oft, dass eine Definition nicht notwendig ist, da sie die Realität niemals exakt wiedergeben könnte und eine zu strenge Auslegung manche Gruppen ausschließen würde. Auch die Vertreter des Workshops in Thailand (Fußnote 24) kamen zu einer solchen Schlussfolgerung. (vgl. Sailer 2010: 31f)

ancestral territories, and their ethnic identity, as the basis of their continued existence as peoples, in accordance with their own cultural patterns, social institutions and legal systems.” (Cobo 1983: Chapter 21, S50, Paragraph 379) In seinem Final Report hat Cobo das Kriterium "Selbstidentifikation"²⁷ hinzugefügt (vgl. Cobo 1983: Chapter 21, S51, Paragraph 381) Cobos Definition nennt also 5 Schlüsselfaktoren:

- 1) Sie weisen eine historische Kontinuität mit Gesellschaften, welche vor der Kolonialisierung oder Invasion auf den Territorien lebten, auf
- 2) Sie haben eine distinktive Identität in Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft
- 3) Sie repräsentieren einen nicht-dominanten Teil der Gesellschaft
- 4) Sie wollen ihre Identität, welche an die besondere Beziehung zum bewohnten Gebiet gekoppelt ist, aufrechterhalten und an folgende Generationen weitergeben
- 5) Die Selbstidentifikation soll ebenfalls ein Schlüsselfaktor sein.

Die Weltbank definiert den Begriff in ihrer Operational Policy 4.10 auch nicht explizit, doch zählt Kriterien unter dem Punkt 4 auf “used in a generic sense to refer to a distinct, vulnerable, social and cultural group possessing the following characteristics in varying degrees” (Weltbank Operational Policy 4.10 2005: Punkt 4): Selbstidentifikation als Angehöriger einer distinktiven kulturellen Gruppe und Wahrnehmung dieser Gruppe als solche von Anderen, kollektive Verbundenheit mit einem bestimmten geographischen Territorium und dessen Ressourcen, distinktive kulturelle/soziale/politische/ ökonomische Institutionen und eine spezielle indigene Sprache. (vgl. Weltbank Operational Policy 4.10 2005: Punkt 4) “The multi-part definition above highlights the fact that the World Bank has provided policymakers with a wide latitude for identifying indigenous populations. [...] Given the conceptual ambiguity of terms such as ‘culture’, ‘distinct cultural group’, and ‘customary social and political institutions’, one could imagine a wide variability among World Bank Task Managers in determining a group’s indigenous status.” (Corn tassel 2003: 86)

Die Internationale Arbeitsorganisation nennt Definitionen von “Indigenous Peoples” bzw. von “Indigenous Populations”²⁸ sowohl in der Konvention 107 von 1957 und der aktuelleren Konvention 169 von 1989. In der ILO 169 werden Indigene Völker folgendermaßen definiert:

²⁷ Selbstidentifizierung wird von internationalen Definitionsansätzen (ILO-Konvention, Working Definition, ...) mittlerweile als wesentliches Kriterium gehandhabt. “The question of ‘who is indigenous?’ is best answered by indigenous communities themselves. As testament to this, ‘self-identification’ policies for indigenous nations have increasingly become an accepted international legal practice beginning in 1977, when the second general assembly of the World Council of Indigenous Peoples (WCIP) passed a resolution stating that ‘only indigenous peoples could define indigenous peoples’. Since that time, two of the most active global organizations promoting indigenous rights, the United Nations Working Group on Indigenous Populations (WGIP) and the International Labour Organisation (ILO), have advocated an unlimited right to ‘self-identification’ for indigenous peoples in order to counter possible actions of ‘host’ states who might deny indigenous claims within their borders.” (Corn tassel 2003: 75)

²⁸ Die ILO 107 spricht von „Populations“ und die ILO 169 von „Peoples“

“[P]eoples in independent countries who are regarded as indigenous on account of their descent from populations which inhabited the country, or a geographical region to which the country belongs, at the time of conquest or colonization or the establishment of present states boundaries and who, irrespective of their legal status, retain some or all of their own social, economic, cultural and political institutions.” (ILO 169 Article 1.1.b) Artikel 1 (1) (a) definiert sie als “[P]eoples in independent countries whose social, cultural and economic conditions distinguish them from other sections of the national community, and whose status is regulated wholly or partially by their own customs or traditions or by special laws or regulations.” (ILO 169 Article 1.1.a) Folgende Elemente, sind für den Status im Sinne der ILO 169 somit ausschlaggebend: Historische Kontinuität mit vorkolonialen oder vor- Invasions- Gesellschaften, Territoriale Verbundenheit mit Land und Ressourcen, sowie distinktive soziale/ökonomische/kulturelle und politische Institutionen. Artikel 1 (2) der Konvention nennt auch das Element der Selbstidentifizierung als wichtiges Merkmal: “Das Gefühl der Eingeborenen- oder Stammeszugehörigkeit ist als ein grundlegendes Kriterium für die Bestimmung der Gruppen anzusehen, auf die die Bestimmungen dieses Übereinkommens Anwendung finden.” (ILO 169 Artikel 1.2)

3. Chancen und Gefahren der Indigenenbewegung

Die Begriffe Adivasi beziehungsweise Indigene Völker werden hier, aufgrund der damit verbundenen Konzepte und Ziele, klar bevorzugt, um Land- und Ressourcenrechte einzufordern. Es stellt sich aber die Frage, was ein begrifflicher Austausch (mit Tribe beziehungsweise Scheduled Tribe) bringt, wenn die Konnotationen und die Verbindungen mit dem geistigen Inhalt eventuell gleich bleiben oder neue Kontroversen geschaffen werden könnten. (vgl. Kerner 2009: 107f) Diese möglichen Kontroversen und dunklen Seiten der Indigenenbewegung sollen hier besprochen werden. Die Adivasis folgen möglicherweise einer Vorgehensweise welche Dipesh Chakrabarty eine "Politics unlimited" nennt: "the idea that the poor or the oppressed, in pursuit of their rights, have to adopt every means at hand in order to fight the system that puts them down." (Chakrabarty zitiert nach Shah 2010: 24) Sollte in einem gegenhegemonialen Kampf wirklich alle Methoden und Konzepte gerechtfertigt sein, solange man das gleiche Ziel verfolgt? "As scholars, should we aim to understand the complexities of local situations, or should we join the enterprise of a politics unlimited? [...] [A]s Ajay Skaria writes, however laudable our politics, we also need to pay attention to the weapons and images we fith with, and the profound desrespect and violence that may be involved in our strategies. (Shah 2010: 27) Diese Arbeit sollte die Dringlichkeit für ein Bekenntnis zu einer kritischen Ethnographie und nicht zu einem vorausbestimmten politischen Programm aufzeigen. Es bedarf eines wohlgesinnten Verständnisses der heiklen indigenen Rechtspolitik, ohne dabei eine kritische Distanz zu verlieren.

Vorab sei insofern deutlich darauf hingewiesen, dass die hier vorgenommenen Auseinandersetzungen mit den – neben den Chancen – negativen Seiten der Indigenenbewegung keinesfalls zum Ziel hat, die Anliegen dieser gut gemeinten Rechtsansätze diskreditieren zu wollen. Es gibt jeden Grund unterstützend gegenüber AktivistInnen für (Land- und Ressourcen) Rechte indigener Völker eingestellt zu sein, da sie in ständiger Selbstreflektion versuchen der realen Marginalisierung dieser Bevölkerungsgruppen entgegenzuwirken. Nichtsdestotrotz muss eine solche Sympathie auch mit einer Reflektion und Sensibilität gegenüber den möglichen Folgen einhergehen, wobei diese hier angestrebte Diskussion, keineswegs eine Auslieferung von AktivistInnen zum Ziel hat, sondern ganz im Gegenteil produktiven Input in Richtung gegenhegemonialer Revolutionsfähigkeit geben soll. Es soll hier also versucht werden, universelle Wege für faire Land- und Ressourcenrechtsansprüche in einer neoliberalen Welt zu finden, indem die Bewegung in einem größeren polit-ökonomischen gegenhegemonialen

Kontext, eingebettet im gegenwärtigen historischen Block, verortet wird. Auch Shah betont in einem Vorwort zu seinen Auseinandersetzungen mit den möglichen dunklen Seiten der Indigenenbewegung, diese Absicht: “We don’t have to show them up, or argue that indigenous identity is created strategically and made into an invented tradition by maximizing goal-oriented actors who are pursuing their own ends. But we should pursue our careful and committed scholarship and highlight the need to pay attention to the voices that are not usually heard in transnational, or even national, forums, as well as the processes, which lead to their marginalization. So as scholars and political actors, we should not hesitate to ask the questions: Who is representing whom, and how and why? Who and what are left out? And what are the unintended consequences?” (Shah 2010: 35)

Die Indigenenbewegung kann also, so die Hypothese dieser Arbeit, je nachdem, wie man die Kriterien zur Mobilisierung gewichtet, entweder Chancen für eine Anerkennung von Rechten für die Adivasi Indiens darstellen und gleichzeitig eine universelle Möglichkeit für einen klassenbasierten sozialen Wandel eröffnen, oder aber auch die Gefahr der Simplifizierung, Grenzziehung und Spaltung der Bevölkerung beinhalten, wobei in diesem Fall durch die Verschleierung der Klassendimension und durch die Schaffung einer “Politics of Belonging” der gegenwärtige historische Block reproduziert werden könnte (“Divide and Rule”).

Welcher dieser Wege eingeschlagen wird, hängt, so die Hypothese dieser Arbeit, davon ab, wie sehr man die zentralen Kriterien, auf welche sich die Indigenenbewegung bezieht, nämlich “historische Kontinuität”, “Andersartigkeit beziehungsweise Distinktivität” und “Marginalisierung beziehungsweise Kolonialerfahrung” gewichtet. Es wird hier der Ansatz vertreten, dass es für die Bewegung von immensen Vorteil wäre, das Kriterium der “Andersartigkeit beziehungsweise Distinktivität” nicht zu stark ins Spiel zu bringen. Ebenfalls wird es als problematisch gesehen, das Kriterium der “historischen Kontinuität” eng zu fassen und aufgrund dessen Land- und Ressourcenrechte zu legitimieren. Es wird hier, wie wir sehen werden, als viel wichtiger erachtet die Kriterien “Marginalisierung/Kolonialerfahrung” und “historischen Kontinuität” breit zu fassen, so wie „Andersartigkeit bzw. Distinktivität“ nur in einer speziellen Auslegung als Kriterium heranzuziehen.

3.1. Historische Kontinuität

Als zentrales Kriterium für die Bestimmung von indigenen Völkern wird immer wieder die historische Kontinuität mit dem Lebensraum, genannt. “The definitional requirement of his-

torical continuity with pre-invasion or pre-colonial societies is important in many contexts and often seen as a non-negotiable criterion of ‘indigeneity’.” (Geiger 2008: 189)

Wenn man von einer rigiden Interpretation dieses Kriteriums ausgeht, dann sollte die Rede von “Ureinwohnern” sein, also denjenigen, welche vor allen anderen da waren. Im indischen Kontext gibt es eine große Diskussion darüber, ob Ureinwohner auf dem Subkontinent überhaupt verortet werden können. Die Ureinwohner²⁹ Indiens könnten grundsätzlich jene Völker sein, welche vor der Einwanderung der Arier³⁰ in Indien lebten. Die Arier waren verschiedene Stammesgruppen indoiranischer Viehnomaden aus Zentralasien und dem vorderen Orient, welche aus dem Nordwesten ab Mitte des zweiten vorchristlichen Jahrtausends in teils friedlichen, teils kriegerischen Streifzügen in den Norden Indiens (Punjab) einwanderten. (vgl. Michaels 2006: 50) Diese Einwanderung war also nicht immer mit Gewalt verbunden, sondern auch mit Interaktion und Assimilation. Sie passierte über Jahrhunderte hinweg und ist nicht, wie zum Beispiel in Australien oder Amerika, mit einem nachvollziehbaren Ereignis der “Entdeckung” vergleichbar. Teilweise konnten sich die bereits ansässigen Völker zurückziehen und eigenständige Identitäten erhalten. Diese wurden zum Teil weiter in den Süden, Osten oder in die Berg- und Waldgebiete verdrängt. Sie konnten ihre Kultur, Sprache und Lebensweise erhalten und könnten die Adivasis von heute sein. Der Teil der ansässigen Bevölkerung, welche in die Gesellschaft integriert wurde und die unangenehmen und als unrein geltenden Arbeiten verrichtete (Reinigung, Wäscherei, Bestattung, Lederarbeiten, ..) kann als die Gruppe der heutigen Dalits, beziehungsweise Angehörigen der unteren Kasten identifiziert werden – so die verbreitete Meinung. (vgl. Bijoy 2003: 1ff) “Während [also] manche Teile der vorhandenen Bevölkerung zu Dalits wurden, zogen sich andere in unwegsame Regionen zurück und entwickelten dort ein ethnisches Bewusstsein, das die wesentliche Grundlage dafür ist, sie heute als indigene Völker zu bezeichnen.” (Faschingeder 2011: 87)

Die meisten Ansätze, welche das Konzept der Indigenen Völker in Indien in Frage stellen, fokussieren auf diese komplexen historischen Migrationsprozesse von Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen ethnischen/kulturellen/sprachlichen/religiösen Hintergrund (vgl. Erni/Nilsson 2008: 368), darunter auch diejenigen Bevölkerungsgruppen, welche heute als Adivasi definiert werden. “It is difficult to speak of original inhabitants, for tribal traditions themselves make repeated mention of migration of their ancestors.” (Dube 1977: 2) Die Arier immigrierten über Jahrhunderte hinweg auf den Subkontinent und somit ist es nicht feststell-

²⁹ Das Material über die diese vorvedischen Religionen, der Indus-Zivilisation, kommt von Siedlungen des ganzen Subkontinents (Mundas, Dravidas, Harappa, Mohenjo-Daro, ...) (vgl. Michaels 2006: 48)

³⁰ Sie nannten sich selbst Arya (wörtlich “die Wirtlichen”, vom vedischen arya “gastlich, die Gastfreien”). (vgl. Michaels 2006: 49)

bar, welche Gruppen wann in welchen Gebieten gelebt haben und wer wohin vertrieben worden ist, und welche Gruppen somit die Nachkommen der Eroberer beziehungsweise der Eroberten sind. (vgl. Ghosh 2006: 518) “Determining who are natives and who are immigrants therefore depends how far back one goes in history. Therefore any demarcation is going to be arbitrary and hence extremely contentious.” (Xaxa 2008: 228) Hinzu kommt, dass die sogenannten Adivasis nicht unbedingt “älter” als die Anderen sind, sie haben durch die Migration in abgelegene Gebiete lediglich eine andere Reaktion, als zum Beispiel die Dalits oder diejenigen, welche in den Süden migriert sind, gezeigt. (vgl. Faschingeder 2011: 87) Aufgrund der unklaren Linien dieses komplexen Migrationssystems, könnten viele Gruppen der indischen Gesellschaft den Status Ureinwohner zu sein, beanspruchen: “[T]here are several groups, now absorbed in Hindu society, which make an equally tenable claim to being original or, at any rate very old inhabitants”. (Dube 1977: 2)

Die verschiedenen Migrationstheorien sind umkämpft und werden für die jeweiligen politischen Zwecke instrumentalisiert und manipuliert:

Auf der einen Seite stehen diverse (staatliche) Interessen, die in bewusster Abneigung zu den Begriffen “Adivasi” bzw. “Indigenous Peoples”, welche für sie implizieren, es gäbe Teile der Bevölkerung, welche als Erster da waren, stehen (vgl. Sailer 2010: 76): Diese Annahme ist zum einen im Kontext des hindu-nationalistischen Diskurses ein hoch politisches Thema, welcher im Zuge der angestrebten Hinduisierung vermeiden will Adivasis als separate ethnische Entitäten, die sich von der Hindu- bzw. Kastengesellschaft unterscheiden, zu sehen. Hindu fundamentalisten konstruieren ihre eigene Wahrheit, und zwar, dass die Arier die ursprüngliche Einwohner Indiens waren. (vgl. Skoda 2004: 5) Sie propagieren außerdem die Anschauung, die Adivasis wären Hindus und nennen sie insofern “Vanvasis”, also Kasten der Wälder. (vgl. Bhengra/Bijoy/Luithui 1998: 4) Eine weitere Sorge der indischen Regierung ist, dass die Akzeptanz von Adivasis als Ureinwohner Sezessionsbestrebungen fördern würde. (vgl. Karlsson 2003: 406ff) Die indische Regierung instrumentalisiert außerdem im Sinne der eigenen Absichten jene wissenschaftlichen Diskussionen, welche die Bestimmung der Existenz von Ureinwohnern im indischen Subkontinent als Unmöglichkeit sehen.

Andere Akteure, darunter auch nicht selten Vertreter der Indigenenbewegung, instrumentalisieren Migrationstheorien, mit der Absicht gewisse Rechtsinstrumente auf diese marginalisierte Gruppe anwenden zu können, und versucht die Geschichte der Adivasis auf eine Zeit vor der Ankunft der Arier zurückzuführen, ein Umstand, welcher, wie wir gesehen haben, kaum klar bewiesen werden kann. (vgl. Xaxa 2008: 231ff)

Ob nun von den unterschiedlichsten Ateuren und Interessen, wie gerade beschrieben, argumentiert werden kann, die Adivasis wären die Ureinwohner Indiens oder nicht, die gesamte Debatte sollte im Grunde überhaupt nicht relevant sein. In den Worten von Karlson: “The commonly held position is simply that the entire exercise of establishing who is indigenous or not is a futile one.” (Karlson 2003: 404f)

Es sollte also nicht darum gehen, wer als Allererster auf dem Subkontinent da war, sondern wer kleinräumig vor einer Okkupation durch Andere da war. Das Kriterium der historischen Kontinuität sollte also breit gefasst werden. Anstatt sich auf spekulative Migrationsgeschichten zu konzentrieren, sollte man sich auf die nachhaltige Auflösung gegenwärtiger Kolonialisierungsmuster konzentrieren. In jeder Rechtsordnung der Welt (und auch in Indien) schafft friedlicher und gutgläubiger Besitz an Land und Ressourcen einen Rechtstitel gegenüber Dritte. In Indien waren beziehungsweise sind diese Rechte gerade wenn es um die Adivasi geht nicht abgesichert und genau in diesem Tatbestand liegt die Diskriminierung. Da Rechte und Privilegien auf Land also in der Norm respektiert werden, wenn es um die Mehrheitsbevölkerung geht, ist es also das Mindeste auch den Adivasi einen solchen Respekt entgegenzubringen. Xaxa fasst dieses Argument gut zusammen: “In the course of history, different communities have come to develop distinct and definite associations with certain territories. These territories have been considered by the communities as their own, as against those of other communities. They consider themselves to have prior, if not exclusive, rights over the territory where they live either on account of prior historical settlement or the numerical and other dominance. [...] Whereas such privileges and rights are recognized with respect to these dominant communities, the same has been denied to the tribal communities in India. [...] [T]he least the dominant regional communities could do is to recognize the priorities of rights and privileges of these people in the territories and regions where they inhabit. It is in the absence of such powers and rights that a new form of identity, i.e. the identity as Adivasis or indigenous peoples is crystallising among the tribes of [...] India.” (zitiert nach Xaxa 2008: 236f)

Das Kriterium der historische Kontinuität sollte nicht eng gefasst werden, da die Legitimierung von Land- und Ressourcenrechten auf Basis der Gegebenheit, als Allererster da gewesen zu sein, einen sehr problematischen Beigeschmack hat. Spekulative Forschungen über die Herkunft verschiedener Gruppierung der indischen Gesellschaft und über deren Vertreibung sind also nicht nur aussichtslos sondern auch nicht wünschenswert. Es könnte argumentiert werden, dass auch ein breites Verständnis von historischer Kontinuität den gleichen proble-

matischen Beigeschmack, welchen Li als “sedentarist methaphysics” definiert, haben kann: “[T]he taken-for-granted assumptions of the ‘sedentarist metaphysic’ which valorizes people living in their ‘proper’ place, rooted in their native soil, and views displaced, ‘uprooted’ people, migrants and refugees, as pathological. [...] presents indigenous people as being at one with their land, so deeply rooted that loss of transformation of their territory, or its invasion by outsiders, is especially destructive, sometimes ethnocidal. The sedentarist metaphysics lies at the heart of the claims currently being made by many indigenous people and their supporters. [...] Citizens are increasingly thinking about themselves and their neighbours in terms of hierarchies of belonging.” (Li 2002: 386) Li deutet dabei auf die Gefahr hin, dass alle neuen Einflüsse automatisch negativ assoziiert werden könnten, obgleich ein rücksichtsvoller Austausch und eine partnerschaftliche Aushandlung darüber, wie verschiedene kulturelle/politische/soziale/ökonomische Identitäten nebeneinander in Frieden und Ausgleich mit Mensch und Natur bestehen können, durchaus ein sehr positiver und gewinnbringender Prozess sein könnte. Ein weiterer Schritt, der hier für die Auslegung des Kriteriums als essentiell gesehen wird, ist also, dass neue Einflüsse eben nicht grundsätzlich als Bedrohung assoziiert werden sollten.

Da in der Regel bei Adivasi- Landrechtsthemen eben gerade seitens der „neuen“ Akteure (Wirtschaftskooperationen, ...) nicht von einem rücksichtsvollen Austausch gesprochen werden kann, und auch nicht davon, dass ausgehandelt wird, wie verschiedene Identitäten im Frieden und Ausgleich mit Mensch und Natur nebeneinander bestehen können (siehe Kapitel 3.3.), sollte die These der “Sedentarist Methaphysics” zwar nicht unbeachtet bleiben (bezogen auf Zukunftsszenarien, wenn hoffentlich Land- und Ressourcenrechtsansprüche für indigene Völker in Theorie und Praxis verankert sind), aber trotzdem im Regelfall als obsolet betrachtet werden, da eben die Adivasis selten ihr Mitspracherecht überhaupt erst nutzen konnten und können.

3.2. Distinktivität, insbesondere Naturverbundenheit

In Indien können keine klaren Grenzen zwischen den Adivasis und Nicht-Adivasis verortet werden. “Für diese Arbeit bedeutet dies zunächst einmal eine gewisse Zurückhaltung in der Beschreibung der einzelnen erwähnten indigenen Völker, wie sie die Ethnologie als ihre ureigenste Aufgabe betrachtete.” (Faschingeder 2001: 96f) Die Vielfalt der Lebensweisen in der sogenannten Mehrheitsbevölkerung, mit welcher die Adivasis verglichen werden, ist an sich schon so groß, dass die Differenz zu den Adivasis relativ betrachtet gering ausfällt. (vgl. Fa-

schingeder 2001: 93) Die Adivasis sind selber ebenfalls nicht homogen, sondern geographisch verstreut und hinsichtlich Sprache, Größe, Kultur und sozio-ökonomischen Hintergrund unterschiedlich. (vgl. Aufschnaiter 2008: 3) Meistens haben sie mehr mit den Communities ihres unmittelbaren Lebensumfeldes als mit anderen Adivasi-Gruppierungen, mit welchen sie die Briten in einen Topf warfen, gemeinsam. (vgl. Van Schendel 2011: 21) Die meisten Studien sahen die Geschichte der indischen Zivilisation mit einem hohen Grad an Interaktion, Integration und Austausch verbunden, was sich auch heute daran zeigt, dass es nicht ganz so leicht ist, die Adivasis Indiens kulturell-sozial herauszufiltern, beziehungsweise andere Gruppierung, welche einen solchen Status beantragen, die Zuerkennung zu verweigern. (Bose/Béteille nach Xaxa 2008: 232) “There is abundant historical evidence to demonstrate that ‘tribes’ and non-‘tribes’ in South Asia have a sustained experience of cultural and social inter-connectedness and exchange, and that neither racial nor territorial, technological, linguistic, or religious measures can be used as effective markers of ‘tribal’ identities.” (Van Schendel 2011: 24) “Many settled farmers still call themselves Adivasi, while there are many hunter-gatherers and slash-and-burn agriculturists in India today, who call themselves Hindus.” (Erni zitiert nach Fashingeder 2001: 93) Viele Wissenschaftler sprechen in Bezug auf diese Überschneidungen von einem Caste-Tribe-Kontinuum um auf diese Überschneidungen hinzuweisen: Bailey’s Modell des Caste-Tribe-Kontinuums (vgl. Bailey 1960: 13f), Surajit Sinha’s modifiziertes Konzept vom “Tribe-Caste” beziehungsweise “Tribe-Peasant”-Kontinuum (vgl. Sinha 1965: 57f), N.K. Bose hinterfragt die angenommene Unterschiedlichkeit in deren ökonomischen Leben und dem der Nachbarn (Bauern und Handwerker) (vgl. Bose 1971: 4), S.C. Dube relativiert die Isolations-theorie, wenn er auf die Migration unter den Adivasis aufmerksam macht (vgl. Dube 1977: 2-3) und André Béteille spricht von der Einzigartigkeit Indiens und will von einer Schulbuchdefinition von Tribe Abstand nehmen (vgl. Béteille 1974: 68).

In Xaxas Worten kann es dennoch, trotz dieser Überschneidungen, nicht als ganz ungerechtfertigt gesehen werden, eine so vielfältige Gruppe als Einheit zu sehen. Diese Einheit rührt daher, dass sie die Gemeinsamkeit teilen, tendenziell außerhalb der Hindu-Gesellschaft in starker Verbundenheit zur Natur gelebt zu haben, und aufgrund dessen ähnliche Lebensweisen entwickelten. “The Indian practice of regarding as tribes a large assortment of communities, differing widely in size, mode of livelihood and social organization cannot therefore be dismissed as unreasonable. They are all ‘tribals’ because they all kept more or less outside the Hindu civilization, and not because they all share the same socio-cultural and political characteristics and stand exactly at the same stage of ‘development’.” (Xaxa 2008: 234f) Solche

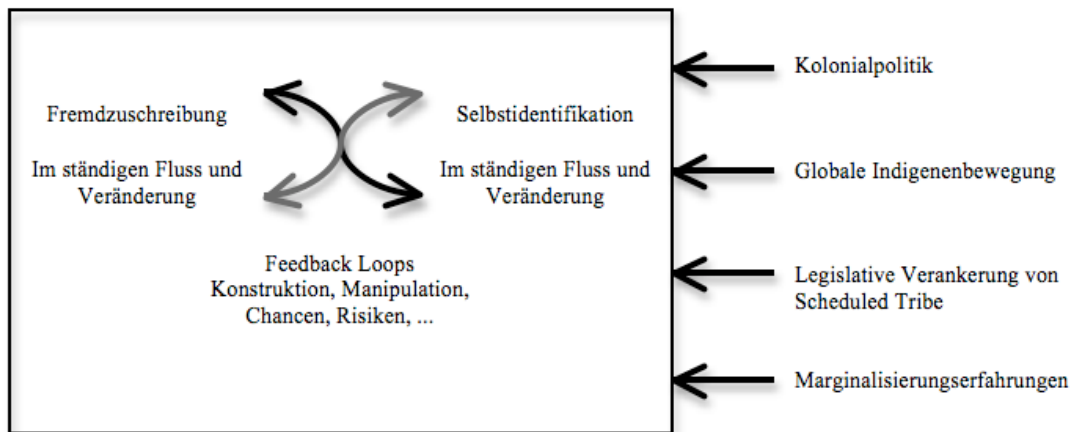
Gemeinsamkeiten sind laut Bijoy: “The Adivasis have few food taboos, rather fluid cultural practices and minimal occupational specialization. [...] Their autonomous existence outside the mainstream led to the preservation of their socio-religious and cultural practices, most of them retaining also their distinctive languages. Widow burning, enslavement, occupational differentiation, hierarchical social ordering etc. are generally not there. [...]” (Bijoy 2003: 3) In einer Serie von Seminaren (1993) in verschiedenen Teilen Indiens wurden selbstgewählte Kriterien definiert (vgl. Bhengra/Bijoy/Liuthui 1998: 5): Dazu gehören relative geographische Isolation; Abhängigkeit von Wäldern, Land, Ressourcen und Gewässern innerhalb des Territoriums für Nahrungsbeschaffung und andere Anliegen; eine distinktive Kultur welche gemeinschaftsorientiert ist und ein Hauptaugenmerk auf die Erhaltung der Natur legt; relative Freiheit von Frauen in der Gesellschaft; die Abwesenheit von Arbeitsteilung und des Kastensystems; und das Fehlen von Nahrungsvorschriften.

Darüber hinaus kann in der Regel auch eine besondere Beziehung zu Land und Ressourcen erkannt werden. Die Lebensgrundlage von Adivasis ist historisch gesehen die Natur, was dazu führte, dass ihre Identität (Glaubenssysteme, Kultur, ...) in starker Verbindung zur Natur steht. Durch die Empfindung dieser starken Verbundtheit von Mensch und Natur kann auch deren kollektives und soziales Wissen über nachhaltige Nutzung und Biodiversität abgeleitet werden. “The balance is reflected in the non-appropriative, non-accumulative subsistence economy, a relationship with the land and forests that seeks not to own, but to belong, not to extract, but to access, not to aggress on, but to share equitably” (Prabhu zitiert nach Aufschnaiter 2008: 67) Land spielt dabei „nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine kulturelle, soziale und oftmals auch spirituelle Rolle. Es dient [...] als Boden für die Landwirtschaft oder als Grund für den Hausbau. Land und speziell auch Wald sind Quellen für Nahrungsmittel, Medizin, Hausbau, Kleidung und kulturelle Gegenstände und somit existenziell. Darüber hinaus besteht meist auch eine religiöse oder spirituelle Beziehung der Menschen zu dem Land, auf dem sie leben und das sie ernährt. Oftmals gilt das Land als der Sitz der Ahnen und gibt den Menschen ihre Identität.” (Sailer 2010: 113)

Die spezielle Verbindung zu Land und Ressourcen wurde von vielen internationalen Regelwerken anerkannt. Erica-Irene Daes Working Paper zum Thema “Indigenous Peoples and their relationship to land” nennt die Beziehung zu Land und dessen Ressourcen als Herzstück der Identität von indigenen Völkern. (vgl. Daes 2001) Kapitel 21 von Cobos “Study of the Problem of Discrimination against Indigenous Populations” geht ebenfalls auf diese Thematik ein: „For such peoples, the land is not merely a possession and a means of production. The entire relationship between the spiritual life of indigenous peoples and Mother Earth, and their

land, has a great many deep-seated implications. Their land is not a commodity which can be acquired, but a material element to be enjoyed freely.” (Cobo 1983: Chapter 21, S26, Paragraph 197) Die besondere Beziehung zur Natur wurde auch von Indien wahrgenommen, was folglich in jüngster Vergangenheit zur Verabschiedung von diversen Zugeständnissen bezüglich Land- und Ressourcenrechte führte (siehe Kapitel 4.2.). Richter Ramaswamy gibt im Fall *Samatha vs. State Andhra Pradesh* folgendes Statement ab: „Agriculture is the only source of livelihood for Scheduled Tribes, apart from collection and sale of minor forest produce to supplement their income. Land is their most important natural and valuable asset and imperishable endowment from which the tribals derive their sustenance, social status, economic and social equality, permanent place of abode and work and living. It is a security and source for economic empowerment. Therefore, the tribes too have great emotional attachment to their lands. The land on which they live and till, assures them equality of status and dignity of person and means to economic and social justice and potent weapon of economic empowerment in social democracy.” (*Samatha vs. Andhra Pradesh* 1997: 17, Punkt 10)

Ob nun Gemeinsamkeiten verortet werden können oder nicht, sollte im Sinne des gegenhegemonialen Aspekts nicht relevant sein. Erstens können “Andersartigkeit und Distinktivität”, da Kultur ein sich im Fluss befindender relationaler Begriff ist, der keineswegs statisch verstanden werden kann, keine Kriterien für die Anerkennung der Land- und Ressourcenrechte indigener Völker sein. Identitäten werden, wie die Grafik veranschaulichen soll (wobei die genannten Einflüsse keine vollständige Erfassung bedeuten), in Rückkoppelung mit der Außenwahrnehmung geschaffen. Li und Faschingeder beschreiben diese Gegebenheit in anschaulicher Weise: „Im Rahmen des diskursiven Paradigmas können wir uns nicht mehr länger als objektive BeobachterInnen und die indigenen Völker als Beobachtete verstehen, sondern müssen die dialogische Produktion des Diskurses betrachten.” (Faschingeder 2001: 96f) “All knowledge, including the knowledge of indigenous people, is dynamic: it emerges from, and merges into, new currents and ways of thinking. It is positioned: knowledge can only be understood in relation to broader fields of interest and power. And it is recursive – full of feedback loops, which present both risks and opportunities. We are part of the worlds we study, and must take the attendant responsibilities very seriously.” (Li 2002: 369)



Zuerst einmal sahen sich die jeweiligen Communities einfach nur als „Mensch“, was in den zahlreichen Volksnamen zum Ausdruck kommt: “[S]o bedeutet Birhor ‚Menschen des Waldes‘, Bhuyan ‚Erdleute‘, Muria ‚Wurzel‘ und Koitor ‚Mensch‘.“ (vgl. Skoda 2004: 3) Die Kolonialpolitik wirkte sich auf die Identitätsbildung aus und bewirkte, dass „Tribe“ vom Konstrukt zu einem Mittel, sich selbst zu identifizieren, und insofern auch zur politischen Realität wurde. Ein kolonialer Begriff wurde zum postkolonialen Identitätsmarker. Dazu kamen unter anderem Inputs der internationalen Indigenenbewegung, die regionale Verwendung des Begriffs Adivasi und die fortschreitende legislative Verankerung durch „Scheduled Tribes“ Regelungen (verbunden mit der Vergabe besonderer Rechte – ein nicht zu vernachlässigendes Triebwerk für Identitätsbildung) – Geschehnisse, die zur Identitätsbildung für diese marginalisierten Gruppen, welche ähnliche Erfahrungen der fortschreitenden Landenteignungen und Vertreibungen, ökonomischen und sozialen Benachteiligung, Diskriminierung und Rassismus erlebten, und eine fehlende Stimme in politischen Prozessen hatten. Es „darf dies nicht vergessen machen, dass vor dieser selbstbewussten Einforderung von Rechten die schmerzhafteste Erfahrung steht, von außen als anders, und zwar als ‚schlechter Anderer‘ wahrgenommen zu werden.“ (Faschingeder 2001: 89f)

Für die Anerkennung des „Scheduled Tribe“ Status spielt, wie bereits erwähnt, das Kriterium der „Distinktivität“, zwar nicht offiziell, aber in der Praxis eine Rolle. Bei der Frage, wer nun als Angehöriger einer begünstigten Gruppe zu sehen ist, wird die Absurdität klar, welche mit einem statischen Verständnis des Kulturbegriffs einhergeht: Der oberste Gerichtshof empfahl Richtlinien um den sozialen Status („Social Status Certificate“) zu beurteilen – Ein Research Officer mit Spezialwissen über die „Stämme“ soll miteinbezogen werden, eine „Vigilance Cell“ mit Polizeinspektoren soll die Lebensumstände des/der AntragstellerIn genauer untersuchen (Besuch des Aufenthalts- oder Geburtstortes). (vgl. Jenkins 2004: 762) Sailer's Be-

schreibung eines Falles (Kumari Madhuri Patil v. Additional Commissioner of Tribal development) unterstreicht das Argument der Absurdität: „Doch wie wurde festgestellt, dass sie den Koli, und nicht den Mahadeo Koli angehören? Ihr Vater musste einen Test über das Wissen über seine Identität ablegen. Da der Vater den Test nicht bestanden hatte, wurde er nicht als Mahadeo Koli anerkannt und somit auch seine Töchter nicht“ (Sailer 2010: 61) Was ist mit multiplen Gruppenzugehörigkeiten? Es wird hier von einer logischen Inkompatibilität der gleichzeitigen Zugehörigkeit zu mehreren Gruppen und von der Homogenität innerhalb von speziellen Gruppen ausgegangen. Fragen zu Identität sollen gerichtlich festgelegt werden und werden so verhandelt, als wenn es möglich wäre diese in logischen Argumenten und klaren Linien beschreiben zu können.

Zweitens kommt die besondere Gefahr der folgerichtigen zu starken Betonung dieser Distinktivität hinzu, wenn Andersartigkeit in Form der besonderen soziokulturellen, ökonomischen, politischen und religiösen Identität (insbesondere die spezielle Verbindung zu Land und Ressourcen) ein Kriterium werden würde. Bêteille warnt, in Einklang mit anderen indischen AkademikerInnen, dass „[...] the growing popularity of the indigenous provides ideological ammunition to those who would reorder the world according to the claims of blood and soil.“ (Shah 2010: 23) Adam Kuper artikuliert Bêteille's Bedenken noch direkter, indem er auf die undemokratische und sogar faschistische Untermauerung von "Indigenität" hinweist. "Kuper argues that in the recent 'return to the native', culture has become an euphemism for race. It may lead to ethnic conflict, and it has meant defending positions – for example, that descendants of the original inhabitants of a country should have privileged rights to its resources – which are similar to ones made by extreme right-wing parties in Europe.“ (Shah 2010: 23) In der gegenwärtigen globalen Konjunktur könnten progressive Ideen des Konzepts der Indigenen Völkern mit xenophoben Zugehörigkeitsideologien fusionieren. "Anti-foreigner movements in Europe, Hutus killing Tutsis in Rwanda, and Hindu nationalist campaigns against Muslims and Christians have all used the beleaguered-indigenous versus threatening-outsider dichotomy to their political advantage. [...] In other words, the 'indigenous' label can be used to many ends, from demanding basic rights for dispossessed communities to mobilizing support for majoritarian racist and fascist projects." (Van Schendel 2011: 29) Die Indigenenbewegung soll mit der Darlegung dieser Argumente von Bêteille und Kuper keineswegs der Xenophobie oder des Rassismus beschuldigt werden – und das vor allem in Angesicht dessen, dass es bei den Streitfällen in der Regel nicht um Landrechtsansprüche zwischen verschiedenen Teilen der Bevölkerung, sondern zwischen den Adivasis und der Regierung beziehungsweise Wirtschaftskooperationen geht – sondern nur darauf hingewiesen werden, dass

diese zu starke Betonung von kultureller Identität möglicherweise den gleichen Keim mit xenophoben Ideen, welche die Gesellschaft spalten könnten, teilt. Da die Spaltung (von marginalisierten Teilen) der Bevölkerung für einen allumfassenden, und unter Umständen auch „klassenbasierten“ gegenhegemonialen Kampf um ökologisch nachhaltige und faire Land- und Ressourcenrechtsverteilung destruktiv ist, sollte von Mechanismen, welche diese Spaltung hervorrufen könnten, Abstand genommen werden.

So manche würden behaupten, dass die Distinktivität, ausgedrückt durch die besondere Beziehung zu Land und Ressourcen, durchaus ein wichtiges Kriterium für die Anerkennung der Rechte darauf sein soll. Die Anerkennung sollte aber nicht über die Schiene der statischen Vorannahme dieses Kriteriums laufen, sondern nur im Falle der Bestätigung durch die Einzelfallprüfung relevant sein. „Eine Politik, die Gemeinsamkeit voraussetzt, statt sie prozessual zu erzeugen, ist [...] verhängnisvoll.“ (Reed nach Kerner 2009: 123) Wenn zum Beispiel ein Bergbauunternehmen ökonomische Interessen an Rohstoffen, welche im Lebensraum einer Adivasi Community liegen, hat, um ein sehr gängiges Beispiel zu nennen, soll im Zuge der Einzelfallprüfung erstens die Frage relevant sein (wie bereits beim Kriterium „historische Kontinuität“ vorgeschlagen), ob es sich um vorherigen gutgläubigen und friedlichen Besitz von Land- und Ressourcen durch die Adivasi handelt. Diese Gegebenheit alleine sollte schon einen Titel für die Adivasi schaffen und bewirken, dass sie bei den folgenden Verhandlungen mit Akteuren, welche je nach Situation diesen gutgläubigen und friedlichen Besitz aufrechterhalten wollen oder mit Akteuren, welche das nicht wollen (was in der Regel der Fall ist) auf den längeren Ast sitzen. Nur in einer solchen kontextuellen Herangehensweise, welche keine statischen Vorannahmen impliziert, sondern im Einzelfall prozessual prüft, kann die besondere Beziehung zur Mutter Erde relevant sein. Desweiteren können Land- und Ressourcenrechte über die allgemeinen kulturellen Rechte im internationalen Recht legitimiert werden, welches Menschen vor jeglichen Aktivitäten, welche sie daran hindert die traditionelle Lebensweise und andere kulturbasierten Aktivitäten (welche im Fall der Adivasi in der Regel stark mit dem Territorium und den Ressourcen verbunden sind) ausüben, zu schützen. (siehe Kapitel 4.1.3.) Hierbei geht es um allgemeine universelle kulturelle Rechte und nicht um kulturelle Distinktivität oder Andersartigkeit.

3.3. Kolonialerfahrung, Marginalisierung, Nichtdominanz

Nicht nur die Working Definition, sondern auch viele andere Definitionen ziehen die Kolonialerfahrung oder die Erfahrung einer Invasion als Kriterium für die Beschreibung von Adivasis heran. Wichtig ist hier, was man unter Kolonialerfahrung versteht, ob man stringent ausschließlich den Salz-Wasser-Kolonialismus meint oder von einer breiteren Auffassung ausgeht.

Wenn man ausschließlich die Kolonisierung Indiens durch die Briten meint (eng), dann sind alle InderInnen Opfer, so das Argument und Verständnis der indischen Regierung. Diese Ansicht wird auch vom UN Sonderberichtserstatter Miquel Alfonso Martínez vertreten, welcher in der 1998 und 1999 WGIP Session argumentierte, dass die indischen Gruppierung keine indigenen Völker sind und seinen Vorgänger Cobo für seine zu inkludierende Working Definition kritisierte. Diese Auffassung geht gegen die allgemeine Entwicklung in der UN welche das Kriterium eher breit fassen würde. (vgl. Karlsson 2003: 411ff) Sailer möchte diese Ansicht, dass die Adivasis das gleiche Schicksal wie die Mehrheitsbevölkerung erfuhren, widerlegen, indem sie von einer doppelten Kolonialisierung spricht (Vertreibung durch die arischen Gruppen, durch die Briten, durch die gegenwärtige Mehrheitsbevölkerung). „Im Unterschied zur Mehrheitsbevölkerung, welche nach Abzug der Kolonialmacht tatsächlich Selbstbestimmung erreicht hatte, wurden demnach für viele indigene Völker die alten Unterdrücker (Kolonialmacht) lediglich durch neue (Mehrheitsgesellschaft) ersetzt.“ (Sailer 2010: 33f)

“The indigeneity concept has suffered the effects of the international community’s practice of defining a colonial situation as one involving only European colonizers” (Geiger 2008: 188) Wenn man sich einer breiteren Auffassung anschließt, wie zum Beispiel der Definition des Kolonialismus von Osterhammel, so lässt es einen großen Argumentationsspielraum für die Adivasi Indiens offen: „Kolonialismus ist insofern eine Herrschaftsbeziehung zwischen Kollektiven, bei welcher die fundamentalen Entscheidungen über die Lebensführung der Kolonisierten durch eine kulturell andersartige und kaum anpassungswillige Minderheit von Kolonialherren unter vorrangiger Berücksichtigung externer Interessen getroffen und tatsächlich durchgesetzt werden. Damit verbinden sich in der Neuzeit in der Regel sendungsideologische Rechtfertigungsdoktrinen, die auf der Überzeugung der Kolonialherren von ihrer eigenen kulturellen Höherwertigkeit beruhen.“ (Osterhammel 2003: 22) Die Kolonialherren können folglich alle gebietsfremden Personen sein, und die indigenen Völker, welche von einer solchen

Eindringung betroffen sind, werden in dem Sinne kolonialisiert, dass sie benachteiligt oder diskriminiert werden. (vgl. Geiger 2008: 188)

Die Geschichte der Adivasis ist insofern stark von Marginalisierungserfahrungen, unter anderem aufgrund des Entzugs ihres Lebensraumes, geprägt. Laut Mitra/Gupta begannen diese Prozesse in der Kolonialzeit, „when large tracts of forests were regularly harvested for commercial purposes“ (Mitra/Gupta 2009: 194f), gingen später nach der Unabhängigkeit weiter und wirken noch bis heute: „After India gained independence in 1947, most of the forests were nationalized. The issue of tribal people’s rights in those forests has been fraught with contention and is central to political and development policy questions in India.“ (Mitra/Gupta 2009: 194f)

Es wird angenommen, dass es den Adivasis gelang bis vor der Ankunft der Briten eine relative Autonomie zu erhalten. (Bose nach Aufschnaiter 2008: 2) “Back in history, the Adivasis were in effect self-governing ‘first nations’. In general and in most parts of the pre-colonial period, they were notionally part of the ‘unknown frontier’ of the respective states where the rule of the reign in fact did not extend, and the Adivasis governed themselves outside of the influence of the particular ruler.“ (Bjoy 2003: 2) Auch Xaxa meint, dass die Adivasis vor Ankunft der Briten in der Regel in friedlicher Koexistenz mit der Mehrheitsbevölkerung lebten (vgl. Xaxa 2008: 230).

Die gegenwärtigen Landrechtsprobleme der Adivasis haben also ihren Ursprung in der Kolonialzeit, als die Briten einen neuen Begriff von Privatbesitz durch das so genannte „Zamindari“³¹- System einführten. Durch die Forest Acts und andere diskriminierende Regelwerke (siehe Kapitel 4.2.1.) wurde den Adivasis massenhaft Land enteignet, da sie im Kontext dieses neuen Verständnissystems von Besitz im britischen Sinne keine legalen Rechtstitel auf Ländereien, auf welchen sie schon seit Generationen lebten, und auf dessen Ressourcen nachweisen konnten. (vgl. Aufschnaiter 2008: 2) Durch diese Enteignungen veränderte sich die Beziehung von Adivasis zu deren Territorien und die Machtbeziehung zwischen Adivasis und Nicht-Adivasis drastisch. (vgl. Bijoy 2003: 2) Das Interesse der Briten am Lebensraum der Adviasi war offensichtlich: „The British’ expressed purpose in coming to India was to take control of the most profitable type of trade and, in consequence, of the Adivasis’ territories abundant in natural and mineral resources.“ (Aufschnaiter 2008: 3) Viele Waldgebiete wurden

³¹ Das Zamindari System übertrug die Kontrolle über weitläufige Territorien Indiens, einschließlich Adivasi Territorien, an ernannte Feudalherren, welche Steuern für die Briten eintraben.

rapid abgeholzt um Gewinne durch das gewonnene Holz und durch die Kultivierung der abgerodeten Flächen zu erwirtschaften. „Forestry in colonial India was all about commercial exploitation and revenue and thus recognized no rights and concessions for forest dwellers, who were mostly tribals.“ (Patnaik 2007: 1) Die wachsende Schiffbauindustrie Englands im 18. Jahrhundert und die Erweiterung des Eisenbahnnetzwerkes in Indien in den 1850igern setzte die massiven Entwaldungsprozesse noch mehr in Gang. In Reaktion auf das Bewusstsein der einhergehenden Risiken der unregulierten Abholzung wurde von den imperialen Beamten das Forest Department gegründet, welche sich um den „Schutz“ der Wälder kümmern sollte. Deren Sorge waren nicht ökologische Anliegen oder Anliegen der Waldbewohner, sondern die andauernde Verfügung über Holz für den Verkauf. Daher isolierten sie als Lösungsweg den Wald von der lokalen Nutzung durch Dorfgemeinschaften, welche zuvor freien Zugang dazu hatte. (vgl. Mitra/Gupta 2009: 194f) ³²

Die tabellarische Zusammenfassung von Patnaik (Patnaik 2007: 3) soll die Land- und Ressourcenpolitik während der Kolonialzeit zusammenfassen:

Table 1: Timeline of Control Established

Year	Controls and Rights Acquired	Remarks/Fall Out
1807	East India Company acquired royalty rights over teak	No locals allowed timber for domestic use. This meant prohibition of unauthorized teak felling and the Conservator becoming the sanctioning authority for teak felling and selling, more of an assumed power than lawfully given.
1846	Sanctioning authority over teak extended to all forests and forest produce	Prohibition of local use rights was supplemented by unrestricted extraction of timber from all forests.
1860	Company's sovereignty extended to the total area of forest land	As an aftermath of the Sepoy Mutiny in 1857, during which time forests and forest-dwelling communities provided the rebels with safe hiding places, Company administration prohibited and withdrew all access rights and privileges to fuel, fodder, and other local uses.
1864	Formation of the Imperial Forest Department	In order to legitimize authority with legal and administrative backing, the Imperial Forest Department was created in 1864 to consolidate Government control over forests and forestry was made a scientific operation, making it inaccessible to forest dwellers.
1865 1878 1927	Series of Forest Acts promulgated	In order to legitimize Government control through scientific operations, a series of legal instruments were passed in the form of Forest Acts.

³² In Reaktion auf diese Prozesse gab es sehr viele Aufstände. Für eine detaillierte Analyse dieser siehe Hardiman (1995) und zu allgemeinen Informationen zu Adivasi-Bewegungen siehe Bates (1995), Chaudhuri (1992), Hardiman (1995), Mittal and Sharma (1998), Prasad (2005) und Ramagundam (2001). Zu den bekanntesten Aufständen gehören das Mal Paharia Uprising (1772), die Bhil Revolt (1809), die Naik Revolt (1838), die Santal Hul (1855-57) und die Birsas Munda Movement (1874-1901). „None of the brave Adivasi fights against the British have been treated as part of the ‘national’ struggle for independence. [...] Heroes like Birsas Munda, Kanhu Santhal, Khazya Naik, Tantya Bhil, Lakshman Naik, Kuvar Vasava, Rupa Naik, Thamal Dora, Ambul Reddi, Thalakkal Chandu etc are remembered in the songs and stories of the Adivasis but ignored in the official text books.“ (Bijoy 2003: 4) Auch heute – in Reaktion auf die postkolonialen Ausbeutungsverhältnisse – gibt es ein großes internationales und nationales Netzwerk von Bewegungen (internationale Regelwerke wie UNDRIP und ILO 169, UNPFII, Adivasi Koordination Deutschland, AITPN, GfbV, MRGI, IAITPTF; IWGIA, lokale NGOs mit unterschiedlichen Ideologien,...).

Die Forstpolitik des kolonialen Indiens ging, wie man an der National Forest Policy von 1952 sieht, fließend in die postkoloniale Politik über. Die politischen Entscheidungsträger änderten sich, doch die Politik blieb mehr oder weniger die gleiche, in Patnaiks Augen wurde die Kontrolle der Produktion, des Schutzes und des Management von Waldgebieten sogar verschärft. Die Adivasis und andere landwirtschaftliche Communities bekamen ihre Rechte nicht zurück, sondern die Regierung proklamierte das Land der früheren Fürstenstaaten und Zamindars als „Reserve Forests“ im Eigentum der Forstbehörden. (vgl. Patnaik 2007: 3) „The national governments in the postcolonial phase inherited the colonial world view that not only aimed at the use of developing country forests to boost western industrial development, but also belaboured the nonexisting incompatibility between conservation and livelihoods.“ (Patnaik 2007: 1) Da die Befriedigung imperialer Bedürfnisse weiterhin Priorität hatte, wurde die kommerzielle Industrie Taktgeber der Umweltpolitik. Während die Nutzung des Waldes als Lebensraum für lokale Gemeinschaften weiter restriktiviert wurde, bekamen viele Industrien Rohstoffe zu niedrigen Preisen. Große Flächen wurden gerodet um Platz für so genannte „Entwicklungsprojekte“ zu schaffen. (vgl. Mitra/Gupta 2009: 197) „According to an assessment by the World Watch Institute, India lost 40 % of its forest cover between 1951 and 1991. The National Remote Sensing Agency of India estimated that the annual average rate of deforestation between 1975 and 1982 was 1.3 million ha, representing the degradation of 10.4 million ha of close forest (canopy cover) in 7 years (Rangachari and Mukherji 2000).“ (Mitra/Gupta 2009: 201) Die Dekolonialisierung Indiens brachte somit, trotz mancher theoretischer gesetzlicher Reformen und verfassungsrechtlicher Schutzbestimmungen, keine verbesserten Perspektiven für die Waldbewohner Indiens. Die Adivasis lebten weiterhin unter den selben kolonialen Mustern wie unter den Briten, nur dass Indien eine Demokratie wurde, welche durch den freien Markt und den Entwicklungsvorstellungen des gegenwärtigen historischen Blocks diktiert wird. Pradip Prabhu stellt fest, dass „[I]nternal colonialism has taken the place of overseas colonialism, but the effects are the same.“ (Prabhu zitiert nach Aufschnaiter 2008: 4). Auch Anaya charakterisiert die Gegebenheiten in ähnlicher Weise indem er sagt, „[H]istory is repeating or threatening to repeat itself in the name of modernization, development, and security.“ (Anaya zitiert nach Aufschnaiter 2008: 4)

Die postkolonialen Landrechtsprobleme verschärfen sich besonders seit den 1990iger Jahren, als die wirtschaftliche Liberalisierung mit der so genannten „New Economic Policy“ in Indien Einzug nahm. Land ist die direkte Lebensgrundlage für die ländliche Bevölkerung Indiens und gewinnt gleichzeitig an Wert für die globale Ökonomie. Der Reichtum des Großteils der indischen Milliardäre basiert mehr oder weniger auf Land: „Anil Agarwal thrived on mining

and metals, Lakshmi Mittal, the Jindals and Singan on steel, Mukesh Ambani's Reliance on petrochemicals, oil, natural gas as well as SEZs; similarly, infrastructure and real estate fed by the fast paced urban-industrial sprawl have allowed the creation of billion dollar worth empires – all based on at least one fundamental common property resource that is land. Arcelor Mittal, Jindal Steel, Essar, Tata and Vedanta amongst many others all have been involved in forcible acquisition of land for their industries.“ (Shiva 2011: 115) Nicht nur indische Firmen beteiligen sich am „Great Indian Land Grab“, so wie Vandana Shiva diesen Prozess betitelt, sondern durch die Deregulierung und Öffnung der indischen Märkte ist ein enormes Wachstum an ausländischen Akteuren, vor allem im Foreign Direct Investment Bereich, wahrzunehmen, welche entweder unabhängig agieren oder durch Joint Ventures mit indischen Firmen Land und Ressourcen erwerben. „The late realization that the world is running on scarce resources and the recent crisis food crisis and financial crisis have given new impetus to powerful international player's scramble for the control of natural resources: land for mining and land per se – is probably the most sought after.“ (Shiva 2011: 119) Wenn es darum geht das Land und die Ressourcen Indiens für „Entwicklungsprojekte“ im Sinne dieser Politik zu enteignen, stehen wie Vergangenheit und Gegenwart zeigen zivilgesellschaftliche Anliegen, und Anliegen der Adivasis im Speziellen, meist im Hintergrund. Die Machtpyramide der New Economic Policy liegt schwer auf den Schultern von Adivasis, Dalits, so genannten forest-dwelling- und anderen landwirtschaftlichen Communities. Sie wird auf Kosten deren Existenzgrundlage, deren Ländereien und Ressourcen erbaut, in Einklang mit Akkumulation durch Enteignung. (vgl. Shiva 2011: 114ff) Die gegenwärtigen Landrechtsprobleme der Adivasis und anderen landwirtschaftlichen Communities sind zwar facettenreich und können nicht auf einen einzigen Faktor zurückgeführt werden, doch die Landenteignungen aufgrund der Interessen der New Economic Policy gehören zu den entscheidendsten Taktgebern. Neben anderen Formen der Landenteignung³³, ist in diesem Zusammenhang die Bergbau- und Rohstoffin-

³³ Vandana Shiva identifiziert in ihrer Arbeit „The Great Indian Land Grab“ unterschiedliche Wege der Landenteignung: Land Grab durch Sonderwirtschaftszonen, durch die Rohstoffindustrie und durch die Urbanisierung. (vgl. Shiva 2011: 1ff) Da Sonderwirtschaftszonen meist in urbanen Gebieten Indiens erbaut werden, betrifft diese Form von Land Grabbing die Adivasi Indiens nicht so sehr wie Land Grabbing durch die Rohstoffindustrie – welche enorme Auswirkungen auf die Lebensgrundlage der Adivasis hat – doch da sie nicht irrelevant ist, sei sie hier erwähnt. Land Grab durch die Ausbreitung der Urbanisierung und Einnahme von umliegenden Gebieten, beziehungsweise die Art der Stadtplanung sind ebenfalls sehr umstrittene und wichtige Themen. Da die Adivasis ihren Lebensraum nicht in solchen Gebieten haben, werde ich hier nicht darauf eingegangen. Themen des Land Grab durch Urbanisierung wie Anstieg der Immobilienpreise, Gated Communities, unnachhaltige Nutzung von städtischen Raum, Slumzerstörung, usw. betreffen Adivasis Indiens nur indirekt – nämlich diejenigen welche vertrieben wurden und nun als BinnenmigrantInnen, wie viele andere marginalisierte Teile der indischen Bevölkerung, in den Städten Indiens wohnen und arbeiten.

Andere Aktivitäten, welche ihre Land- und Ressourcenrechte sowie Existenzgrundlage unterhöhlen sind laut Aufschneider: „[T]he establishment of national parks and game reserves, the massive logging of forests, large

dustrie³⁴, welche ein nicht-inklusives³⁵ Wachstumsmodell per se darstellt, insbesondere ausschlaggebend. Wie die Briten, erkennen auch die gegenwärtigen Eliten, dass die Basis der Ressourcen Indiens in den Gebieten, die vielerorts von den Adivasis bewohnt werden, liegt. „India produces as many as 52 principal, 3 fuel, 11 metallic, 38 non-metallic and a number of minor minerals. Of these 45 major minerals (coal, iron ore, magnetite, manganese, bauxite,

infrastructure projects such as dam and pipeline constructions, mining, commercial hunting schemes, large scale agricultural projects, tourism development etc.“ (Aufschnaiter 2008: 4)

³⁴ Indien ist ein sehr mineralstoffreiches Land mit großen Fundstätten an Eisenerz, Manganerz, Chromit, Bauxit, Kupfer, Silber, Gold und so weiter in Staaten wie Gujarat, Andhra Pradesh, Jharkand, Rajasthan, Karnataka, Orissa, Chattisgarh, West Bengalen, Tamil Nadu und Maharashtra – Regionen, in welchen der Großteil der Adivasis leben. Der wirtschaftliche Wert von nichterneuerbaren, seltenen Mineralien wächst global aufgrund der Nachfrage durch die Industrialisierung, Urbanisierung, dem Überkonsum und dem großen Militärkomplex (Waffen, Munition) enorm an. Die indische Regierung, das Ministry of Mines und das Ministry of Steel plädieren für eine Erweiterung und Vertiefung der Mineralienerkundung, des Abbaus und der Verwertung. Indien soll 2015-2016 der weltweit zweitgrößte Stahlproduzent werden. Im Jahr 2010 bis 2011 wuchs die Mineralgewinnung um 11,83% an. Im Jahr 2009 gab es 294 Bergbauwerke in Betrieb. Aus- und Inländische Direktinvestitionen fließen enorm in diese Industrie. Die Regierung hat klar gemacht, dass die Rohstoffindustrie als Ressource für Wachstum und Entwicklung dienen soll und ist gewillt diese Industrie zu fördern. (vgl. Shiva 2011: 100f) Die „National Mineral Policy“ wurde in Einklang mit der liberalisierten Wirtschaft 1994 angepasst um privaten in- und ausländischen Investoren den Zugang zu Mineralien zu gewähren. Seit 1997 werden Anträge – nicht wie zuvor basierend auf Fall-zu Fall-Prüfung – automatisch geprüft und Bestimmungen und Zugriffe noch stärker liberalisiert (100% Fremdkapital erlaubt). (vgl. Shiva 2011: 118)

³⁵ Es ist offensichtlich, dass der Wachstums- und Entwicklungsbegriff derjenigen Akteure, welche sich für die gegenwärtige Rohstoffgewinnungspolitik einsetzen, kein inklusiver sein kann. Der Rohstoffsektor ist ein nicht-inklusives Wachstumsmodell par excellence, da die negativen Folgen und Kosten weitgestreut sind und die Vorteile auf wenige Akteure konzentriert sind. So erkennt Vandana Shiva ganz richtig, dass die Realitäten vor Ort stark am Trickle-Down-Effekt zweifeln lassen. Die Bergbauindustrie ist für sie das stärkste Beispiel dafür, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. In Indien sind es genau die rohstoffreichsten Staaten, welche durch die Verwüstung, die die Bergbauindustrie mit sich bringt, zu den ärmsten gehören. Menschen werden vertrieben und verlieren deren Lebensgrundlage, deren nachhaltiges und im Gleichgewicht befindliches Ökosystem wird zerstört und die Verschmutzungen der Luft, des Wassers und der Erde wirken sich auf die öffentliche Gesundheit aus. (vgl. Shiva 2011: 102) „[I]n four and a half decades since India's independence, mining has displaced two and a half crore people, with hardly 25% of them rehabilitated, industrialization has displaced around 60 million people, 2 million in Orissa alone, 75% of which are Adivasis and Dalits. Over 1.64 lakh hectares of forest land has been diverted; 77 million tonnes of water – enough to satisfy the daily need for 3 million people – have been used up for iron ore mining only in 2005-06. Mining in major minerals has generated about 1.84 tonnes of waste only in 2006.“ (Shiva 2011: 102)

Der Beitrag zum BIP ist mit 2,6% im Jahr 2010/2011 ebenfalls nur minimal. Für jedes Prozent vertreibt die Aktivität 3 bis 4 mal so viele Menschen wie alle anderen „Entwicklungsprojekte“ gemeinsam. Die Gewinne durch den Rohstoffsektor fließen keineswegs zurück in die Wirtschaft oder Gesellschaft aus der sie genommen wurden, sondern in die Hände der Rohstoff- und Kapitaleliten – dichte Patronage-Machtnetze von reichen lokalen und ausländischen IndustrialistInnen, Wirtschaftskooperationen und Regierungsbeauftragten – unterstützt und teilweise auch finanziert von internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank, Asian Development Bank, IMF), welche ein Gemeinschaftsinteresse an der Vorantreibung des Liberalisierungs-Globalisierungs-Privatisierungs-Mantras teilen, bewerben und indizieren. Es gibt sehr viele illegale Mienen (ca. 15000 illegale verglichen zu ca. 8700 legalen). Durch diese Illegalität trägt die Rohstoffindustrie zur Erhöhung der Korruption bei und stellt sich über die Demokratie. Die Rohstoffindustrie hat so viel Macht, dass sie sich nicht selten über die Regulation der Staaten stellt, welcher zu einem Transmissionsriemen der Ziele und Anpassungszwänge der Rohstofflobby wird (vgl. Shiva 2011: 103ff) „The distinction between legal and illegal doesn't really apply to great extent: mega-projects are cleared by the Government ministries in disregard of the existing legislation and norms. Political patronage and corruption make so that legal and illegal go hand in hand in a business that is generating huge profits for corporations and bureaucrats while costing the country displacement of millions, loss of lives, environmental degradation and depletion of resources.“ (Shiva 2011: 103) Der indische Staat agiert in diesem Zusammenhang als Corporate Agent, als Property Agent der Wirtschaftskooperationen, in totaler Ignoranz gegenüber Vertreibungen und in Ingoranz vor dem Gesetz. „Mining projects increasingly resemble the colonial model of the East India Company of dispossession and accumulation accompanied by dodgy manipulations of the law and finance.“ (Shiva 2011: 105)

graphite, limestone, dolomite, uranium etc) are found in Adivasi areas contributing some 56% of the national total mineral earnings in terms of value. [...] The bulk of the nation's productive wealth lay in the Adivasi territories. Yet the Adivasi has been driven out, marginalized and robbed of dignity by the very process of 'national development'." (Bijoy 2003: 5f)

Im Hintergrund des Wetteiferns der marktorientierten Wirtschaft nach Profit ist das Leben der Adivasi durch den Entzug ihrer Land- und Ressourcenrechte bedroht.³⁶ „‘Development’ has largely served to deprive Adivasis of the sources of their livelihood. A total of 18.5 million, i.e. more than 2 per cent of the total population of India have been displaced by ‘development’ projects. Nearly 50 per cent of all those who have been displaced are Adivasis even though Adivasis form just 8.08 per cent of the people of India.“ (Bhengra/Bijoy/Luithui 1998: 8) Sie sind laut allen soziökonomischen Indikatoren am marginalisiertesten, was an ihren Gesundheits- und Ernährungsstatus erkennbar ist. Vor allem dann, wenn der Zugang zum Wald und dessen Ressourcen für die Ernährung und für zusätzliches Einkommen nicht mehr möglich ist, sind Unterernährung oder Mangelernährung weit verbreitet. (vgl. Erni/Nilsson 2008: 372) Die Indikatoren für Armut, Mangelernährung, Sterblichkeit, Analphabetismus und Arbeitslosigkeit sind für Adivasis am stärksten. (vgl. Aufschnaiter 2008: 3f) “As a consequence, 85% of Adivasis live in abject poverty and have become the victims of misguided development schemes that are solely in the national interest.“ (Aufschnaiter 2008: 3f)

Auch andere Teile der Bevölkerung erleben ähnliche oder gleiche Marginalisierungserfahrungen, wenn es um Land- und Ressourcenrechtsthemen geht. In dieser gemeinsamen Benachteiligung, welche durch ähnliche Strukturen verursacht werden, liegt der Keim für eine fruchtbare Vereinigung. Zum Beispiel hat das Zamindari-System nicht nur die Adivasis betroffen. Bonded labour war und ist ein Phänomen, das in vielen Bevölkerungsschichten zu finden ist. Auch gegenwärtige Landrechtsthemen (Land Grabbing durch Sonderwirtschaftszonen, Land Grabbing durch Mining and Industries, ...) wirken sich ebenfalls auf breite Schichten der Bevölkerung aus.

³⁶ Wenn es um die Zwangsvertreibung von Adivasis geht, sei an dieser Stelle auch das Forest Department (FD), welches den Großteil der Wälder, welche seit der Kolonialzeit enteignet wurden, besitzt und eine der destruktivsten Kräfte in diesem Zusammenhang darstellt, erwähnt. Berichte über Gewalttaten gegenüber Adivasis von Seiten des FD zeigen, dass sie vor keinen Methoden halt machen, um Adivasis aus Waldgebieten zu vertreiben (Waffen, Elefanten, Bulldozer, Verbrennen von Dörfern, Zerstörung der Ernte, ...).³⁶ (vgl. Aufschnaiter 2008: 71f) – wo anders hin ..

3.4. Conclusio

Zusammengefasst ging es bei der soeben vorgenommenen Auseinandersetzung um die Betonung der Klassendimension, welche besser wahrgenommen werden kann, wenn diejenigen Kriterien für die Anerkennung der Land- und Ressourcenrechte, welche Keime für die Spaltung der Gesellschaft in sich tragen, nicht zu stark gewichtet beziehungsweise breit gefasst werden. In den Worten von Shah: “[T]he local appropriation and experiences of global discourses of indigeneity can maintain a class system that further marginalizes the poorest people. This class dimension to the indigenous rights movement is likely to get erased in the culture-based identity politics it produces.” (Shah 2010: 32) Als solche Kriterien wurde einerseits „Distinktivität/Andersartigkeit“, da dem Kriterium die Annahme eines statischen Kulturbegriffs inhärent ist, und „historische Kontinuität“ identifiziert. Beide Kriterien laufen Gefahr Ausgrenzung und die Spaltung der Gesellschaft durch eine „Politics of Belonging“ einzuläuten: “fierce debates on who belongs where, violent exclusion of ‘strangers’ (even if this refers to people in the same nationality who have lived for generations in the area), and a general affirmation of roots and origins as the basic criteria of citizenship and belonging.” (Van Schendel 2011: 28) Durch die Betonung und Konstruierung von Kultur und Geographie könnten Konflikte geschürt und verschiedene ethnische oder marginalisierte Gruppen gegeneinander aufgespielt werden. Nicht unbegründet weisen also einige Wissenschaftler auf diese Gefahren hin³⁷. “[This view] has received tacit support from eminent scholars who [...] consider it dangerous due to its supposed exclusionary and potentially chauvinistic undercurrent.” (Erni 2008: 15) Durch die Spaltung (von marginalisierten Teilen) der Gesellschaft kann den Strukturen, welche die Land- und Ressourcenrechtsverletzungen hervorgerufen haben, nicht genug entgegengewirkt werden. Das System basiert im Grunde auf dieser Spaltung, um die grundlegenden (Klassen) Unterschiede der Gesellschaft zu verschleiern. Diese Taktik wurde bereits in der Kolonialzeit erkannt, als die Identitätspolitik hauptsächlich eine Divide-and-Rule Strategie war. (vgl. Beteille 2002: 5) Diejenigen, die für eine Bewegung eintreten wollen, die wirkliche Veränderungen und Gleichheit für alle schafft, die das demokratische Grundrecht verteidigen und für alternative Normalitäten eintreten, sollten mit einem Programm brechen, dass auf einer „Politics of Belonging“ basiert und dazu führen könnte, dass sich marginalisierte Teile der Bevölkerung in Konkurrenz im Verteilungskampf um Zugeständnisse der Regierung zueinander sehen könnten. Sie müssen für eine Alternative

³⁷ Li (2002), Van Schendel (2011), Sha (2010)

kämpfen, die sich auf die gemeinsamen Klasseninteressen aller im Kampf für wirkliche Gleichheit gründet, denn Ausbeutungserfahrungen bezüglich Land- und Ressourcenrechte nehmen zwar unterschiedliche Formen an, aber haben ähnliche Hintergründe.

Kann die Indigenenbewegung „build those forms of solidarity and identification which make common struggle and resistance possible but without suppressing the real heterogeneity of interests and identities, and [...] can effectively draw the political lines without which political contestation is impossible, without fixing those boundaries for eternity.“? (Hall zitiert nach Kyosavik 2006: 17) Diese Frage wird hier mit Ja beantwortet und somit auf die Chancen der Indigenenbewegung in der Konzentration auf die breit gefassten Kriterien „historische Kontinuität“ und „Marginalisierung“ gesehen. Es sollte also nicht darum gehen, wer als Allerster auf dem Subkontinent da war, sondern wer kleinräumig vorher da war, also um die nachhaltige Auflösung gegenwärtiger Kolonialisierungsmuster. Da Rechte und Privilegien auf Land in der Norm respektiert werden, wenn es um die Mehrheitsbevölkerung geht und es sich um vorherigen gutgläubigen und friedlichen Besitz an Land- und Ressourcen handelt, ist es also das Mindeste auch den Adivasi einen solchen Respekt entgegenzubringen. Neue Einflüsse sollten dabei nicht grundsätzlich pathologisch gesehen werden. Eine grundsätzliche Offenheit gegenüber der partnerschaftlichen Aushandlung möglicher anderer Normalitäten, wenn diese es ermöglichen in Frieden und Ausgleich mit Mensch und Natur zu leben, ist wünschenswert. In der Regel wurde aber eben gerade den Adivasis das Recht auf eine partnerschaftliche Aushandlung keineswegs gewährt. Sie sind und waren von immensen Marginalisierungserfahrungen betroffen. Diese Marginalisierungserfahrungen sind also ein wichtiges Kriterium für die Anerkennung von Land- und Ressourcenrechten und gleichzeitig auch die Brücke zur Klassendimension der Indigenenbewegung. Auch andere landwirtschaftliche Communities erleben ähnliche oder gleiche Marginalisierungserfahrungen, da das immense Ausmaß an Ungleichheit auf dem Subkontinent, wenn es um Land- und Ressourcenrechte in einer neoliberalen Welt geht, für viele gilt. In dieser gemeinsamen Benachteiligung, welche durch ähnliche Strukturen verursacht werden, liegt der Keim für eine fruchtbare Vereinigung (auch wenn es, abgesehen von Land- und Ressourcenrechten um breitere Themen wie landwirtschaftliche Entwicklung, Erhaltung von Biodiversität, Konservierung von Saatgut, Biolandwirtschaft und Intellectual Property Rights geht).

4. Land- und Ressourcenrechte

4.1. Land- und Ressourcenrechte im internationalen Recht

Das erste internationale Instrument, welches sich auf die Rechte der indigenen Völker der Erde spezialisierte, war die Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Nr. 107 von 1957, auf welche später die neuere Konvention Nr. 169 (1989) in überarbeiteter Form folgte. Alternative Schutzsysteme können im Kontext einer Vielzahl von Menschenrechtsinstrumente aufgespürt werden, dazu gehören im speziellen der internationale Pakt zu bürgerlichen und politischen Rechten 1966/76 (ICCPR oder IPbpR, UN-Zivilpakt, UNO-Pakt 2), der internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte 1966/76 (ICESCR oder IPwskR, UN-Sozialpakt, UNO-Pakt 1), das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung 1965/1969 (ICERD), das Übereinkommen über die Rechte des Kindes 1989/1990 (UN-Kinderrechtskonvention oder CRC) und das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau 1979/1981 (CEDAW oder Frauenkonvention). Diese Menschenrechtsinstrumente sind aber nicht im speziellen auf die historische Marginalisierung von indigenen Völkern fokussiert und können somit nur Teile der vielfältigen Forderungen von Indigenen Völkern erfassen. (vgl. Barelli 2009: 959). Darüber hinaus kann noch die Operational Policy der Weltbank 4.10 zu indigenen Völkern von 2005 genannt werden und nicht zuletzt die Deklaration der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker (UNDRIP). Da sich die UNDRIP, neben den ILO Konventionen direkt auf indigene Völker bezieht, nehmen diese beiden Regelwerke die zentrale Rolle in der Analyse ein. „Sie ergänzen andere Menschenrechtsinstrumente, füllen durch den speziellen Blickwinkel auf die Belange indigener Völker eine lange währende Lücke und gehen auf wichtige Probleme ein, die bislang von anderen internationalen Erklärungen oder Verträgen nicht erfasst sind.“ (Stavenhagen 2009: 5)

4.1.1. Der allgemeine Menschenrechtskontext

Die Bewahrung der Land- und Ressourcenrechte indigener Völker steht in engem Zusammenhang mit den Minderheitenrechten, welche in Artikel 27 des ICCPR angesprochen werden und auf alle indigenen Bevölkerungsgruppen zutreffen, welche Minderheiten im jeweiligen Land darstellen – was in der Regel der Fall ist. (vgl. Scheinin 2004: 1f) Artikel 27 lautet: „In those States in which ethnic, religious or linguistic minorities exist, persons belonging to

such minorities shall not be denied the right, in community with the other members of their group, to enjoy their own culture, to profess and practise their own religion, or to use their own language.” (ICCPR Artikel 27) Artikel 27 beinhaltet keine direkten Besitzrechte doch laut Anaya hat der Menschenrechtsausschuss den Artikel breit interpretiert „to secure the cultural integrity of indigenous groups, including cultural attributes linked to land use [...].” (Anaya 2004: 38) Wenn Kultur also im weiten Sinne interpretiert wird, kann, auch wenn der Pakt nicht explizit von Eigentumsrechten spricht, daraus auch das Recht auf Land und Ressourcen geschlussfolgert werden, da diese Rechte für die Erhaltung der Kultur von der Indigenen Völker essentiell sind: „(C)ulture manifests itself in many forms, including a particular way of life associated with the use of land, resources, especially in the case of indigenous peoples. That right may include such traditional activities as fishing or hunting and the rights to live in reserves protected by law.“ (Anaya 2004: 135)

Der zweite Menschenrechtspakt (ICESCR) enthält ebenfalls viele weitere Bestimmungen, welche für die Land- und Ressourcenrechte indigener Völker relevant sind. Viele dieser Rechte, wie das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht auf adäquaten Lebensstandard, das Recht auf Essen und Unterkunft, das Recht auf Gesundheit (Artikel 9, 11 12), weisen zwar wie beim Zivilpakt nicht implizit auf Land- und Ressourcenrechte hin, sind aber eng mit diesen verbunden, da sie ebenfalls nur wahrgenommen werden können wenn Land und Ressourcen intakt sind. (vgl. Aufschnaiter 2008: 39 und Sailer 2010: 160) „These rights are, inter alia, the right to social security (Art.9), which indigenous peoples can only enjoy if they can continue to live on their land, the right to health (Art.12) (the mental as well as physical health of most indigenous peoples depend on the intactness of their land), the right to an adequate standard of living including food, housing, etc. (Art.11), which is the right most directly related to land, and the cultural right to the protection of one’s intellectual property (Art.15) (concerning indigenous peoples’ traditional medicinal knowledge, for example).“ (Aufschnaiter 2008: 40)

4.1.2. Die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation

Die internationale Arbeitsorganisation ist, wie bereits erwähnt, die erste Organisation, welche indigene Rechte adaptierte und die ILO Konvention Nr. 107 über „eingeborene und in Stämme lebende Völker in unabhängigen Ländern“ somit das erste internationale Regelwerk für kollektive Landrechte indigener Völker (vgl. Woldemelekt 2008: 21). Sie wurde jedoch zu Recht vielfach wegen ihres zu paternalistischen und integrationistischen Ansatzes kritisiert. „[I]t did not envisage a place for indigenous peoples as distinct and viable groups within

society, rather it conceived of indigenous individuals as becoming equal members of society via national programs of integration and non-coercive assimilation.“ (Aufschnaiter 2008: 44) Artikel 2(1) verhindert zum Beispiel die Möglichkeit auf Selbstbestimmung: „[G]overnments shall have the primary responsibility for developing co-ordinated and systematic action for the protection of the populations concerned and their progressive integration into the life of their respective countries.“ (ILO 107 Artikel 2.1) Die Konvention gilt heute als veraltet und wurde im Grunde durch die aktuelle ILO Konvention Nr. 169 ersetzt. (vgl. Aufschnaiter 2008: 44f) Die ILO Konvention Nr. 169 galt vor der Verabschiedung der UNDRIP als das führende Instrument für indigene Völker um ihre Rechte zu sichern. (vgl. Prasad 2008: 8) Im Gegensatz zur Konvention Nr. 107 verfolgt die ILO Konvention Nr. 169 einen nicht-paternalistischen und nicht-assimilationistischen Ansatz, was bereits am Wortlaut des Titels erkennbar ist, welcher den Begriff „Integration“ weglässt, und auch später in der Präambel, welche sich wiederum vom paternalistischen Beigeschmack der 107er abgrenzt (Paragraph 4) und die Aspirationen indigener Völker, Kontrolle über ihre eigenen Institutionen und Lebensvorstellungen zu bewahren und ihre Identität, Sprache und Religion zu erhalten und zu entwickeln, anerkennt. „It recognizes that the stance taken in [ILO Convention No. 107] [...], which prooted individual rights to land title, was insensitive to cultural needs and weakened indigenous groups' overall rights to land.“ (Prasad 2008: 8) Ebenfalls erwähnenswert ist die Verwendung des Begriffs „Peoples“³⁸ anstatt von „Populations“. (vgl. Yupsanis 2010: 436ff) Die ILO Konvention 169 kann in Bezug auf die Ablehnung des Paternalismus folglich auch bezüglich der Land- und Ressourcenrechte als umfangreicher als die Konvention 107 gesehen werden. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation sind die Paragraphen zu Land- und Ressourcenrechten aber sehr ähnlich. (vgl. Internationale Arbeitsorganisation o.J.)

„ILO-169 is less generous [as the UNDRIP, Anm. der Verf.] in recognizing the right to terri-

³⁸ „It should be noted however, that Article 1(3) of Convention No. 169 states that the use of the term peoples does not imply recognition of any rights that may attach to the term in international law. In any case this restriction does not totally counteract the value of the designation of indigenous peoples as sui generis in the context of an emerging recognition of these peoples as such.“ (zitiert nach Yupsanis 2010: 438) Hierbei sei auch auf Artikel 3 und Artikel 4 der UNDRIP verwiesen, welche auf das Thema Selbstbestimmung eingehen. Indigene Völker können insofern „frei über ihren politischen Status [entscheiden] und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.“ (Artikel 3 UNDRIP) „Bei der Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung haben indigene Völker das Recht auf Autonomie oder Selbstverwaltung in Fragen, die ihre inneren und lokalen Angelegenheiten betreffen, sowie das Recht, über die Mittel zur Finanzierung ihrer autonomen Aufgaben zu verfügen.“ (Artikel 4 UNDRIP) 2007 wurde Artikel 46(1) hinzugefügt um eine positive Stimme von vor allem afrikanischen Ländern zu bekommen, welche Artikel 3 so interpretierten, dass Sezessionen legitim wären. Es wurde also betont, dass die politische Einheit von Staaten respektiert werden muss. Da die wenigsten indigenen Völker, so Wiessner, nach politischer Unabhängigkeit in Form moderner Nationalstaaten streben, ist dieser Zusatz auch nur in wenigen Fällen einschränkend. „(...) (I)ndigenous peoples generally do not aspire to statehood in the sense of the political independence of players in the Westphalian system of modern nation-states. The claim to indigenous sovereignty is founded upon the aspiration to perserve their inherited ways of life, change those traditions as they see necessary, and to make their cultures flourish.“ (Wiessner 2009: 7f)

torial control but put the first landmark in recognizing indigenous peoples rights to land.“ (Woldemelekt 2008: 21) Bestimmungen zu Land- und Ressourcenrechten lassen sich im Part II (Artikel 13-19) der Konvention finden. In Artikel 13 wird betont, dass die besondere Bedeutung der kollektiven Beziehung indigener Völker (auch wenn es sich um Nomadenvölker oder Wanderfeldbauern handelt) zu den von ihnen genutzten oder andersweitig besiedelten Gebieten, welche zu ihrer Eigenversorgung dienen, zu jenen sie seit alters her Zugang haben und welche in einem weiten Sinne verstanden werden (gesamte Umwelt), zu achten ist und, dass laut Artikel 14 diese folglichen Eigentums- und Besitzrechte durch die nationale Rechtsordnung anerkannt werden sollen (vgl. ILO 169 Artikel 13 und 14) Unter Artikel 14 (1) wird der Wortlaut „traditionally occupy“ im Präsens geschrieben, und weist darauf hin, dass Fälle, in welchen das Land, die Territorien und die Ressourcen bereits enteignet wurden, nicht beachtet bleiben. (vgl. Woldemelekt 2008: 22)

Artikel 15 (1) macht keine direkte Referenz zu Eigentumsrechten sondern spricht von: „The rights of the peoples concerned to the natural resources pertaining to their lands shall be specially safeguarded. These rights include the right of these peoples to participate in the use, management and conservation of these resources.“ (ILO 169 Artikel 15.1) „This provision is in fact smart in avoiding the complex legal issue of right of ownership but criticized as inefficient in the factual situation of most developing countries where sub-surface resources are owned by the government [...]“. (Woldemelekt 2008: 22)

Artikel 15 (2) geht auf das Konsultationsrecht ein. Bevor jegliche Tätigkeiten in Angriff genommen werden, sollen die betreffenden Völker konsultiert werden, um herauszufinden, inwiefern sie von diesen Tätigkeiten betroffen sind. Sollten die Tätigkeiten durchgeführt werden, sollen die Indigenen Völker an den Nutzen dieser Tätigkeiten teilhaben können und einen angemessenen Schadensersatz erhalten. “The central themes of Convention No. 169 are consultation and participation. The spirit of consultation and participation constitutes the cornerstone of Convention No. 169 on which all its provisions are based. The Convention requires that indigenous and tribal peoples be consulted on issues that affect them. It also requires that they be able to engage in free and informed participation in policy and development processes that affect them, in a way adapted to their cultures and characteristics.” (United Nations 2005: 1) Im Vergleich zur UNDRIP, welche wie wir sehen werden, diese Rechte erweitert, „it has left indigenous peoples only with the right to be consulted.“ (Woldemelekt 2008: 22) In Artikel 16(2) werden Ausnahmen aufgezählt, unter welchen die Möglichkeit der Umsiedelung aus den betreffenden Gebieten legitim wäre: „Where their consent cannot be obtained, such relocation shall take place only following appropriate procedures established by

national laws and regulations, including public inquiries where appropriate, which provide the opportunity for effective representation of the peoples concerned.“ (ILO 169 Artikel 16.2) Zum Thema Rückkehr wird in Artikel 16 (3) festgelegt, dass, wann immer es möglich ist, diese Völker das Recht haben, in ihr angestammtes Land zurückzukehren, sobald die Umsiedlungsgründe nicht mehr bestehen. (vgl. ILO 169 Artikel 16.3) Wenn eine solche Rückkehr nicht möglich ist, dann soll den Völkern eine Kompensation zugute kommen (ILO 169 Artikel 16.4): „When such return is not possible, as determined by agreement or, in the absence of such agreement, through appropriate procedures, these peoples shall be provided in all possible cases with lands of quality and legal status at least equal to that of the lands previously occupied by them, suitable to provide for their present needs and future development. Where the peoples concerned express a preference for compensation in money or in kind, they shall be so compensated under appropriate guarantees. [...] Persons thus relocated shall be fully compensated for any resulting loss or injury.“ (ILO 169 Artikel 16.4 und 16.5)

4.1.3. Die Deklaration der Vereinten Nationen über die Rechte Indigener Völker

Laut Stavenhagen stellt die UNDRIP „die bislang umfassendste internationale Erklärung zu den Rechten indigener Völker dar.“ (Stavenhagen 2009a: 5)

Die allgemeine Rechtfertigung für Land- und Ressourcenrechte indigener Völker geschieht über das Verständnis von kulturellen Rechten und Besitzrechten im internationalen Recht.

Kulturelle Rechte werden, wie bereits ausgeführt, vor allem über Artikel 27 des ICCPR argumentiert, welche, so das allgemeine Verständnis, nur ausgeführt werden können, wenn auch Land- und Ressourcenrechte bestehen. „Today, international law recognises that the intrinsic connection between indigenous peoples and their traditional territories results in their holding certain material rights to LTRs traditionally occupied and used. [...] As a means to protect their cultural identity it is clear that international law safeguards indigenous peoples in their traditional territories from competing activities that would prevent them from continuously exercising, or make it more difficult for them to continuously exercise, their traditional livelihoods and other culter-based activities.“ (Ahrén 2009: 2003)

Nationale Rechtssprechungen erkennen in der Regel die vorherige gutgläubige und friedliche Okkupation als Legitimation für Besitzrechte auf Land und Ressourcen an. Solche Rechte werden in der Regel der nicht-indigenen Bevölkerung gewährt. Aus der Nutzung und Bewohnung von Territorien durch Indigene Völker wurden im Gegensatz dazu in den meisten Fällen

keine Besitzrechte geschlussfolgert. Somit kann die Forderung nach Besitzrechten von traditionell genützten Land und Ressourcen als Gleichstellung für indigene Völker gesehen werden. (vgl. Ahrén 2009: 203f) „International law has developed such that if domestic law recognizes that occupation gives rise to property rights to land and that law must apply equally to indigenous peoples.“ (Ahrén 2009: 204)

Wenn es um die Bestimmungen zu Land- und Ressourcenrechte indigener Völker geht, analysiert Ahrén, dass die UNDRIP (Bestimmungen dazu in Artikel 25 bis 32) nicht mehr als diese bereits bestehenden Rechtsansprüche im internationalen Recht ausdrückt: „It might appear that states made some major concessions in the final hour of the WGDD process and, measured against their starting positions for negotiations, they did. But one should recall that the only thing the state representatives did was to permit the Declaration to, in general terms, express what already follows from international law.“ (Ahrén 2009: 208)

Alle genannten internationalen Regelwerke, welche auf Land- und Ressourcenrechte indigener Völker eingehen, können insofern – in Hinblick der Diskussion des ersten Kapitels – als gegenhegemonial, vor allem wenn es um die Klassendimensionen geht, eingeschätzt werden. Das Kriterium „historische Kontinuität“ wird breit gefasst und auch die „Distinktivität/Andersartigkeit“ wird in dem vorgeschlagenen Sinne gehandhabt. Auch das Kriterium der Marginalisierung und Kolonialerfahrung wird im internationalen Diskurs weit interpretiert.

Bei der letzten Sitzung vor der Verabschiedung der Deklaration kam es zusammengefasst zu folgenden gemeinsamen Nennern: Die spirituelle Beziehung zum bewohnten Territorium, sowie die Rolle dessen für die Ausübung und Entwicklung ihrer distinktiven Kulturen³⁹ soll anerkannt werden (analog zu den Kulturrechten und Besitzrechten im internationalen Menschenrechtskontext), und das in einer Art und Weise welche nicht diskriminierend gegenüber Nomadenvölkern oder denjenigen, welche das Gebiet allgemein in unbeständiger Weise nutzen. Es muss sich nicht um Land und Ressourcen handeln, welche der jeweilige Staat rechtlich anerkennt, sondern es reicht, wenn Indigene Völker diese traditional genutzt haben. Es gab desweiteren keine Einsprüche bezüglich des Rechts auf Entschädigung. (vgl. Ahrén 2009: 207f)

³⁹ In Artikel 31 wird auf diese kulturellen Rechte eingegangen, welche in engem Zusammenhang mit den Land- und Ressourcenrechten stehen: „Indigenous peoples have the right to maintain, control, protect and develop their cultural heritage, traditional knowledge and traditional cultural expressions, as well as the manifestations of their sciences, technologies and cultures, including human and genetic resources, seeds, medicines, knowledge of the properties of fauna and flora, oral traditions, literatures, designs, sports and traditional games and visual and performing arts. They also have the right to maintain, control, protect and develop their intellectual property over such cultural heritage, traditional knowledge, and traditional cultural expressions.“ (Undrip Artikel 31)

Artikel 25 betont einführend die allgemeine spirituelle⁴⁰ Rolle von Land und Ressourcen, welche Indigene Völker traditionell verwendet haben und drückt das Recht aus, diese Verbindung erhalten und stärken zu können: “Indigenous peoples have the right to maintain and strengthen their distinctive spiritual relationship with their traditionally owned or otherwise occupied and used lands, territories, waters and coastal seas and other resources and to uphold their responsibilities to future generations in this regard.” (UNDRIP Artikel 25) Artikel 25 kann insofern als Rechtsbasis verstanden werden und bietet eine Ergänzung für die Interpretation der weiteren Bestimmungen. (vgl. Ahrén 2009: 209)

Artikel 26(1) lautet „Indigenous peoples have the right to the lands, territories and resources which they have traditionally owned, occupied or otherwise used or acquired.” (UNDRIP Artikel 26.1) und spricht dabei also von “Rechten” im Allgemeinen ohne dabei genauer auf die Natur dieser Rechte einzugehen. Man kann aber davon ausgehen, dass damit kulturelle Rechte und Besitzrechte gemeint sind, vor allem wenn man die Bestimmung in Kombination mit Artikel 25 liest. “Die umstrittensten interpretativen Schwierigkeiten werden mit den Bestimmungen von Punkt zwei assoziiert und meinen die Frage nach dem Ausmaß der Kontrolle [...]. Das internationale Recht beantwortet solche Fragen zunehmend positiv. (vgl. Wiessner/Lenzerini 2010: 23) Der Absatz 2 lautet: “Indigenous peoples have the right to own, use, develop and control the lands, territories and resources that they possess by reason of [...] traditional occupation or use [...].” (UNDRIP Artikel 26.2) Der Wortlaut “own” ist eindeutig das Schlüsselwort der Bestimmung, denn es stellt sich die Frage, wie man diese Besitzrechte auslegt. Liest man weiter, so ist der Wortlaut “own” mit den Wortlaut “possess” gekoppelt. Es kommt also darauf an, was man unter “possess” versteht. Eine Auslegung des Absatzes in Richtung Besitzrechte wird folgenderweise argumentiert: „[There is a] clear trend in international law to reject as discriminatory an interpretation of domestic law that recognizes that non-indigenous land use gives rise to property rights when indigenous peoples’ land use does not. The term „possess“ in the Declaration must be understood against this background. It would be a contradiction in terms to first in principle, recognise indigenous peoples’ ownership rights to land only to immediately thereafter render such rights contingent on a domestic, and discriminatory, understanding of the term ‘possess’.” (Ahrén 2009: 210) Hinzu kommt, die Bedeutung des Wortlauts “traditional occupation or use” desgleichen Absatzes: “‘Traditional use’ in this context must be understood to include the ways in which respective indigenous peoples utilize their land, in accordance with their distinct cultural practices, re-

⁴⁰ Während den Verhandlungen konnte der Wortlaut auf „material relationship to land“ nicht durchgesetzt werden. (Chávez 2009: 104)

ardless of whether the land use is not particularly intense compared to conventional non-indigenous land utilization.“ (Ahrén 2009: 211) Im Fazit kann in Artikel 26(2) also von Besitzrechten gesprochen werden. Wiessner/Lenzerini fassen gut zusammen: „An ordinary interpretation of Article 26(1) suggests that indigenous peoples have expansive rights to the lands, territories and resources they once owned, occupied and/or used but have now lost, especially as there is no express limitation on the right within the paragraph itself. Moreover, read in the light of Article 25, it is clear that the right to those lands, territories and resources now lost must exceed the maintenance and strengthening of indigenous peoples’ spiritual relationship with such lands; otherwise Article 26(1) would be redundant.“ (Wiessner/Lenzerini 2010: 22)

Artikel 10 sieht Bestimmung zu Umsiedelungen vor. Indigene Völker „shall not be forcibly removed from their lands or territories“ (UNDRIP Artikel 10) und keine Umsiedelung „shall take place without the free, prior and informed consent of the indigenous peoples concerned and after agreement on just and fair compensation and, where possible, with the option to return.“ (UNDRIP Artikel 10) Die Spannung liegt bei den gewählten Verben darin, dass die Bestimmung nur auf Umsiedelungen nach der Adaption der Deklaration anwendbar sein könnten. „However, evolving international law [...] suggests that indigenous peoples continue to have rights to their lands, territories and resources from which they been removed in the past providing that lands are not yet in ownership of third parties who acquired their title through good faith processes.“ (Wiessner/Lenzerini 2010: 21) Eine weitere Kontroverse, welche in Bezug auf Umsiedelungen während den Verhandlungen aufkam, ist, ob es angemessene Ausnahmen für eine Umsiedelung geben könnte, bei der es keinen „free, prior and informed consent“ geben muss. Die UNDRIP lehnt diese Möglichkeit klar ab. (vgl. Wiessner/Lenzerini 2010: 21)

Artikel 28 (1) besagt, dass Land, Territorien und Ressourcen, welche ihnen ohne deren Konsens in irgendeiner Art und Weise enteignet wurden – “which have been confiscated, taken, occupied, used or damaged, without their free prior and informed consent” (UNDRIP Artikel 28.1) – wieder zurückerstattet beziehungsweise kompensiert werden sollen: “Indigenous peoples have the right to redress, by means that can include restitution or, when this is not possible, just, fair and equitable compensation [...]” (UNDRIP Artikel 28.1) Wenn es nicht anders mit den indigenen Völkern verhandelt wird, soll diese Rückerstattung in der Regel die Form von “lands, territories and resources equal in quality, size and legal status or of monetary compensation or other appropriate redress” (UNDRIP 28.2) annehmen. Die Kontroversen bezüglich Artikel 28 drehten sich um die Bedeutung der Begriffe “redress”, “restitution” und

“compensation”. Die Staaten wollten ihre Verpflichtungen minimieren und viele argumentieren, dass das Recht auf Entschädigung im internationalen Recht nicht wirklich wahrgenommen wurde. (vgl. Montes/Cisneros 2009: 161)

“Free, Prior and informed consent”, auf deutsch “freiwillige und in Kenntnis der Sachlage erteilte Zustimmung”, ist ein zentraler Wortlaut der Deklaration, welcher über das in der ILO Konvention 169 genannte Recht auf “Konsultation” hinausgeht. (Stavenhagen 2009: 9) „Dies setzt voraus, dass indigene Völker all jene Informationen über ein Projekt bekommen, die notwendig sind, um eine Entscheidung treffen zu können (,informed’). Die Zustimmung muss vor dem Beginn eines Projektes eingeholt werden (,prior’). Zudem darf bei der Entscheidungsfindung kein Druck vonseiten der Behörden oder des um Zustimmung strebenden Unternehmens ausgeübt werden (,free’).“ (Sailer 2010: 165f) Artikel 32(2) lautet im Detail wie folgt: “States shall consult and cooperate in good faith with the indigenous peoples concerned through their own representative institutions in order to obtain their free and informed consent prior to the approval of any project affecting their lands or territories and other resources, particularly in connection with the development, utilization or exploitation of mineral, water or other resources.” (UNDRIP Artikel 32.2) Dieses zentrale Recht kann auf jegliche Aushandlung von Land- und Ressourcenrechtsaspekten der Deklaration, wie sie zum Beispiel in Artikel 28 zu Kompensation/Rückerstattung, in Artikel 10 zu Umsiedelungen und in Artikel 29 bezüglich Umweltschutz genannt werden, angewandt werden. Die Anerkennung auf “free, prior and informed consent” ist vor allem in Hinblick großer “Entwicklungsprojekte”, welche, wie wir von zahlreichen Beispielen wissen, desaströse Folgen für Indigene Völker hatten, wichtig. Artikel 32 ist also relevant wichtig, da er die einschneidendsten Mechanismen, welche hinter der Verletzung von Land- und Ressourcenrechte indigener Völker stecken, ans Tageslicht bringt, und insofern die Auslegung dieses Wortlauts hitzige Debatten während den Verhandlungen bewirkte: Wettbewerbsstaaten und Wirtschaftskooperationen in einer kapitalistischen und neoliberalen Welt. “The linguistic opacity over whether indigenous peoples’ consent is always necessary before proceeding to resource projects, or must only be sought, is largely answered by the negotiating history. [...] [S]ome States [...] expressively rejected any interpretation of Article 32(2) that would give indigenous peoples a veto over national resource development in their explanation of vote.” (Wiessner/Lenzerini 2010: 24) Trotz dieser Kontroversen ist die Stellung der UNDRIP im Sinne der Adivasi: “It has become clear that all consultation should be undertaken with objective of obtaining indigenous peoples’ free, prior and informed consent and that, especially in cases of large-scale development or investment projects that would have major impact on indigenous peoples’ territories,

consent is necessary.” (Wiessner/Lenzerini 2010: 24)

In engen Zusammenhang damit steht Artikel 27: “States shall establish and implement, in conjunction with indigenous peoples concerned, a fair, independent, impartial, open and transparent process, giving due recognition to indigenous peoples’ laws, traditions, customs and land tenure systems, to recognize and adjudicate the rights of indigenous peoples pertaining to their lands, territories and resources, including those which were traditionally owned or otherwise occupied or used. Indigenous peoples shall have the right to participate in this process.” (UNDRIP Artikel 27) Eine offene Auslegung dieser Bestimmung deutet darauf hin, dass auch Prozesse eingeräumt werden, welche sich auf Land, Territorien und Ressourcen beziehen, welche bereits enteignet wurden. (vgl. Wiessner/Lenzerini 2010: 23)

Artikel 29 geht auf umweltschutzbezogene Aspekte ein und beginnt in Punkt 1 mit dem generellen Recht Indigener Völker auf Erhaltung und Schutz ihrer Umwelt. Dieses Recht ist, wie wir später werden, im indischen Kontext insofern besonders, da das postkoloniale Indien Umweltschutz und die Land- und Ressourcenrechtsanliegen der Adivasis als zwei sich widersprechende Bestrebungen gesehen hat. Es dürfen desweiteren keine gefährlichen Stoffe auf den Gebieten der indigenen Völker gelagert werden, außer wenn eine freiwillige und in Kenntnis der Sachlage erteilte vorherige Zustimmung vorliegt. (vgl. Artikel 29.2) Die Absicht der Staaten ihre Verpflichtungen zu minimieren zeigt sich an der Änderung des Wortlauts auf „Assistant Programmes“: „States shall establish and implement assistance programmes for indigenous peoples for such conservation and protection, without discrimination.“ (UNDRIP Artikel 29.1.) Eine solche linguistische Änderung ist aber laut Wiessner/Lenzerini als minimal zu sehen, vor allem in Angesicht dessen, dass Staaten durch andere Regelwerke Umweltschutzverpflichtungen im internationalen Recht haben. (vgl. Wiessner/Lenzerini 2010: 24)

Ein letzter Aspekt, der diskutiert werden soll, ist die Tatsache, dass es keine akzeptierte Definition von „Land, Territorien und Ressourcen“ im internationalen Recht und in der UNDRIP gibt. (vgl. Wiessner/Lenzerini 2010: 20) „Indigenous peoples, for their part, had to give up their aspirations that the Declaration should elaborate in greater detail on their rights to LTRs, for instance on sub-surface resources.“ (Ahrén 2009: 208) Die Problematik, welche Indigene Völker in dem Wortlaut „Land, Territorien und Ressourcen“ sahen, da er unemotional etwas beschreibt was sie selber zum Beispiel als Mutter Erde bezeichnen würden (vgl. Wiessner/Lenzerini 2010: 21), lässt schließen, dass ein breites Verständnis davon, so wie es Montes und Cisneros vertreten, angestrebt werden soll: „[T]he term ‘territories’ must be understood as referring to the physical space that enables the survival of the indigenous peoples through

the reproduction of their culture. It does not, in our view, equate to the ‚national territory‘ or ‚nation state‘. Such an interpretation should dissipate states‘ fears in this regard. Territory here refers to the whole of the symbolic space in which a particular indigenous culture has developed, including not only the land but also the ‚sacred landscape‘ that corresponds to their world view, and which reflects the holistic and malleable capacity of indigenous peoples to demarcate space differently from other kinds of societies. We have to understand in this context that territory may cover not only the land as a commodity and source of wealth but a cave, mountaintop, lake/sea or desert, spaces or places often shared with other people, as common heritage, for their symbolic and religious dimension. The rituals and myths associated with indigenous peoples‘ territories make land and ritual landscape a territory in the indigenous sense of the term.“ (Montes/Cisneros 2009: 161)⁴¹

„A comparison between the Declaration and the ILO Convention 169 illustrates that the Declaration simply codifies existing international law.“ (Ahrén 2009: 209) Sich unterscheidende Aspekte sind zum einen, dass die UNDRIP genauer auf Land, Territorien und Ressourcen, welche nicht mehr von Indigenen Völkern okkupiert werden, eingeht, und dass es in der ILO Konvention Nr. 169 keine korrespondierende Bestimmung zum Recht auf Entschädigung gibt. (vgl. Ahrén 2009: 212) Die ILO 169 nennt darüber hinaus im Gegensatz zur UNDRIP Ausnahmen, unter welchen eine erzwungene Umsiedelung gerechtfertigt ist, welche in der UNDRIP keinesfalls legitim ist. (vgl. Wiessner/Lenzerini 2010: 21) Artikel 27 der UNDRIP ist außerdem viel fordernder als die äquivalente Bestimmung der ILO Konvention Nr. 169, „also in its requirements for fairness, independence, impartiality and transparency, illustrating a deliberate attempt on the part of the UNDRIP drafters to create a robust right.“ (Wiessner/Lenzerini 2010: 23)

⁴¹ Wenn in dieser Arbeit in unterschiedlichen Wortlauten von „Land“, „Territorien“, „Ressourcen“, usw. die Rede ist, so ist damit diese Auffassung gemeint.

4.2. Land- und Ressourcenrechte im nationalen Recht

Zu den zentralen Maßnahmen, welche die indische Verfassung für den Schutz der Adivasis gewähren, gehören einerseits ein System der positiven Diskriminierung durch Reservierungen in öffentlichen Ämtern und Bildungseinrichtungen⁴², andererseits Entwicklungsprogramme und – was im Kontext der Land- und Ressourcenrechtsthematik relevant ist - Autonomiemaßnahmen. (vgl. Erni/Nilsson 2008: 369) Der „Provision of Panchayat (Extention to Scheduled Areas) Act 1996“ (kurz PESA Act), der „Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Forest Rights) Act 2006“ (kurz FRA) und Regulierungen zu den so genannten Scheduled Areas gehören dabei zu den zentralen Regelwerken. Neben diesen besteht eine Vielzahl von hoch diskriminierenden Gesetzen (Forest Acts der Kolonialzeit, Land Acquisition Act, Wild Life Protection Act, Forest Consevation Act, Coal Bearing Act, ...), welche die Land- und Ressourcenrechte der Adivasi gefährden.

⁴² Für Angehörige von Scheduled Tribes werden Plätze in der parlamentarischen Vertretung (gesetzgebende Versammlungen des Zentralparlaments und Landesparlaments), in Bildungseinrichtungen (Colleges und Universitäten) und Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst reserviert. Sie genießen außerdem Gebührenbefreiung und niedrigere Qualifikationsanforderungen (zum Beispiel bei Aufnahmeprüfungen). Solche Maßnahmen der positiven Diskriminierung gibt es Indien auch für andere Gruppen, wie zum Beispiel „Scheduled Castes“, „Other Backward Classes“, für Freiheitskämpfer und deren Kinder, für Bewohner von Grenzgebieten, für Frauen, für Menschen mit Behinderung und für bestimmte religiöse Gruppen (Muslime, Sikhs, Christen). „Die positive Diskriminierung soll ein soziales „upliftment“ der tribalen Bevölkerung bewirken, was gleichzeitig eine Integration in die Mehrheitskultur, bzw. die Übernahme deren Werte und Lebensweisen mit sich bringt.“ (Sailer 2010: 48) Affirmative Action und Entwicklungsprogramme sind also sehr paternalistisch (vgl. Bijoy 2003: 1) und können im Einklang mit der ILO 107 im Sinne der Assimilation in die Mehrheitsgesellschaft gesehen werden. Unter den Adivasis bekommen teilweise Stimmen Gehör welche argumentieren, "that their real struggle lies in getting recognition for their rights and not in receiving favours from the States.“ (Bhengra/Bijoy/Luithui 1998: 9) Hinzu kommt, dass diese Privilegien und Wohlfahrtsmaßnahmen meistens nur mächtigen Gruppen im Kastensystem zugute kommen. „The steep increase of STs in Maharashtra in real terms by 148% in the two decades since 1971 is mainly due to questionable inclusion, for political gains, of a number of economically advanced groups among the backwards in the list of STs. The increase numbers, while it distorts the demographic picture, has more disastrous effects. The real tribes are irretrievably pushed down in the 'access or claim ladder' with these new entrants cornering the lion's share of both resources and opportunities for education, social and economic advancement.“ (Bijoy 2003: 5)

Die Maßnahmen zu Quotenregelungen und Entwicklungsprogrammen sind in der Diskussion um Land- und Ressourcenrechte nicht so zentral, da es den „Adivasis“ meistens um mehr Autonomie geht, und nicht um Plätze in Bildungseinrichtungen oder in politischen Institutionen: „Im Gegensatz zu den SC drängen allerdings die Angehörigen der ST nicht so sehr in die Quoten, weshalb viele Quoten unerfüllt bleiben. Die ST sind damit auch weniger in Gerichtsverfahren betreffend die positive Diskriminierung involviert, als die SC und OBC.“ (Sailer 2010: 55)

4.2.1. Land- und Ressourcenrechtsbestimmungen der Kolonialzeit

4.2.1.1. Forest Acts

Die diskriminierenden Forest Acts entstanden während der Kolonialzeit und sind noch bis heute gültig. “The British regarded India’s forests as a major resource for the expansion of their trade and rule. Hence, the first law to be passed by the British in this context was the Forest Act of 1864.” (Bhengra/Bijoy/Luithui 1998: 10) Durch den Forest Act 1865 wurde jedes Land, auf welches nicht jemand explizit Eigentumsrechte hatte und mit Bäumen, Gebüsch oder Dschungel bedeckt ist, zum Eigentum der Krone erkannt und unter die Verwaltung der für diesen Zweck gegründeten Forstbehörde gestellt. Eine solche Vorgehensweise wurde mit dem Rechtskonzept “res nullius” legitimiert: Undokumentierter Grundbesitz galt als herrenlose Sache. Die Adivasi Indiens teilten solche Vorstellungen von Privateigentum nicht, vielmehr wurden Böden und Güter gemeinschaftlich verwaltet, also gab es dementsprechend auch keine offiziellen Dokumentation über Landbesitz. Jagen und Wanderfeldbau wurden auch nicht als Grundlage für Landbesitz angesehen. Insofern konnte sich die britische Krone große Flächen an Land aneignen. Hunderttausende Menschen wurden zu illegalen Eindringlingen und leisteten unter Schuldknechtschaft Zwangsarbeit. Die Forstbehörde besteht noch heute als größter Landbesitzer Indiens mit quasi-polizeilichen Vollmachten. Die nachfolgenden Acts höhlten diese Benachteiligung noch mehr aus. So wurde im Forest Act 1878 die Nutzung des Waldes als Zugeständnis dargestellt. “The Forest Act of 1878 established that forest use by villagers was not a right but a privilege of concession given by the government.” (Mitra/Gupta 2009: 195) Außerdem wurden die Waldgebiete je nach den Rechten welche den Bewohnern zustanden in „protected“, „reserved“ und „village forests“ eingeteilt. Da die Forstbehörde die alleinige Verfügungsmacht in den „reserved forests“ hatte, wurde den Adivasis nur in den „protected“ und „village forests“ Rechte zugesprochen. Diese Rechte reichten von der Nutzung der Ressourcen und des Landes für die Existenzgrundlage bis zur Nutzung für Haushaltszwecke, aber nicht für kommerzielle Zwecke, und waren somit stark eingeschränkt. Der Forest Act von 1927 unterhöhlte die Rechte der Waldbewohner noch mehr und verbot den Wanderfeldbau (jhum agriculture). “Shifting cultivation, also known as swidden, is not an exclusively tribal practice, but it characterizes tribes, as it is different from the dominant culture of the plow that has been a key characteristic of the mainstream Hindu society. The prohibition of jhum in the Forest Act of 1927 led to an acute sense of deprivation among tribal communities, violating, as Guha puts it, ‘the aborigines’ notion of property

wherein forests and forest produce belonged to the community, every member of which had a prescriptive right to harvest what they needed’.” (Guha nach Mitra/Gupta 2009: 196) Noch heute gelten die Regelungen der Forest Acts der Kolonialzeit, welche die Rechtsgrundlage für die Enteignung der Adivasis von ihrem Lebensraum, und für die Bestrafung derselben wegen des Sammelns von Waldprodukten ist. “The government makes rules for regulating the management of village forests: how the villagers may use timber and village produce and pasture, and their duties for the protection and improvement of such forests.” (Mitra/Gtupa 2009: 195f) Im postkolonialen Indien wurden laut Sailer die Rechte der Adivasi noch mehr beschnitten. Die spärliche Gewährung von bestimmten Nistar-Rechten, Fruchtgenussrechte welche aus dem muslimischen Gewohnheitsrecht kommen, wurde auch immer mehr eingeschränkt. (vgl. Sailer 2010: 116ff)

4.2.1.2. Land Acquisition Act

Der Land Acquisition Act von 1894, welcher ebenfalls noch gültig ist, gehört neben den Forest Acts zu den Einschnitten, was die Verletzung der Land- und Ressourcenrechte der Adivasi betrifft und aufgrund dessen der Landraub gerechtfertigt wird. Der indische Staat nimmt sich das Recht auf die Nutzung von Land für öffentliche Zwecke heraus und kann Personen aus solchen Gründen Land enteignen. Was genau öffentliches Interesse sein soll, wird nicht genauer definiert. Der Act wird benutzt um Land für „Entwicklungsprojekte“ zu erwerben und an private Unternehmen zu verpachten. (vgl. Sailer 2010: 117ff) „Das Recht auf ‘eminent domain’ derogiert alle anderen Gesetze und Rechte. Das ‘öffentliche Interesse’ dient also als Rechtfertigung für die zwangsweise organisierte Aneignung von Land für private Unternehmen, wobei der Staat die Proteste der indigenen Völker oft mit Waffengewalt und Militarisierung zum Schweigen bringt.“ (Sailer 2010: 118) Shiva beschreibt in ihrem Manifest zu Landsouveränität (Bhu Swaraj) den Land Acquisition Act als Instrument für Corporate Land-Grab und Kommodifizierung von Land. „Their instrument is the colonial Land Acquisition Act of 1894 used by foreign rulers against Indian citizens. The government is behaving as the foreign rulers did, appropriating land through the violence for the profits of corporations, [...] land grab for private profits and not for public purpose by any stretch of imagination is rampant in the country today.“ (Shiva 2011: viii).

Eine Entschädigung von rechtlich dokumentiertem Besitz soll in Bar erfolgen. Mit der Summe sollen sich die Menschen selber wieder eine Existenz aufbauen. Wie bereits gehört, haben Adivasis meistens keine rechtlich dokumentierten Besitztitel, da ihnen das Land bereits in der

Kolonialzeit enteignet wurde und/oder weil sie eine andere Form der Verwaltung von Land haben. In solchen Fällen steht ihnen also auch keine Entschädigung zu. Wenn die Entschädigung überhaupt erhalten wird, wissen viele Adivasi auch nicht was sie mit dem Geld anfangen sollen, denn ihre Identität beruht auf ihrem Land und ihren Ressourcen und lässt sich nicht nur mit Geld woanders wieder aufbauen. Darüberhinaus hat der Staat keine Pflicht zur Wiederansiedlung. (vgl. Sailer 2010: 117ff) Die ausgezahlten Beträge sind im Vergleich zu den Gewinnen, welche die Regierung dadurch machen kann eine Farce: „While land has been taken from farmers at Rs. 300/sq.meter by Government using the Land Acquisition Act, it is sold by developers at Rs. 600,000/sq.metre – a 200,000% increase in price and hence profits.“ (Shiva 2011: viii)

4.2.2. Land- und Ressourcenrechtsbestimmungen im postkolonialen Indien

Die Land- und Ressourcenpolitik des postkolonialen Indiens kann laut Patnaik in 3 Phasen aufgeteilt werden (Patnaik 2007: 4):

Table 2: Phases of Forest Governance in Independent India

Phase	Time Frame	Developments/Remarks
Phase 1	1947–1970	This was the phase of commercial exploitation of forests for industrial development as well as for creating farmland for the large peasantry class.
Phase 2	1970–1988	This lasted till the commencement of the 1988 National Forest Policy; it was a phase of conservation with increased Government control. During this phase, forest conservation was made a directive principle, a fundamental duty in the Constitution, and brought to the Concurrent List for greater control of the Government. It was also the time when powerful legislative instruments like the Wildlife Protection Act and the Forest Conservation Act were put in place. This phase, like the previous one, had no space for forest dwellers and tribals in the protection and management of local forests.
Phase 3	1988 onwards	The third phase began with the introduction of the National Forest Policy in 1988, which not only made forest a local resource but also made the participation of local forest-protecting communities mandatory in the regeneration of degraded forests.

4.2.2.1. Wildlife Protection Act, Forest Conservation Act

Die Verabschiedung des „Wildlife Protection Act 1972“ und des „Forest Conservation Act 1980“ in der zweiten Phase (siehe Tabelle) kann als Reaktion auf die Ausbeutung in der ersten Phase gesehen werden, und war insofern sehr von der Agenda des Umweltschutzes geprägt. Die Annahme war, dass die Wälder durch so genannte „Forest dwellers“ und Adivasis zerstört wurden, und dass obwohl eigentlich der Staat und Wirtschaftskooperationen dahinter steckten. Diese wurden insofern als „Encroachers“, also Eindringlinge gesehen, und der Wald sollte vor ihnen geschützt werden. (vgl. Patnaik 2007: 4f) Der Wildlife Protection Act von 1972 straft das Jagen bestimmter Tiere und das Sammeln bestimmter Pflanzen in den so genannten Wildlife Sanctuaries und Nationalparks. Durch den Forest Conservation Act 1980 wurde die Beschaffung von Nahrungsmitteln, handwerklichen Grundmaterialien, Brenn- und Bauholz und so weiter in „reserved forests“, meistens Nationalparks, zu einem kriminellen Vergehen. „These instruments were extremely conservationist in nature, did not differentiate between local and external use, stressed excessive Government control in the form of Eminent Domain, and restricted or did not recognize existing local use rights.“ (Patnaik 2007: 4)

Ein weiteres Gesetz, welches an dieser Stelle erwähnt sei und die Inanspruchnahme von Land legitimiert, ist der Coal Bearing Act 1957, welcher Landerwerb im öffentlichen Interesse in Bergbaugebieten rechtfertigt. Indigene werden vertrieben, dürfen weder den Bergbau betreiben, noch einen Anteil am Profiten haben. (vgl. Sailer 2010: 119f)

Patnaik identifiziert die National Forest Policy von 1988 als Beginn des Politikwechsels bezüglich Land- und Ressourcenrechte. Land und Ressourcen, insbesondere Wälder, wurden zunehmend als lokale Lebensgrundlage gesehen und die Partizipation der lokalen Bevölkerung für die Regenerierung der Wälder als notwendig erachtet. Zu den zentralen Regelwerken, welche in Zuge dessen verabschiedet wurden, gehören der „Provision of Panchayat (Extension to Scheduled Areas) Act 1996“, der „Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Forest Rights) Act 2006“ und Regulierungen zu den so genannten Scheduled Areas, auf welche als erster eingegangen wird.

4.2.2.2. Scheduled Areas

Ein Schlupfloch für all diese diskriminierenden Gesetze ist die Bestimmung über die Scheduled Areas. “Under this schedule, the Governors of the concerned states have been given extensive powers, and may prevent or amend any law enacted in the parliament or the state assembly that could harm the tribals’ interest.” (Erni/Nilsson 2008: 369) Scheduled Areas sind Gebiete auf denen zwar grundsätzlich das nationale Gesetz gilt, doch wo die Gouverneure der Bundesstaaten eigene Gesetze erlassen können, um die Anliegen der auf diesen Gebieten lebenden Adivasi, zum Beispiel durch Gesetze, die den Landtransfer an Nicht-Adivasis verbieten, zu schützen. Bereits in der Kolonialzeit wurde mit dem Government of India Act 1919 zwischen „excluded areas“ und „partially excluded areas“ unterschieden. Darauf aufbauend spricht man später von den Gebieten 5th Schedule und 6th Schedule. Die Gebiete der 6th Schedule umfassen die Nordostregion mit den Staaten Assam, Meghalaya, Mizoram und Tripura, wobei 5th Schedule alle anderen Gebiete betrifft. Der 5th Schedule umfasst Gebiete in den Bundesstaaten Andhra Pradesh, Gujarat, Himachal Pradesh, Jharkhand, Madhya Pradesh, Maharashtra, Orissa und Rajasthan. Es liegt zuerst an den Gouverneuren der Bundesstaaten eine Schedule Area vorzuschlagen. Seit 1976 gab es keine neue Registrierung von Scheduled Areas mehr. Dieselben können dann Regelungen erlassen, welche über dem nationalen Gesetz stehen und die Bevölkerung soll somit ein gewisses Maß an Selbstverwaltung bekommen. (vgl. Sailer 2010: 120ff)

In den Scheduled Areas ist jeweils ein Tribal Advisory Council (TAC) einzurichten. Bevor der Gouverneur des jeweiligen Bundesstaates etwas forciert, was das Wohlergehen der ST betrifft, soll er sich mit den TACs beraten. In den TACs sitzen maximal 20 Personen, davon sollen $\frac{3}{4}$ RepräsentantInnen der ST in der gesetzgebenden Versammlung des Bundesstaates vertreten sein. (vgl. Sailer 2010: 120ff)

Die nachfolgende Tabelle von Mohanty listet die Gesetze auf, welche auf Staatenebene in Zusammenhang mit Land- und Ressourcenrechten, erlassen wurden: (Mohanty 2001: 3860 f)

Staat	Gesetz
Andhra Pradesh	The Agency Tracts Interest and Land Transfer Act, 1917 The Andhra Pradesh Scheduled Areas and Land Transfer Regulation, 1959 (1963 ergänzt) The Andhra Pradesh Scheduled Areas Land (Extension and Amendment) Regulation, 1963
Bihar	Bihar Tenancy Act, 1885 Chotanagpur Tenancy Act, 1908 Santal Parganas Act, 1949

	Bihar Scheduled Areas Regulations, 1969
Gujarat	Bombay Land Revenue Code, 1879 (Section 73A) und weitere Bestimmungen des LR Codes
Karnataka	Hyderabad Tenancy and Agricultural Land Act, 1950 Mysore Land Revenue (Amendment) Rule, 1960 Scheduled Castes and Scheduled Tribes (Prohibition of transfer of certain lands) Act, 1978 (Act No. 2 von 1978)
Kerala	Kerala Scheduled Tribes (Restriction on Transfer of Lands and Restoration of Alienated Lands) Act, 1973 Kerala Arable Forest Land Assignment rules, 1970 Kerala Land Assignment Rules, 1964
Madhya Pradesh	Central Provinces Land Alienation Act, 1916 Madhya Bharat Scheduled Areas (Allotment and Transfer of Land) Regulation, 1954 (applicable to Madhya Bharat Region only) Madhya Pradesh Land Revenue Codes, 1959
Maharashtra	The Maharashtra Land Revenue Code and Tenancy Laws (Amendment) Act, 1974 The Maharashtra Restoration of Land to the Scheduled Tribes Act, 1974; Maharashtra Land Revenue Code 1966 (Section 36); Bombay Tenancy and Assignment Lands Act (Vidarbha Region) Act, 1958; Hyderabad Tenancy and Agricultural Lands Act, 1950
Orissa	Orissa Scheduled Areas Transfer of Immovable Property (by Scheduled Tribes) Regulation, 1956 (ergänzt 1963) Orissa Land Reform Act 1960 (ergänzt 1973)
Rajasthan	Rajasthan Tenancy Act, 1955 Rajasthan Registration (Adoption Amendment) Ordinance, 1975 Rajasthan Land Revenue (allotment of land for agricultural purpose) Rules, 1957 Rajasthan Bhoodan Yagna Act, 1954
Tamil Nadu	The Holdings (stay of Execution Proceedings) Act, 1950
Uttar Pradesh	Uttar Pradesh Zamindara Abolition and Land Rules Act, 1950 (ergänzt 1969)
West Bengal	West Bengal Tenancy Act, 1885 West Bengal Land Reform Act 1955 (mehrere Male ergänzt)

Ein erster Kritikpunkt ist die grundsätzliche Anwendbarkeit der gewöhnlichen Gesetzgebung. Das große Problem ist, dass es bisher noch keine Scheduled Areas gibt, welche von dem Land Acquisition Act oder den Forest Acts ausgenommen sind, was die Sinnhaftigkeit dieser Regelung anzweifeln lässt. (vgl. Sailer 2010: 118) Darüberhinaus werden die vorteilhaften Bestimmungen auch nur mangelhaft durchgesetzt: "Vielmehr wurden Gesetze wie der Land Acquisition Act, diverse Forest Acts, der Indian Penal Code, der Criminal Procedure Code sowie der Coal Bearing Act auch auf die Scheduled Areas angewandt. Die meisten Staaten haben zwar Anti-Veräußerungsgesetze erlassen, sie jedoch nur nachlässig angewandt. Viele Indige-

ne haben ihr Land verloren und verlieren es noch immer. Der Staat erwirbt Land für Industrieprojekte, Dämme, etc. In den meisten Fällen wurden die Indigenen nicht angemessen entschädigt, verschiedenen Berichten zufolge wurde sogar Land, das für die Ansiedelung der Indigenen gedacht war, an Nicht-Indigene verteilt.” (Sailer 2010: 125)

Zusätzlich wurden Scheduled Areas unzureichend erfasst und die Grenzziehung verläuft oft quer durch Adivasi-Gebiete. In Südindien gibt es zum Beispiel keine offiziell anerkannten Scheduled Areas. Nicht registrierte Gebiete, in denen Adivasis leben sind zum Beispiel Goa, Bihar, Jammu und Kashmir, Sikkim, UP, Westbengalen, Andamanen und Nikobaren, Dadra und Nagar Haweli, Diu und die Lakkadiven. (vgl. Sailer 2010: 120ff)

Die Erfolgsgeschichte der TACs ist sehr düster: Der Gouverneur hat eine zu starke Stellung und die TACs nur eine beratende Funktion. In den meisten Fällen wurden die TACs gar nicht erst eingerichtet, und wenn, dann treffen sie sich nur sehr selten. „Die TACs können somit nicht als Organ angesehen werden, durch welches die ST Mitbestimmung ausüben können, und schon gar nicht über die Gesetze und Angelegenheiten in ihren eigenen Gebieten entscheiden können.“ (Sailer 2010: 121ff) Es stellt sich die Frage, ob die Scheduled Areas nur auf dem Papier bestehen. (vgl. Sailer 2010: 120ff)

Die Bestimmungen werden mangelhaft durchgesetzt, bestehen also hauptsächlich auf dem Papier. (vgl. ACHR 2004) “Art 3 der Fifth Schedule und Artikel 244 der Verfassung verpflichten den Gouverneur eines jeden Staates mit Scheduled Areas, dem Präsidenten jährlich oder wenn erforderlich einen Bericht betreffend die Verwaltung dieser Gebiete zu schicken. 1987 hat das damalige Wohlfahrtsministerium vorgeschrieben, dass diese Berichte jeweils bis zum 30. September eines Jahres vorgebracht werden müssen. In den Bundesstaaten Bihar, Gujarat, Himachal Pradesh, Maharashtra, Orissa und Rajasthan wurde seit 1992 kein Bericht mehr erstellt.” (ACHCR zitiert nach Sailer 2010: 124)

4.2.2.3. Der PESA Act

Verwaltung Indiens durch das Panchayati Raj, ein dezentrales System ländlicher Selbstregierung, sollte bereits nach der Unabhängigkeit gefördert werden. 1992 kam es zu einer erneuten Diskussion über die Wiederbelebung dieser Idee⁴³ um Verbesserungen zu gewährleisten, da

⁴³ Viele neue Bewegungen wollen lokale Selbstregierungssysteme wiederbelebten, manche sprechen sogar von einer “Parha-Bewegung”, in Bezug auf die Adivasis: „Various names are given to these systems, depending on the tribe and the area – for instance, parha, munda-manki, or manjhi-parganait. [...] Such efforts are supported by the interest of Indian NGOs in participatory development and traditional democratic institutions, as well as by the sustained effort of some scholars who are interested in evaluating the status of traditional systems of governance.“ (Shah 2010: 43) Oft kollidieren die Konzepte für dezentrale Selbstregierung mit den traditionellen Re-

große Mängel bestanden. (vgl. Hirway 1989: 1663) Die Vision dahinter ist laut dem Ministerium für Panchayats “[t]o attain decentralised & participatory local self-government through Panchayati Raj Institutions (PRIs)” und deren Vision beinhaltet “Empowerment, enablement & accountability of PRIs to ensure inclusive development with social justice, and efficient delivery of services.” (Ministry of Panchayat o.J.) Einerseits besteht es aus dem so genannten Gram Panchayat⁴⁴, welches von der Dorfgemeinschaft auf 5 Jahre gewählt wird – mit dem sogenannten Sarpanch und dem Deputy Sarpanch als dessen Oberhaupt. Andererseits aus den jeweiligen Gram Sabhas, welche sich aus allen erwachsenen StaatsbürgerInnen des Dorfes zusammensetzen, die ihren eigenen Vertreter wählen. Die Gram Sabhas sind ermächtigt die Gram Panchayats zu unterstützen und partizipativer zu gestalten.

Anfangs wurden die 5th und 6th Schedule Areas ausgenommen, doch die Regierung entschied aufgrund landesweiter Kampagnen letztendlich⁴⁵, dass auch Adivasi-Regionen von der ländlichen Selbstverwaltung betroffen sein sollen und verabschiedete 1996 den Provision of Panchayat (Extention to Scheduled Areas) Act. (vgl. Bhullar 2008: 22)

Der PESA Act besagt in Punkt 4 (d) und 4 (m) (ii), dass Gram Sabhas kompetent erklärt werden sollen, die Kultur und Tradition ihrer Mitglieder zu schützen, eigene Stetibeleugstraditionen zu erhalten, über die natürlichen Ressourcen zu bestimmen und Eigentum auf gerümpfügige Forstprodukte zu haben. Auch Punkt 4 (i), (j), (k) und (l) sind in Bezug auf die Land- und Ressourcenrechtsthematik relevant: Sie distanzieren sich von den kolonialen Gesetzen (Land Acquisition Act, Forest and Mining Acts) und setzen fest, dass die Gram Sabhas der Adivasis vor der Aneignung oder vor dem Zugriff auf Land und Ressourcen konsultiert werden müssen. Die Gram Sabhas sind darüber hinaus befähigt, jeglichen ausbeuterischen Beziehungen ein Ende zu setzen. “This establishes the supremacy of the gram sabha, whose power cannot be usurped by a superior body.” (Dandekar/Choudhury o.J: 4) Das Gesetz kann als Schritt in Richtung Selbstverwaltung und Basisdemokratie – auch – der Adivasi Gruppierungen gesehen werden. “[A]s the above reading of the law shows, PESA envisaged a radical shift in balance of power – from the state apparatus and from economic and political elites, to the community.” (Dandekar/Choudhury o.j: 5)

gierungssystemen von lokalen Communities. „In der Region Singhbhum (Jharkhand) etwa stellten die traditionellen Anführer auch den PESA-Act in Frage, weil er nicht mit dem Manki-Munda System in Einklang zu bringen war. Derartige Beispiele zeigen, dass es um ‚tribal self-rule‘ zu verwirklichen mehr bedarf, als einer Bestimmung, mit der dezentrale Verwaltungsvorschriften auch auf die Gebiete der ST anwendbar zu machen und den ST ein System vorzuschreiben, wie es auch anderswo in Indien gehandhabt wird.“ (Sailer 2010: 127)

⁴⁴ 7 bis 17 Mitglieder, je nach Größe des Dorfes, davon sind Reservierung für Frauen und ST/SC/OBC vorgesehen

⁴⁵ Empfehlungen durch das Bhura Komitee unter Mr. Dileep Singh Bhuria, welches für eine Inkludierung der Tribal Areas plädierte

Die Praxiserfahrung seit den eineinhalb Dekaden der Verabschiedung zeigt jedoch ein anderes Bild. Dandekar/Choudhury gehen auf die unvollständigen legislativen Verankerungen ein (vgl. Dandekar/Choudhury o.J: 5ff): Die legislative und ausführende Arbeit, welche die Regierung abwickeln wollte bleibt immer noch unvollständig. Hinzu kommt, dass Gram Sabhas, die ihnen zugeteilte Ermächtigung nur dann nutzen können, wenn sie Zugang zu adäquaten Information und Befähigungen haben. Diesem Punkt wurde laut Dandekar/Choudhury nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt. “On the contrary legal and administrative subterfuge has kept the provision of PESA as a set of aspirations and the agenda of self governance remains postponed.” (Dandekar/Choudhury o.J: 5) Punkt 4 (a) sah vor, dass die neun Staaten mit Scheduled Areas den PESA Act in Harmonie mit ihrer Rechtsordnung bringen sollen. Die jeweiligen Staaten sind dieser Aufgabe in unterschiedlichem Ausmaß, in der Regel aber unzureichend, nachgegangen: Die Wortwahl ihrer Legislationen schwächen den PESA Act zum Beispiel hinsichtlich der stärkeren Bemächtigung der Gram Panchayats, und nicht der Gram Sabhas. Manche Bestimmungen stellen der Ermächtigung der Gram Sabhas sogar direkt Barrieren in den Weg. In Realität sind die Gram Sabhas also nicht ganz so autonom wie es scheint, da sehr viel Einfluss von oben, nämlich von den Panchayati Raj Officials, den Forest Department Officials und von den Centric Comittees, kommt.⁴⁶ „(T)he Rules continue to undermine the key elements of the Act. An example is the manner in which the Rules have reinvented the definition of the Gram Sabha, thereby withdrawing the local government’s decision making power and vesting it with the government machinery, which has been hitherto responsible for the injustice that the Act intends to correct.“ (Bhullar 2008: 34) Es wird auch nicht auf das “Wie” der Ermächtigung sowie auf Entschädigungsmechanismen eingegangen (was der PESA Act ansich auch nicht tut). Wie wir gesehen haben, ist die Macht der Gram Sabhas bezüglich Land- und Ressourcenrechte (Bemächtigung der Gram Sabha über die Kon-

⁴⁶ Die Centric Comittees werden in so genannte “Sub-Divisional Level Committees” (SDLC), “District Level Committees” (DLC) und “State Level Monitoring Committees” (SLMC) eingeteilt. Anliegen, welche von den Gram Sabhas kommen, werden vom SDLC begutachtet und von den DLC genehmigt. Es besteht zwar ein Vetorecht gegenüber den SDLCs, doch die Entscheidung der DLCs ist endgültig. Die Comittees sind nicht dazu verpflichtet den Gram Sabhas transparente und schnelle Feedbacks und Gründe für ihre Entscheidung zu geben. Es wird auch nicht klar ausgedrückt, ob ökologische Überlegungen in deren Entscheidungen miteinfließen müssen. Die Gram Sabhas initiieren den Prozess auch nicht alleine, da auch Panchayati Raj officials (Sarpanches) und Beamte des Forest Departments in diesen Prozess mitwirken können. “This may open the door for extraneous influences, adversely affecting the democratic functioning of the Gram Sabha and diluting forest rights.“ (Bhullar 2008: 30f) Die Regelungen sind grundsätzlich schweigsam wenn es um die Macht der Gram Sabhas geht, andere Akteure zu überstimmen. Es gibt zum Beispiel auch keine Regelung die besagen wie Konflikte zwischen den Forest Departments und den Gram Sabhas geregelt werden sollen. (vgl. Bhullar 2008: 30f) Viele Solcher Regelungen untermauern die Stärke des Gram Sabha-Systems. “All these provisions will undermine the spirit of decentralisation which supports the vesting of the power to verify the claims under the Act in the most basic democratic body – the Gram Sabha – as opposed to the Panchayat regime, which does not vest administrative powers directly in the Gram Sabha.“ (Bhullar 2008: 30f) „The consultation with the Gram Sabhas required by the PESA Act has been rendered a farce as has the process of Environment Impact Assessment of these industries.“ (Shiva 2011: 110)

trolle der Erkundung von Rohstoffen, die Planung und das Management der Gewässer, die Kontrolle und das Management geringfügiger Waldprodukte, Meinungsverschiedenheiten bei Landenteignungen, Regelungen für Bergbau und Bodenschätze, ...) laut dem PESA Act unmissverständlich in ihrem Interesse. Auf Staatenebene werden diese Rechte aber nicht realisiert. In keinen der Staaten wurde zum Beispiel der Land Acquisition Act abgeändert um ihn in Harmonie mit dem PESA Act zu bringen. Der Prozess der Konsultation (PESA Act unter Punkt 4 (i) – der PESA Act definiert den Begriff auch nicht eindeutig) gehört ebenfalls zu den Provisionen, welche auf Staatenebene legislativ unverankert blieben und die einzelnen Staaten haben auch keine Regelungen für den Fall der Reaktion der Adivasis auf Vertreibung, eingeräumt. Dandekar/Choudhury durchgeführte vergleichende Analyse zeigt auf, dass die Staaten Madhya Pradesh und Chattisgarh am nächsten daran sind, die Provisionen des PESA Acts mit ihrer Rechtsordnung zu harmonisieren. Bei den eben genannten Beispielen, sind diese zwei Staaten also auszunehmen (wobei deren Verankerungen keinesfalls als ideal eingestuft werden können). Die jeweiligen Gouverneure, welche schrankenlos dazu befähigt wurden, alle Möglichkeiten für die Implementierung des PESA Acts zu ergreifen, haben in keinen der Staaten die Umstände untersucht oder interveniert. Hinzu kommt zuletzt folgender Aspekt: Der PESA Act basiert auf dem Konzept einer selbstregierenden Dorfgemeinschaft, insofern sollte die Einheit der Selbstregierung eine überschaubare Dorfgemeinschaft sein. Partizipative Demokratie impliziert eine Face-to-Face Beziehung bei Verhandlungen. Obwohl einige Staaten die Definition eines "Dorfes" überarbeiten, sind die jeweiligen Einheiten in der Regel immer noch zu groß gedacht. Diese Gegebenheit schränkt die selbstregierende basisdemokratische Funktion des PESA Acts ein.

Trotz der Unzulänglichkeiten in der Implementierung, kann der PESA Act aufgrund seiner basisdemokratischen Natur einen Weg in Richtung nachhaltiger Änderungen von destruktiven Strukturen sein, und wird hier (im Sinne des dritten Kapitels) sehr positiv bewertet, da er nicht nur, sondern auch die Adivasi-Communities miteinbezieht.

4.2.2.4. Der Forest Rights Act

Der „Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Forest Rights) Act“ (oder einfach Forest Rights Act, kurz FRA) kann in starker Synergie mit den PESA Act gesehen werden, da er die Rechte auf Land- und Ressourcen überhaupt erst schafft, auf Basis derer die Gram Sabhas in die lokale Entwicklung miteinbezogen werden sollen. Er wurde

2006 in Reaktion auf landesweite Adivasi Demonstrationen verabschiedet und erkennt erstmals Waldnutzungsrechte an. Er soll eine Wiedergutmachung der Forstgesetze des 19. und 20. Jahrhundert darstellen und wird als Meilenstein und Trendwende in der Gesetzgebung gesehen. „This legislation, known as the FRA, is a landmark in the evolution of the government’s attitudes on tribal people and their rights. It attempts not only to correct a ‘historic injustice’ committed by the colonial and postcolonial rulers but also to vest in forest communities a primary role in sustaining forest ecosystems by restoring their rights as well as their environmental duties. [...] The law basically grants legal recognition to the rights of traditional forest-dwelling communities, partially correcting the injustice caused by successive forest laws in the 19th and 20th centuries, and it makes a beginning toward giving those communities and the public a voice in forest and wildlife conservation.“ (Perera 2009: 214f)

Der Staat hat nicht mehr die alleinige Entscheidungsbefugnis über Waldgebiete. Die Landrechte der Scheduled Tribes werden anerkannt und davon Abstand genommen, sie als bloße Eindringlinge zu sehen. Scheduled Tribes und die so genannten “Other Traditional Forest Dwellers”, welche schon seit jeher in den Wäldern wohnen, sollen dies nun durch den FRA auch legal tun können. (vgl. Sailer 2010: 148ff)

Das Gesetz würdigt sowohl die Individual- als auch die Kollektivrechte von WaldbewohnerInnen für Wälder, welche ihnen Lebensunterhalt und kulturelle Identität liefern. (vgl. Perera 2009: 218) Diese Rechte für Waldbewohner und deren Gram Sabhas können laut Perera in 4 Blöcke eingeteilt werden (vgl. Perera 2009: 216): Landrechte, Nutzungsrechte, Recht zu schützen und zu bewahren und das Recht auf Entschädigung und Entwicklung:

Zum einen haben Scheduled Tribes und „Other traditional forest dwellers“, wenn sie nachweisbar seit mindestens 3 Generationen (75 Jahre bis zum Stichtag 13. Dezember 2005) auf dem Gebiet wohnen, Ownership-Rechte auf bis zu 4 ha Land. (vgl. Sailer 2010: 148ff) Diese Rechte sind unveräußerlich und ausschließlich durch den Erbgang übertragbar. Waldbewohner bekommen auch Land, welches von der Forstbehörde zuvor weggenommen wurde. (vgl. Perera 2009: 215)

Zum anderen bekommen sie auch Nutzungs- und Verwertungsrechte von geringfügigen Waldprodukten und essbaren Pflanzen zugesprochen, und Rechte Feuerholz zu sammeln (nur für Haushaltsgebrauch, nicht für gewerbemäßiges Holzfällen), Wanderfeldbau zu betreiben und Viehherden grasen zu lassen werden eingeräumt. (vgl. Sailer 2010: 148ff)

Drittens, bekommen ST und “Other Traditional Forest Dwellers” Managementrechte zugesprochen. Wälder, in denen sie leben, sollen nicht mehr nur von der Forstbehörde, sondern auch von den BewohnerInnen selber verwaltet werden. Dazu gehört auch das Recht die Pflan-

zen und Tiere zu schützen. (vgl. Sailer 2010: 148ff) “The legislation for the first time gives forest-dwelling communities the right to protect and manage the forest in which they live. It authorizes forest dwellers to conserve community forest resources by giving the communities a general power to protect wildlife and forests. This is vital, as thousands of forest dweller communities are trying to protect their forests and wildlife against threats from forest mafias, industries, and land grabbers, most of whom operate in connivance with the Forest Department.” (Perera 2009: 217) Der vierte Block bildet das Recht auf Wiederansiedlung, wenn es zu einer illegalen/erzwungenen Vertreibung/Umsiedlung gekommen ist, und das damit einhergehende Recht auf Entschädigung. Außerdem muss für eine Umsiedlung ein „free and informed consent“ mit den Gram Sabhas bestehen. (vgl. Sailer 2010: 148ff)

Die anhaltende Bürokratie, die resistente Haltung der Forstbehörde den Adivasis Besitzrechte zu verteilen und unadäquate Awareness-Maßnahmen führen dazu, dass die Implementierung des Acts langsam voran geht. Die Forstbehörde hat zwar nur eine Rolle unter vielen Akteuren, was die Übergabe dieser Rechte betrifft, aber versucht laut Dandekar/Choudhury in dieser Rolle alles, um sich selber eine illegale Vetomacht für die Vergabe der Land- und Ressourcenrechte zu geben. (vgl. Dandekar/Choudhury o.J.: 22)

Die Einbeziehung von „Other Traditional Forest Dwellers“ im FRA entspricht den Vorschlägen der breiten Auffassung von „historischer Kontinuität“, welche im dritten Kapitel erläutert wurde. Der Act bietet insbesondere dadurch Entfaltungsmöglichkeiten für eine Klassendimension bei Land- und Ressourcenrechtsfragen.

5. Critical Legal Studies-Analyse und Schlussbemerkung

5.1. Spätkapitalismus des Rechts

Die Critical Legal Studies sprechen, wie in der Einführung erörtert, von der “Commodity Form of Law” und meinen damit die spezielle Form, welche Recht unter den gegenwärtigen historischen Konjunkturen der Postmoderne und des Spätkapitalismus annimmt. (vgl. Cutler 2005: 528) Es ist zu beobachten, dass Regelwerke, welche im Interesse des historischen Blocks sind, in den Hard Law Bereich, verbunden mit Sanktionen, fallen und im Gegensatz dazu diejenigen, welche antisystemische Kräfte anregen könnten (wie zum Beispiel Land- und Ressourcenrechte für Adivasis) in der Regel zum Soft-Law-Bereich zählen. „Late capitalism in law is reflected in the increasing recourse to law to facilitate the displacement of welfare states by competition states through deregulation and privatised legal codes and procedures, in the intensification and expansion of legal disciplines facilitating transnational capital accumulation, and in the related tendency to flexible production and ‚soft law‘ re-regulation of labour relations, consumer protection, environmental practices, and corporate ethics.“ (Cutler 2005: 535) Institutionell und ideologisch wirken postmoderne und spätkapitalistische Einflüsse auf Gesetze von internationalen und regionalen Organisationen, wie die UNO, IMF, Weltbank, die OECD, UNCITRAL, WTO, NAFTA, EU, usw. Zusätzlich dazu haben, zwar weniger sichtbare aber trotzdem vorhandene, private Akteure, wie ICC, ILC, TC, Transnationale Kooperationen, Kartells, private Unternehmen, Anwaltsorganisationen und so weiter Einfluss auf die Schaffung von Gesetzen welche die globale Wirtschaft steuern sollen. (Trubek/Cain/Harrington nach Cutler 2005: 535) „These institutions and associations are globalising the commodity form of law through private regulatory frameworks that assess legality according to criteria of economic efficiency and effective market discipline. They contribute to the discursive and ideological significance of international law as the creator of the mythology and common sense understandings that undergird the perceived legitimacy of the contemporary historical bloc.“ (Gill zitiert nach Cutler 2005: 535)

Diese Einschätzung der Critical Legal Studies ist am legalen Status der jeweiligen gegenhegemonialen internationalen Regelwerke (ILO Konventionen und UNDRIP) zu erkennen. Abgesehen davon, dass, wie wir gesehen, einzelne Regelwerke inhaltlich nicht ausgereift sind und deshalb Freiraum für Interpretationen lassen, sind sie entweder nicht bindend (Soft Law), beziehungsweise deren Beschwerdemechanismen nicht genug ausgereift. Hinzu kommt, dass

selbst eine inhaltlich ausgereifte und verpflichtende Vollständigkeit der Rechtsinhalte nicht automatisch zur Implementierung in der Praxis führt. Wie Vergangenheit und Gegenwart zeigen, werden Menschenrechtsanliegen oft im Interesse des Kapitalismus beiseite geschoben. Die ILO Konvention Nr. 169 und die ILO Konvention Nr. 107 sind die bis heute einzigen international legal bindenden Instrumente, wenn es spezifisch um die (Land- und Ressourcen) Rechte indigener Völker geht. Bisher haben nur sehr wenige Staaten, Indien gehört nicht dazu, die ILO-Konvention 169⁴⁷ ratifiziert.⁴⁸ Viele halten noch am Übereinkommen 107 fest. (vgl. Stavenhagen 2009a: 5) Indien war eines der ersten Länder, welches die ILO Konvention Nr. 107 unterschrieb. Obwohl die ILO Konvention Nr. 107 keine Soft-Law- Bestimmung, sondern ein verpflichtender internationaler Vertrag ist, ist Sailer der Ansicht, dass die Konvention von der indischen Regierung nicht mehr Ernst genommen wird, da sie als veraltet gilt. (vgl. Sailer 2010: 156) Wie weiter oben analysiert wurde (siehe Kapitel 4.1.2.), sind die Land- und Ressourcenrechte der ILO Konvention Nr. 107 ohnehin nicht ausgereift genug: Die paternalistische Vorstellung dergleichen entsprach Indiens Wunsch der Eingliederung und Assimilation der Adivasis. Laut Xaxa hat Indien damals keine Einwände gegen den Begriff „Indigenous Populations“ gehabt, weil damit keine Rechte und kein Empowerment einhergegangen waren (vgl. Xaxa 1999: 3591) Eine Unterzeichnung der aktuelleren Konvention Nr. 169 wäre also wünschenswert. „[I]n light of India’s hesitation to implement its domestic law on STs and Convention No. 107 it is doubtful whether Convention No. 169 would have a different impact.“ (Aufschnaiter 2008: 47)

Die UNDRIP hat als Deklaration den Charakter einer Empfehlung und ist daher legal erst dann bindend, wenn die Mitgliedsstaaten, die Inhalte der Deklaration in ihrer nationalen Gesetzgebung verankern. Nur dann können sich indigene Völker darauf berufen. (vgl. Sailer 2010: 165) Indien stimmte zwar für die UNDRIP, aber mit dem Vorbehalt der Nicht-

⁴⁷ Die Implementierung der ILO-Konventionen wird von einem ILO ExpertInnenkomitee durch eingeforderte periodische Staatenberichte und Beschwerden überwacht. (vgl. Anaya 2004: 226ff) Bezüglich der Staatenberichte kann das Komitee weitere Informationen von den Staaten zu Implementierungsproblemen fordern, beziehungsweise vor Ort Untersuchungen durchführen. Staaten können angehalten werden vor einem Komitee der jährlichen Arbeitskonferenz zu sprechen um über die Gründe der Nicht-Implementierung zu argumentieren. (vgl. Anaya 2004: 226) Bezüglich der Beschwerdeprozedur ist vorgesehen, dass Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen (wie zum Beispiel Gewerkschaften) indigene Völker vor der ILO repräsentieren können, wenn es um die Missachtung der Konvention staatlicher Seite geht. (vgl. Aufschnaiter 2008: 46) Insofern haben indigene Völker keinen direkten Zugang zu Monitoring-Mechanismen. Die Auswirkung dieser Beschwerdemechanismen ist bis dato minimal (vgl. Anaya 2004: 250) „The complaint procedure under Art. 26 has to date, for instance, neither been invoked in connection with ILO Convention No. 107 nor No. 169 and the representation has only [aber immerhin, d. Verf] seen use under Convention No 169.“ (Aufschnaiter 2008: 46f) „Still, it seems that the hopes of the indigeous peoples for effective implementation of Convention No. 169 must rely mainly on the social awareness and political solidarity of local workers organisations, or on good faith of progressive (in the area of human rights) governments.“ (Yupsanis 2010: 449f)

⁴⁸ Die ILO 169 kann, aufgrund der südamerikanischen Konzentration der Unterzeichnerstaaten, als regionales Wirkungsinstrument in diesem Gebiet gesehen werden. Bestärkt wird diese Aussage durch das Faktum, dass bis heute nur ein Land in Asien, nämlich Nepal, die ILO 169 ratifiziert hat. (vgl. Aufschnaiter 2008: 47)

Indigenität der Scheduled Tribes, da die gesamte Bevölkerung zur Zeit der Unabhängigkeit als indigen angesehen wird. Der indische Vertreter Mr. Ajai Malhotra behauptete, dass Selbstbestimmung nur auf Völker unter Fremdherrschaft anwendbar sei und nicht auf souveräne unabhängige Staaten, daher sei das Recht auf Selbstbestimmung in Indien nicht anwendbar. (vgl. Karlsson 2008: 26) Åhrén nennt folgende Ursachen für die Implementierungsprobleme der UNDRIP und bestätigt damit die These des „Spätkapitalismus des Rechts“: Dazu gehören vor allem monetäre Anliegen der Staaten und Wirtschaftskooperationen, da Rohstoffe oft die Haupteinnahmequelle für die gleichen darstellen und diese Einnahmen aber im Sinne der Logik des Kapitalismus nicht den indigenen Völkern übergeben oder mit ihnen geteilt werden wollen. Wenn die Deklaration vollständig implementiert werden würde, würde das zu fundamentalen strukturellen Veränderungen des gegenwärtigen polit-ökonomischen Systems führen. (vgl. Åhrén 2009: 204f) Bei den Debatten während der Verhandlungen der UNDRIP konnte erkannt werden, dass die meisten Staaten für einen solchen Wandel nicht bereit sind. „Naturally, these very different points of departure among state and indigenous representatives laid the groundwork for extremely complicated negotiations in the WGDD. It soon became evident that the LTR provisions would be most difficult on which to reach an agreement. [...] The gap between states' and indigenous peoples' positions was wide. As a consequence, the WGDD did not end up seriously addressing LTRs until the final week of the WGDD's eleventh and final session. [...] In other words, most states were simply not prepared to pay the price – in financial and political terms – for a complete recognition of indigenous peoples' rights to LTRs in the Declaration. Instead state representatives' message to indigenous peoples at the outset of the negotiations was essentially; 'We are ready to acknowledge your rights to LTRs to a greater extent than we do today. But let's be realistic and find a compromise partly based on law that also takes political realities into account.'” (Åhrén 2009: 205f) Folgende Aussage von Stavenhagen über die UNDRIP kann insofern universell, bezogen auf alle gegenhegemonialen Regelwerke, gesehen werden: „Wie andere internationale Menschenrechtsinstrumente ist die Erklärung ein Ergebnis ideologischer Debatten, diplomatischer Verhandlungen, der Geopolitik, verschiedener Gruppeninteressen und persönlicher Beziehungen. Sie muss in diesem breiteren Kontext gesehen werden und steht im Zusammenhang mit den geopolitischen Kontroversen, die die Menschenrechtsdebatten der Vereinten Nationen von Anfang an charakterisiert haben. Während einige in den Verhandlungsprozess einbezogene, indigene Vertreter auf einen stärker formulierten Text drängten, und manche Staaten überhaupt keine Erklärung verabschieden wollten, hätten andere Regierungsvertreter eine schwächer formulierte, traditionellen Mustern folgende Erklärung bevorzugt, die nationalen oder

ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören. Der Streit zwischen Maximalisten und Minimalisten dauert bis heute an.“ (Stavenhagen 2009a: 7)

Auch bei den nationalen Regelwerken, welche Land- und Ressourcenrechtsansprüche vorantreiben würden (Scheduled Areas Regelungen, PESA Act, FRA Act) bestehen wie wir gesehen haben, inhaltlicher Überarbeitungsbedarf und Implementierungsprobleme und insofern ist die These des “Spätkapitalismus des Rechts” auch national anwendbar. Wenn eine Norm gegen die andere steht, dann gewinnt wie Vergangenheit und Gegenwart zeigen sehr oft die Hegemonie der restriktiven Gesetze (Forest Acts, Land Acquisition Act, ...) welche in Einklang mit den Interessen der New Economic Policy formuliert sind.

In den Scheduled Areas herrscht eine grundsätzliche Anwendbarkeit der restriktiven Gesetze und da es noch keine Scheduled Areas gibt, welche vom Land Acquisition Act oder von den Forest Acts ausgenommen wurden, kann im Sinne der “Indeterminacy” das Pendel leicht in Richtung Landenteignung ausschlagen. Auch wenn es vorteilhafte Bestimmungen gibt, werden diese oft nicht ernst genommen. Die Erfolgsgeschichte der TACS ist auch sehr düster, sie haben obendrein auch nur eine beratende Funktion im Gegensatz zum Gouverneur, welcher eine starke Stellung hat.

Auch was den PESA Act betrifft, besteht auf bundesstaatlicher Ebene kein Wille zur Implementierung. “There seems to be no explanation for these widespread delays other than the fact that PESA is low on political and executive agenda. [...] The state is also emerging as a principal violator of the very laws it is meant to uphold – e.g. ignoring a gram sabha’s opposition under PESA to land acquisition, and calling village assemblies under heavy police presence to push through land acquisition plans.” (Dandekar/Choudhury o.j: 12, 16)

Was den Forest Rights Act betrifft kann, wie bei den anderen Regelwerken, der Spätkapitalismus des Gesetzes bereits beim Gesetzesentwurf erkannt werden: „Although the passing of the bill is no doubt a victory of sorts for activists and adivasi communities, last minute amendments to the recommendations made by the Joint Parliamentary Committee (JPC), which potentially exclude a number of beneficiaries and bestow significant powers on the bureaucracy, are indicative of the manner in which the rights discourse has been limited by the wider hegemony of mainstream development and environmental thinking.“ (Menon 2008: 2) Auch für den Forest Rights Act wird der Staat-Kapitalismus-Nexus ein Hindernis für die Implementierung sein. „But this law will not be able to resolve tribal peoples’ human rights and livelihood issues without similar or greater advancement in law and administration in other areas (which are intrinsically linked with tribal peoples’ rights) such as land acquisition, deve-

lopment-included displacement, and political autonomy.“ (Perera 2009: 220) Die Interpretation und Implementierung des Gesetzes in den nächsten Jahren, wird zeigen ob es sich nur um eine schnelle Lösung seitens der Regierung handelt oder um eine längerfristige Strategie einer umfassenden Lösung des Konfliktes.

Die positiven Rechtsentwicklungen für Land- und Ressourcenrechtsansprüche, sind also hinsichtlich inhaltlicher Vollständigkeit und Implementierung eher wackelig einzustufen und teilweise leicht in einer Art und Weise zu interpretieren oder zu überrollen, so dass die Interessen der New Economic Policy durchgesetzt werden können.

„Despite having introduced specific legislations and Constitutional amendments (see PESA, Forest Rights Act) to supposedly undo the historic injustices committed against India’s Adivasis, the autocratic mindset has only gained momentum, functional to the liberal paradigm of growth and globalization. [...] The Government still avails of the colonial Land Acquisition Act through which it entitles itself to dispossess the indigenous original landowners, laborers and local communities to make place for mining, plants and industries, in the name of the public good; all while rampant land speculation happens in front of the eyes of the dispossessed: landowners, farmers, landless labourers and Adivasis are forced to give up their lands for few hundreds Rupees, land which is then sold at lakhs to private mining and developers’ companies who stand to make tens of times the profit from their mining or real estate activities per square metre of the land. [...] It is clear that the country has been witnessing gross violation of the rights of the poor, particularly tribal rights, which have reached unprecedented levels since the new economic policies of the 90’s. The 5th Schedule rights of the tribals, in particular the Panchayat Extension to Scheduled Areas (PESA) Act and the Forest Rights Act have been grossly violated.“ (Shiva 2010: 105, 110)

Im Fazit stehen die Land- und Ressourcenrechtsanliegen der Adivasi Indiens in engem Zusammenhang mit den ausbeuterischen Mechanismen des gegenwärtigen historischen Blocks. Wenn das gewillte Umfeld seitens der Regierungen nicht vorhanden ist, wenn der gegenwärtige historische Block des Kapitalismus und Neoliberalismus bestehen bleibt – was in Indien im Kontext der New Economic Policy der Fall ist – sind auch die Regelwerke dementsprechend unwirksam. Um die Situation ändern zu können, ist es unumgänglich diese Strukturen aufzubrechen. Cutler sieht die These des Spätkapitalismus des Rechts, ausgedrückt in der Soft-Law Verankerung der menschenrechtsrelevanten Regelwerke als *Trasformismo*: “The global promulgation of private non-binding codes of corporate conduct and ‘soft’ legal disciplines are illustrations of *trasformismo*. They are promoted as the efficient and rational means

for giving globalisation a ‘human face’, but his mythology conceals their nature as safety valves for capital.“ (Cutler 2005: 539) Es könnte auch argumentiert werden, dass “all rights-based assertions are a sell-out to the neo-liberal agenda, and that they therefore undermine radical political change and eschew fundamental critique of global capitalist hegemony.” (Karlsson 2003: 406) Rechte können insofern verstanden, keine nachhaltigen Triebwerke für Veränderungen sein, solange die grundlegenden Machtbeziehung des gegenwärtigen historischen Blocks bestehen bleiben, da diese Machtbeziehung in den Gesetzen reflektiert werden und vermeintliche Rechtsversprechen nur innerhalb dieses Rahmens agieren können. Warum immer nur geschützte Räume schaffen? Warum nicht gegen Mechanismen vorgehen, welche es nötig machen überhaupt geschützte Räume schaffen zu müssen? “(T)he great weakness of a rights-oriented legal practice is that it does not address itself to a central precondition for building a sustained political movement – that of overcoming the psychological conditions upon which both the power of the legal system and the power of social hierarchy in general rest.” (Gabel/Harris 1982: 375f). Diese Thesen haben zwar ihre Berechtigung, doch es darf nicht vergessen werden, dass die Indigenenbewegung selber bereits eine Methode des “Aufbrechens” ist:

5.2. Gegenhegemonie oder Trasformismo?

Gabel und Harris vertreten insofern gleichzeitig folgende Auffassung: “A legal strategy that goes beyond rights-consciousness is one that focuses upon expanding political consciousness through using the legal system to increase people’s sense of personal and political power.” (Gabel/Harris 1982: 376) Recht kann also auch ein Ventil für Transformation sein, selbst dann, wenn es sich um Soft-Law handelt, oder andere beschriebene Unzulänglichkeiten in der Implementierung bemerkbar sind. Dandekar und Choudhury kommentieren diese Aussage in Bezug auf den PESA Act folgendermaßen: “PESA will always entail a struggle for communities because it is a process that shifts power from the state and the elites to them. The process has its own momentum, setbacks, and will take time. But it is a process that is possible.” (IRMA nach Dandekar/Choudhury o.J: 14) Die Rechte der UNDRIP können insofern eben als „Referenzrahmen, als Ausgangspunkt betrachtet werden, der unter anderem zu einer neuen Gesetzgebung, einer veränderten Rechtspraxis und Institutionenbildung sowie, falls nötig, einer neuen politischen Kultur führen kann (von autoritär zu demokratisch, von technokratisch zu partizipativ).“ (Stavenhagen 2009a: 8) Was den Soft-Law Charakter der UNDRIP betrifft, darf nicht vergessen werden, dass Deklarationen eine moralische Kraft entwickeln

und unter günstigen Umständen zum Gewohnheitsrecht⁴⁹ werden können, so wie es bei der Menschenrechtsdeklaration passiert ist.⁵⁰ (vgl. Stavenhagen 2009: 356) Viele sind der Ansicht, dass Teile der UNDRIP bereits als Gewohnheitsrechte gesehen werden können. „On the one hand, since soft law instruments lack binding force their legal significance and potential to affect State behaviour cannot be taken for granted. On the other hand, however, soft law cannot be simply dismissed as non-law.“ (Barelli 2009: 959) Die gegenhegemoniale Okkupation polit-ökonomischer Räume geschieht nun mal eben in Prozessen, in Gramscis Worten in einem „war of position“⁵¹. „The legally creative introduction of an alternative lifestyle by the new global movement can, if it engages with the need for universalization through compulsory legal form, be interpreted as the social dimension of lawmaking: through scandalization, sloganizing and incessant demands. [...] This demanding of an, in this sense, ‘nascent world law’ by highlighting wrongs as scandalous, by networking activity with NGOs and victim advocates, by intervening in legal proceeding (as *maici curiae*) and negotiation of governmental agreements [...], is not a project that is hopeless from the outset. Instead, the struggle for hegemony in world law shows links in many arenas of world law where legally creative social movements in the Gramscian sense can act, including those directed at corporate accountability for environmental and human-rights abuses and single issue movements [...], have attempted to manufacture the consent of the population for alternative paths of sustainable development, peace, or democracy.“ (Buckel/Fischer-Lescano 2009: 451) Solche globalen Bewegungen sind nicht hoffnungslos. Auch wenn sie in den meisten Fällen keinen Rückhalt durch Regierungen haben, können sie extrem effektiv sein, denn „the conditions under which ‘spontaneous consent’ can be manufactured are as important if not more important than the existence of forceful enforcement mechanism, precisely because the point is the formation of a Weltanschauung, which is all that can create consensus on utilization of that monopoly of force in the first place.“ (Buckel/Fischer-Lescano 2009: 452) Genau deshalb, weil die Hierarchie des

⁴⁹ Von Gewohnheitsrecht spricht man, wenn „a preponderance of states and other authoritative actors converge on a common understanding of the norms’ contents (*opinio juris*) and generally expect future behavior in conformity with the norms (oughtness).“ (Anaya 2004: 61) Dies setzt also zwei Elemente voraus, „nämlich die Übung (*usus*) und die Rechtsüberzeugung (*opinio iuris*).“ (Sailer 2010: 165)

⁵⁰ Der Berichterstatter argumentierte, dass die internationale Gemeinschaft noch nicht für eine bindende Verpflichtung bezüglich den Menschenrechten von „Indigenen Völkern“ bereit ist, das heißt, auch wenn die UNO mit der Diskussion über eine Konvention aufkommen würde, würde sie nicht genug Unterzeichnerstaaten für sich gewinnen. Daher ist es momentan eher wichtig an den Implementierungsprozessen der Empfehlungen auf regionaler Ebene zu arbeiten, als die Verfassung einer Konvention voranzutreiben. (vgl. Woldememeleket 2008: 26) Das soll aber nicht heißen, dass die Gelegenheiten, wenn nicht die Notwendigkeit bestehen kann in Zukunft an einem verpflichtenden Übereinkommen zu arbeiten. „Das war immer schon die Strategie der Vereinten Nationen: Auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 folgten im Jahr 1966 die beiden internationalen Menschenrechtspakte. Weitgehend dasselbe geschah mit anderen spezifischen Erklärungen bzw. Konventionen (zu Frau, Kindern, rassistischer Diskriminierung), wenngleich die Wartezeit in diesen Fällen kürzer war.“ (Stavenhagen 2009a: 8)

⁵¹ Siehe Fußnote 15

Rechts auf dem Glauben der breiten Bevölkerung daran basiert, können Rechtskonflikte jeglicher Art Möglichkeiten sein, um die Fassade dieser Legimität zu brechen, eine Gegenstrategie der Delegitimation sein. “These are indications of fractures in the discipline of neoliberal economic law and the commodity form of capitalism.” (Cutler 2005: 539) Recht kann also als Werkzeug für gegenhegemoniale Bewegungen verwendet werden, welche Möglichkeiten für die revolutionäre Transformation der globalen politischen Ökonomie formulieren. “[T]he very point is to take up the struggle for (world) law as part of a struggle for the emancipatory transformation of world society, and prevent the law of world society from being administrated exclusively in the backyards and back rooms of non-transparent global governance procedures.” (Buckel/Fischer-Lescano 2009: 451)

Um solchen Bewegungen in Richtung fundamentalen sozialen Wandel Antrieb geben zu können, wollen die CRITS gegenhegemoniale Rechtsversprechen kritisch analysieren: Handelt es sich wirklich um gegenhegemoniale Bewegungen oder um *Trasformisimo*, also um Schutzpolster für den Kapitalismus (siehe Kapitel 1)? Inzudezessen wurde analysiert, unter welchen Umständen die Indigenenbewegung Gefahr laufen könnte, Facetten von *Trasformisimo* wiederzuspiegeln: Um der Klassendimension der Indigenenbewegung eine Entfaltungsmöglichkeit zu bieten sollte sich die Legitimierung der Land- und Ressourcenrechte auf universellere Identitätsmarker beziehen, welche im dritten Kapitel der Arbeit vorgeschlagen wurden. In der Analyse der gegenhegemonialen Regelwerke wurden inzudezessen vor allem die UNDRIP, der Forest Rights Act und der PESA Act besonders positiv bewertet:

In Kapitel 3 wurde im Interesse der Klassendimension vorgeschlagen, das Kriterium der „historischen Kontinuität“ breit zu fassen. Es sollte nicht darum gehen, wer als Allererster auf dem Subkontinent war, sondern wer kleinräumig vorher da war, also um die nachhaltige Auflösung gegenwärtiger Kolonialisierungsmuster. Da Rechte und Privilegien auf Land in der Norm respektiert werden, wenn es um die Mehrheitsbevölkerung geht und es sich um vorherigen gutgläubigen und friedlichen Besitz an Land- und Ressourcen handelt, ist es also das Mindeste auch den Adivasi einen solchen Respekt entgegenzubringen. Diese Ansicht wird im internationalen Recht vertreten und spiegelt auch die Rechtfertigung der UNDRIP wieder. Die UNDRIP rechtfertigt Land- und Ressourcenrechte darüber hinaus über allgemeine kulturelle Rechte – wie sie in Artikel 27 des ICCPR verankert sind (siehe Kapitel 4.1.1 und Kapitel 4.1.3) und auf gleicher Weise im Kapitel 3 als Legitimierung vorgeschlagen wurden. Wenn kulturelle Rechte weit interpretiert werden, so kann in dem Fall, dass die Adivasis eine besondere Beziehung zu den von ihnen bewohnten Land, Territorien und Ressourcen haben

(und es sich deshalb um gutgläubigen und friedlichen Besitz handelt) – was in der Regel der Fall ist – die Erhaltung dieser Verbindung im weiten Sinne als allgemeines kulturelles Recht gesehen werden. Auch beim Forest Rights Act wird das Kriterium der „historischen Kontinuität“ breit gefasst und die Klassendimension von Marginalisierungserfahrungen mitgedacht, in dem „Other Traditional Forest Dwellers“ neben „Adivasis“ zu den Begünstigten gezählt werden. Anfangs wurde diejenige Bevölkerungsgruppe, welche nicht den Scheduled Tribe Status besitzt, von den Begünstigungen ausgeschlossen. AktivistInnen betonten, dass diese Exklusion zu sozialen Konflikten führen könnte, da auch andere Personengruppen, die nicht in das Scheduled-Tribe-Schema passen, in Harmonie und Abhängigkeit zu Land, Territorien und Ressourcen leben. Insofern wurde vorgeschlagen eine Grenze zwischen denjenigen, welche Land, Territorien und Ressourcen als Lebensgrundlage sehen und denjenigen, welche aus kommerziellen Gründen und aus Profitgründen Land, Territorien und Ressourcen nutzen, zu ziehen. Schließlich führte diese Diskussion zur Einbeziehung von „Other Traditional forest dwellers“. (vgl. Bhullar 2008: 25) „The passage of the FRA encourages forest dwellers all over India to build an alliance, embracing India’s democratic and pluralistic political and social organizations and based on environmental and social justice.“ (Perera 2009: 223) Auch der PESA Act wird als gegenhegemoniale Kraft positiv eingeschätzt, da er für Basisdemokratie steht, an welcher alle Teile der Bevölkerung – auch die Adivasis – Teil haben sollen. Insofern wird auch hier der Klassendimension eine Entfaltungsmöglichkeit gegeben. Gemeinsame Marginalisierungserfahrungen sind also ein wichtiges Kriterium für die Anerkennung von Land- und Ressourcenrechten und gleichzeitig auch die Brücke zur Klassendimension der Indigenenbewegung. Auch andere landwirtschaftliche Communities erleben ähnliche oder gleiche Marginalisierungserfahrungen, da das immense Ausmaß an Ungleichheit auf dem Subkontinent, wenn es um Land- und Ressourcenrechte in einer neoliberalen Welt geht, für viele gilt. In dieser gemeinsamen Benachteiligung, welche durch ähnliche Strukturen verursacht werden, liegt der Keim für eine fruchtbare Vereinigung (auch wenn es, abgesehen von Land- und Ressourcenrechten um breitere Themen wie landwirtschaftliche Entwicklung, Erhaltung von Biodiversität, Konservierung von Saatgut, Biolandwirtschaft und Intellectual Property Rights geht). Es bleibt abzuwarten ob die Land- und Ressourcenrechtsproblematik der Adivasi Indiens durch die gegenhegemonialen Bewegungen im Kontext der UNDRIP, des PESA Acts und des FRAs in Zukunft auch in der Praxis gelöst werden kann. Theoretisch würden durch diese Regelwerke Entfaltungsmöglichkeiten für eine fruchtbare Vereinigung aller Personen (ob das nun Adivasis, politische AktivistInnen, Politiker, „Forest Dwellers“, einfache Bauern, AkademikerInnen, und so weiter sind), welche die Veränderung des polit-

ökonomischen Umfelds der New Economic Policy als Triebwerk für einen nachhaltigen Wandel sehen, bestehen. Es bleibt zu hoffen, dass die genannten Regelwerke, als Teil von vielen anderen gegenhegemonialen Bestrebungen, destruktive Strukturen aufbrechen werden.

6. Literaturliste

Asian Centre for Human Rights (2004): Mal-administration of indigenous and tribal peoples in India. Online Zugriff 18. Dezember 2012:
<http://www.ecoi.net/189455::india/325300.318869.8574...mr.318902/indigenous-and-tribal-communities-adivasis.htm>

Ahrén Mattias (2009): The Provisions on Lands, Territories and Natural Resources in the UN Declaration on the Rights of Indigenous Peoples: An Introduction. In: Charters Claire, Stavenhagen Rudolfo (2009): Making the Declaration Work. The United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples. IWGIA. Copenhagen. 200-215.

Anaya James (2004): Indigenous Peoples in International Law. Oxford: Oxford University Press

Aufschnaiter Claudia Caterina (2008): 'First you push them in, then you throw them out': The Land Rights Struggles of the Adivasi Peoples in India with Special Reference to Southern India. Indigenous Strategies and their (Inter)national Law Context. Diplomarbeit, Universität Wien.

Baer, Susanne (2011): Rechtssoziologie: eine Einführung in die interdisziplinäre Rechtsforschung. Baden-Baden: Monos Verlag.

Bailey Frederick George (1960): Tribe and Caste in India. Contributions to Indian Sociology. 5 (1): 13-14.

Barelli Mauro (2009): The role of soft law in the international legal system: the case of the United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples. In: International and Comparative Law Quarterly 58. 957-983.

Bates C. (1995): Lost Innocents and the Loss of Innocence: Interpreting Adivasi Movements in South Asia. In: Barnes/Gray/Kingsbury: Indigenous Peoples of Asia: 103-119.

Béteille Andre (1974): Sic Essay in Comparative Sociology. New Delhi: Oxford University Press.

Béteille Andre (2002): Caste, Inequality and affirmative action. International Institute for Labour Studies. Geneva.

Bhengra Ratnaker, Bijoy C.R., Luithui Shimreichon (1998): The Adivasis of India: Minority Rights Group International Report. 98/1. Online Zugriff 4. August 2012:
<http://www.minorityrights.org/4047/reports/the-adivasis-of-india.html>

Bhullar Lovleen (2008): The Indian Forest Rights Act 2006: A Critical Appraisal. In: Law, Environment and Development Journal. 4/1. P. 20.

Bieler Andreas, Morton Adam David (2004): A critical theory route to hegemony, world order and historical change: Neo-Gramscian perspectives in International Relations. In: Capital & Class 28: 85-113.

Bijoy (2003): A History of Discrimination, Conflict, and Resistance. PUCL Bulletin. Online-Zugriff: 25. September 2012. www.pucl.org/Topics/Dalit-tribal/2003/adivasi.htm

Borg Erik (2001): Hegemonie im internationalen politischen System. In: IZ3W. Blätter des Informationszentrum 3. Welt. Ausgabe Nr. 256.

Bose Nirmal Kumar (1971): Tribal Life in India. New Delhi: National Book Trust.

Buckel Sonja, Fischer-Lescano Andreas (2009): Gramsci Reconsidered: Hegemony in Global Law. In: Leiden Journal of International Law. 22: 437-454

Census of India 2001. <http://www.censusindia.net/>

Chaudhuri B. (1992): Tribal Transformation in India. Volume II: Socio-Economic and Ecological Development. Tribal Studies of India Series. New Delhi: Inter-India Publications.

Chayes Abram, Fisher William, Horwitz Morton u.a. (o.J.): Critical Legal Studies Movement. In: The Bridge, Harvard. Online-Zugriff 18. Oktober 2012:
<http://cyber.law.harvard.edu/bridge/CriticalTheory/critical2.htm>

Chávez Luis Enrique (2009): The Declaration on the Rights of Indigenous Peoples. Breaking the Impasse: the Middle Ground. In: Charters Claire, Stavenhagen Rudolfo (2009): Making the Declaration Work. The United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples. IWGIA. Copenhagen. 96-107.

Cornetassel (2003): Who is Indigenous? 'Peoplehood' and Ethnonationalist Approaches to Re-articulating Indigenous Identity. In: Nationalism and Ethnic Politics, Issue 1 2003: 75-100.

Cox Robert W. (1993): Gramsci, Hegemony and international Relations: An Essay in Method. In: Stephen Gill (1993): Gramsci, Historical Materialism and international Relations. Cambridge University Press. 49-66.

Cox Robert W. (2007): Adam David Morton: Unravelling Gramsci. Hegemony and Passive Revolution in the Global Political Economy. Reviewed by Robert Cox. In: Capital & Class 31: 258-261.

Cutler A Claire (2005): Gramsci, Law, and the Culture of Global Capitalism. In: Critical Review of International Social and Political Philosophy. Vol 8. No 4: 527-542.

Daes Erica-Irena A (2008): An overview of the history of indigenous peoples: self-determination and the United Nations. In: Cambridge Review of International Affairs Volume 21 Number 1. 7-26.

Dandekar Ajay, Choudhury Chitrangada (o.J): PESA, Left-Wing Extremism and Governance: Concerns and Challenges in India's Tribal Districts. Institute of Rural Management, Anand.

Dreze Jean (2005): Tribal Evictions from Forest Land. Online-Zugriff am 13. Jänner 2013
http://econpapers.repec.org/paper/esswpaper/id_3a201.htm

Dube Saurabh (1977): Tribal Heritage of India. New Delhi: Vikas Publishing House.

Erni Christian (2008): Introduction: The Concept of Indigenous Peoples in Asia. In: Erni Christian (2008): The Concept of Indigenous Peoples in Asia. A Resource Book. IWGIA, Copenhagen.

Erni, Christian; Nilsson Christina (2008): Country Profiles. India. In: In: Erni Christian (2008): The Concept of Indigenous Peoples in Asia. A Resource Book. IWGIA, Copenhagen.

Faschingeder (2001): Die Missionierung indigener Völker in Indien 1890 - 1960 : aus den Geschichten der Mission, des Fremden und der Entwicklungsidee

Gabel Peter, Harris Paul (1982): Building Power and Breaking Images: Critical Legal Theory and the Practice of Law. In: Review of Law & Social Change. Vol 11. 369-411.

Geiger, Danilo (2008): Some Thoughts on “Indigeneity” in the Context of Migration and Conflicts at Contemporary Asian Frontiers. In: Erni Christian (2008): The Concept of Indigenous Peoples in Asia. A Resource Book. IWGIA, Copenhagen.

George, Susan (1999): A short history of Neoliberalism. Conference on Economic Sovereignty in a Globalising World. Bangkok, March 24-25, 1999. Zugriff 6. August 2012: <http://www.globalexchange.org/resources/econ101/neoliberalismhist>

Ghosh (2006): Between Global Flows and Local Dams: Indigenousness, Locality, and the Transnational Sphere in Jharkhand. In: Cultural Anthropology 4. 501-534

Gill, Stephen (1993): Gramsci, Historical Materialism and International Relations. Cambridge University Press. Cambridge.

Hardiman D. (1995): The Coming of the Devi: Adivasi Assertion in Western India. Oxford: Oxford University Press.

Hirway Indira (1989): Panchayati Raj at Crossroads In: Economic and Political Weekly. Vol 14 No. 29. 1663 – 1668.

Internationale Arbeitsorganisation über die Konvention Nr. 107. Online Zugriff am 14. Jänner 2013: <http://www.ilo.org/indigenous/Conventions/no107/lang--en/index.htm>

Jenkins, Laura Dudley (2004): Race, Caste and Justice: Social Science Categories and Anti-discrimination Policies in India and the United States. In: Connecticut Law Review. Volume 36.

Johnson Phillip E. (1984): Do you Sincerely Want to be Radical? In: Stanford Law Review. Vol 36, No. 1/2. Critical Legal Studies Symposium (Jan 1984). 247-291.

Karlsson (2003): Anthropology and the ‘Indigenous Slot’: Claims to and Debates about Indigenous Peoples’ Status in India, Critique of Anthropology 23: 403-423

Karlsson (2008): Asian Indigenousness: The Case of India. In: Indigenous Affairs 3-4. 24-30.

Kerner Ina (2009): Differenzen und Macht. Zur Anatomie von Rassismus und Sexismus. Frankfurt am Main: Campus, 44-167.

Kingsbury (1998): „Indigenous People“ in International Law: A constructivist approach to the Asian Controversy. In: American Journal of International Law 3 (1998). 414-457.

Li, Tania Murray (2002): Ethnic Cleansing, Recursive Knowledge, and the Dilemmas of Sedentarism. In: International Social Science Journal 173: 361-71.

Litowitz Douglas (2000): Gramsci, Hegemony and the Law. In: Brigham Young Law Review. 515-551

Menon, Ajit (2008): Situating Law: Adivasi Rights and the Political Economy of Environment and Development in India. In: Eberhard, Christoph (2008): Law, Land Use and the Environment: Afro-Indian Dialogues. IFP Pondicherry.

Ministry of Panchayat of India about their „Vision and Mission“ referring to the PESA Act. Online Zugriff am 15. Jänner 2013: www.panchayat.gov.in

Mittal A.C., Sharma J.B. (1998): Tribal Movement, Politics and Religion in India. Volume 1: Tribal Movement in India. New Delhi: Radha Publications.

Mitra Kinsuk, Gupta Radhika (2009): Indigenous Peoples' Forest Tenure in India. In: Perera Jayantha (2009): Land and Cultural Survival. The Communal Land Rights of Indigenous Peoples in Asia. Asian Development Bank.

Michaels Axel (2006): Der Hinduismus. Geschichte und Gegenwart. C.H. Beck oHG. München.

Montes Adelfo Regino, Cisneros Gustavo Torres (2009): The United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples: the Foundation of a New Relationship between Indigenous Peoples, State and Societies. In: Charters Claire, Stavenhagen Rudolfo (2009): Making the Declaration Work. The United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples. IWGIA. Copenhagen. 138-169.

Mohanty B.B. (2001): Land Distribution among Scheduled Castes and Tribes. In: Economic and Political Weekly. Vol 16 No 40. 3857-3868.

Navdanya (2010): Bhu- Swaraj Convention on Land Grab and Resource Grab. Ranchi (Jharkhand) 7th – 8th May 2010. Online Zugriff am 12. Jänner 2013: <http://www.navdanya.org/news/99-bhu-swaraj-convention-on-land-grab-and-resource-grab>

Osterhammel Jürgen (2003): Kolonialismus. Geschichte Formen Folgen. C.H. Beck oHG. München

Parnreiter, Christof (2003): Für eine „andere“ Globalisierung? Über Krisen im Kapitalismus und Globalisierung als Strategie, sie zu überwinden. In: Faschingeder Gerald, Fischer Karin, Jäger Johannes, Strickner Alexandra (Hg.) (2003): Bewegung macht Geschichte. Globale Perspektiven für Gesellschaftsveränderung. Mandelbaum Edition Südwind. Wien. 19-42.

Patnaik Sanjoy (2007): PESA, the Forest Rights Act, and Tribal Rights in India. Proceedings: International Conference on Poverty Reduction and Forests, Bangkok, September 2007.

Perera Jayantha (2009): Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Forest Rights) Act 2006: A Charter of Forest Dwellers' Rights? In: Perera Jayantha (2008): Land and Cultural Survival. The Communal Land Rights of Indigenous Peoples in Asia. Asian Development Bank.

Prabhu P. (2004): Tribal Forest Interface – Logic of Survival. In: Combat Law: Adivasis. Ecological Refugees. Broken Promises, Insensitive Laws.

- Prasad J. (2005): Tribal Movements in India. New Delhi: Kilaso Books.
- Prasad Viniyanka (2008): Development: The UN Declaration on the Rights of Indigenous Peoples: A Flexible Approach to Addressing the Unique Needs of Varying Populations. In: Chicago Journal of International Law. Volume 9. 297- 323.
- Ramagundam R. (2001): Defeated Innocence: Adivasi Assertion, Land Rights and the Ekta Parishad Movement. New Delhi: Grassroots India.
- Robinson I. William (2005): Gramsci and Globalisation: From Nation-State to Transnational Hegemony. In: Critical Review of International Social and Political Philosophy, 8:4, 559-574.
- Rupert Mark (2005): Reading Gramsci in an Era of Globalising Capitalism. In: Critical Review of International Social and Political Philosophy, 8:4, 483-497
- Rycroft Daniel J., Dasgupta Sangeeta (2011): Indigenous pasts and politics of belonging. In: Rycroft Daniel J., Dasgupta Sangeeta (2011): The Politics of Belonging in India. Becoming Adivasi. Routledge. Abingdon. 1-14.
- Sailer, Johanna (2010): Die Entwicklung indigener Landrechte in (Nordost-)Indien: Strategien der Umsetzung im internationalen Rechtskontext. Dissertation, Universität Wien.
- Scheinin Martin (2004): Indigenous Peoples' Land Rights Under the International Covenant on Civil and Political Rights. Torkel Oppsahl's Minneseminar April 28 2004. Norwegian Centre for Human Rights. University of Oslo.
- Shah Alpa (2010): In the Shadows of the State. Indigenous Politics, Environmentalism, and insurgency in Jharkhand, India. Duke University Press. Durham and London.
- Shiva Vandana, Jani Shreya, Fontana Sulakshana M. (2011): The Great Indian Land Grab. Navdanya New Delhi.
- Sinha S. (1965): Tribe Caste and Tribe-Peasant Continuum in Central India. Man in India. 45 (1): 57-83.
- Skoda (2004): Zur Stammensbevölkerung bzw. zu ethnischen oder tribalen Gruppen Indiens. Zugriff 13. August 2012 <http://www.suedasien.info/laenderinfos/462>
- Shiva Vandana, Jani Shreya, Fontana Sulakshana M. (2011): The Great Indian Land Grab. Navdanya New Delhi.
- Stavenhagen Rudolfo (2009a): Die universelle Bedeutung der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker und des Übereinkommens der Internationale Arbeitsorganisation Nr. 169 über indigene und in Stämmen lebende Völker. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Berlin.
- Stavenhagen Rudolfo (2009): Making the Declaration Work. In: Charters Claire, Stavenhagen Rudolfo (2009): Making the Declaration Work. The United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples. IWGIA. Copenhagen. 352-372.
- Tauli-Corpuz Victoria (2008): The Concept of Indigenous peoples at the International Level: Origins, Development and Challenges. In: Erni Christian (2008): The Concept of Indigenous Peoples in Asia. A Resource Book. IWGIA, Copenhagen.

Tushnet, Mark (1991): Critical Legal Studies: A Political History. In: The Yale Journal. Vol 100, No. 5. Centennial Issue. 1515-1544.

Van Schendel Willem (2011): The dangers of belonging: tribes, indigenous peoples and homelands in South Asia. In: Rycroft Daniel J., Dasgupta Sangeeta (2011): The Politics of Belonging in India. Becoming Adivasi. Routledge. Abingdon. 19-43.

Wiessner Siegfried (2009): The United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples: Selected Issues.

Wiessner Siegfried, Lenzerini Frederico (2010): The Hague Conference (2010). Rights of Indigenous Peoples. Draft Interim Report.

Woldemelekt Workabeba Bekele (2008): Liability of Transnational Corporations for Indigenous Peoples Human Rights Violations. Master Thesis. University of Tromsø, Norway.

Xaxa Virginious (1999): Tribes as Indigenous People of India. In: Economic and Political Weekly. Vol 24 No 51. 3589-3595.

Xaxa Virginious (2008): The Concept of Indigenous Peoples in India. In: Erni Christian (2008): The Concept of Indigenous Peoples in Asia. A Resource Book. IWGIA, Copenhagen.

Yupsanis Athanasios (2010): ILO Convention No. 169 Concerning Indigenous and Tribal Peoples in Independent Countries 1989-2009. An Overview.: In: Nordic Journal of International Law 79. 433-456

Legal Instruments and Documents

Cobo José Martinez (1983): Study of the Problem of Discrimination against Indigenous Populations- Volume 5. Chapter 21. Conclusion, Proposals and Recommendations. UN Dokument E/CN.4 Sub.2 /1983/21/Add.8. Online-Zugriff 28. November 2011. <http://social.un.org/index/IndigenousPeoples/Library/Mart%C3%ADnezCoboStudy.aspx>

Daes Erica-Irene A. (2001): Prevention of Discrimination and Protection of Indigenous Peoples and Minorities. Indigenous Peoples and Their Relationship to Land. Final Working Paper prepared by the Special Rapporteur Mrs. Erica-Irene A. Daes. Online-Zugriff am 29. November 2012: <http://www.unhchr.ch/huridocda/huridoca.nsf/%28Symbol%29/E.CN.4.Sub.2.2001.21.En?Opendocument>

ILO Convention No. 169. Concerning the Protection of Indigenous and Tribal Peoples in Independent Countries. 1989. The General Conference of the International Labor Organization. 76th session.

ILO Convention No. 107. Concerning the Protection and Integration of Indigenous and other Tribal and Semi-Tribal Populations in Independent Countries. 1957.

International Covenant on Civil and Political Rights. 16 Dec. 1966. General Assembly Resolution 2200 A (XXI). UN Doc.A/6316 (Entered into force 23 Mar. 1976)

Samatha vs. State of Andhra Pradesh, 11.07.1997. Onlinezugriff 28. November 2012 auf <http://www.samataindia.org/documents/Samatajudgement.pdf>

United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples.

United Nations (2005): Contribution of the ILO. International Workshop on free, prior and informed consent and Indigenous Peoples. New York, 17-19 January 2005. UN-Dokument PFII/2005/WS.2/4.

Weltbank Operational Policy 4.10, July 2005. Online-Zugriff 28. November 2012 auf: <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/PROJECTS/EXTPOLICIES/EXTOPMANUAL/0,,contentMDK:20553653~menuPK:4564185~pagePK:64709096~piPK:64709108~theSitePK:502184,00.html>

7. Zusammenfassung

Die so genannten Adivasis gehören zu einem Teil der Bevölkerung Indiens, der historisch gesehen durch den Entzug ihrer Existenzgrundlage, nämlich das Land und dessen Ressourcen von welchen sie leben, starken Marginalisierungserfahrungen ausgesetzt war und ist. Die Regelwerke zu Land- und Ressourcenrechten, welche mit der Absicht diesen Marginalisierungserfahrungen entgegenzuwirken entstanden sind, sollen hier mit den Hypothesen und Überlegungen der Critical Legal Studies analysiert werden.

Die Critical Legal Studies behaupten, dass Gesetz keineswegs ein rationales System akkumulierter Weisheit, weder neutral, bestimmt noch objektiv sei, sondern seine unter spezifischen sozialen Bedingungen angenommene Form von den (gegen)hegemonialen Machtbeziehungen des gegenwärtigen historischen Blocks abhängt.

Critical Legal Studies Theoretiker bezeichnen die spezielle Form, welche Recht unter den gegenwärtigen historischen Konjunkturen des Neoliberalismus und des Kapitalismus (in Indien ausgedrückt in der so genannten „New Economic Policy“) annimmt, als „Spätkapitalismus des Rechts“. Es ist zu beobachten, dass Regelwerke, welche im Interesse dieses historischen Blocks sind, in der Regel eher dazu neigen strenger verrechtlicht zu werden, und im Gegensatz dazu diejenigen, welche antisystemische Kräfte anregen könnten – wie Land- und Ressourcenrechte für Adivasis – dazu tendieren in den Soft-Law Bereich zu fallen.

Diese Einschätzung der Critical Legal Studies ist im Zuge der Auseinandersetzung mit den internationalen und indischen Regelwerken für Land- und Ressourcenrechte Indigener Völker zu erkennen. Die Wirksamkeit und inhaltliche Vollständigkeit der einzelnen Bestimmung ist von der Bereitschaft des polit-ökonomischen Umfelds abhängig. Wie Vergangenheit und Gegenwart zeigen nehmen Land- und Ressourcenrechtsforderungen der Adivasi eine unwichtige Rolle in der politökonomischen Agenda der „New Economic Policy“ ein. Ein Kampf um Land- und Ressourcenrechte für Adivasi beinhaltet insofern auch ein Aufbrechen dieser Strukturen.

Die Bewegung für Land- und Ressourcenrechte indigener Völker ist dabei eine Methode des Aufbrechens. Eine weitere These der Critical Legal Studies ist also, dass Recht auch ein Werkzeug für gegenhegemoniale Bewegungen, welche Möglichkeiten für die revolutionäre Transformation der globalen politischen Ökonomie formulieren, sein kann. Dabei wird die vor allem die „Deklaration der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker

2007“ (kurz UNDRIP) und – auf regionaler Ebene – der „Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Forest Rights) Act 2006“ (kurz FRA) und der „Provision of Panchayat Extension to Scheduled Areas Act 1996“ (kurz PESA Act) besonders positiv bewertet. Um solchen Bewegungen Antrieb geben zu können, wollen die Critical Legal Studies gegenhegemoniale Rechtsversprechen kritisch analysieren: Handelt es sich wirklich um Gegenhegemonie oder um Trasformisimo, also um Schutzpolster für den Kapitalismus? In Zuge dessen wird in der Arbeit analysiert, unter welchen Umständen – bezogen auf die Kriterien für die Anerkennung von Land- und Ressourcenrechten – die Rechtsbewegung Gefahr laufen könnte, Facetten von Trasformisimo widerzuspiegeln- Es wird geschlussfolgert, dass sich die Legitimierung der Land- und Ressourcenrechte auf breit gefasste Kriterien beziehen sollte, um der Klassendimension eine Entfaltungsmöglichkeit zu bieten. In diesem Kontext wurden ebenfalls die UNDRIP, der Forest Rights Act und der PESA Act positiv bewertet. Es bleibt zu hoffen, dass die genannten Regelwerke, als Teil von vielen anderen gegenhegemonialen Bestrebungen, destruktive Strukturen aufbrechen werden.

8. Abstract

The so-called Adivasis are a part of India's population. Ever since the colonial era until today, marginalization, in form of the deprivation of their land and resources, has been affecting them. The attempt to redress and to countervail further marginalization led to the development of global and regional right-based movements. The paper addresses the legal frameworks for land and resources rights that were developed during these discourses alongside further hypotheses and considerations of the Critical Legal Studies.

Critical Legal Studies Scholars state that law is neither a rational system of accumulated wisdom, nor a neutral or objective one. Under specific social conditions its form is in the contrary contingent on the (counter) hegemonic power relations of the historic bloc. One of the main statements refers to what the Critical Legal Studies call "late capitalism of law" – the fact that law in the interest of the historic bloc (which takes the form of the so called "New Economic Policy" in the Indian context) tends to result in hard law juridification. On the other hand, human rights concerns like the land- and resources rights- agenda for the Adivasis, who are opposed to neoliberal, capitalist interests, are likely to stay in the soft-law domain.

This assumption is legitimate when it comes to the analysis of the global and regional land- and resources rights for the Adivasis of India. The efficacy of the individual provisions is insofar immensely linked with the willingness and interests of the politico-economical surrounding. As past and present challenges show, land and resources rights for Adivasis are low on the Indian political and executive agenda. Hence, the change of the situation of the Adivasis also implies the need for the change of the current hegemonic structures of the "New Economic Policy".

The land- and resources rights movement for Indigenous Peoples is in this respect already a method for provoking a change. Seeing that, a further hypothesis of the Critical Legal Studies is, that Law can be a tool for counterhegemonic movements which want to formulate a revolutionary transformation of the global political economy. The "Declaration of the United Nations for the Rights of Indigenous Peoples 2007" (UNDRIP), the "Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Forest Rights) Act 2006" (FRA) and the „Provision of Panchayat Extension to Scheduled Areas Act 1996“ (kurz PESA Act) play a significant role in the counter hegemonic struggle. In analyzing those counterhegemonic right aspects, the difference between counterhegemony and trasformismo should be acknowledged.

Trasformismo refers to supposed right achievements, which are in closer observation still working inside and reproducing the historic bloc. In this sense the Critical Legal studies see trasformismo as safety valves for capital. Reacting to these considerations, the paper analysis under which conditions – referring to the criteria for the recognition of land and resources rights – the movement is at risk for trasformismo. The conclusion is that the land and resources rights should, in favor for giving the class dimension a scope, be based on criteria which are phrased in broad terms. Again, the UNDRIP, the FRA and the PESA Act are looked upon favourably.

We can only hope that the mentioned provisions will, as one facet of a wide variety of counterhegemonic endeavors, evoke change.

8. Lebenslauf

Name	Dewi Pointner
Date and Place of Birth	Linz, 28. Juni 1987
Citizenship	Austria
Email	shakti.tara.devi@gmail.com

AUSBILDUNG

1993 – 1997	Volksschule Ansfelden, Oberösterreich
1997 – 2001	Gymnasium der Kreuzschwesternschule, Linz
2001 – 2006	Handelsakademie Rudigier, Linz
2008 – 2010	Kolleg für Fotografie und audiovisuelle Medien „Die Graphische“, Wien
2007 – 2013	Magisterstudium „Internationale Entwicklung“ an der Universität Wien

WEITERE ERFAHRUNGEN UND QUALIFIKATIONEN

Fotografie Ausstellungen	„FREE TIBET“ Ausstellung im März 2009 im Cafe Afro (Wien) anlässlich des 50. Jahrestages des Tibetaufstandes vom 10. März 1959: Die Ausstellung präsentierte Portraits von in Indien lebenden tibetischen Flüchtlingen, welche in Delhi an einer Demonstration teilnahmen. Darüberhinaus gab es eine Lesung der Protestliteratur des tibetischen Schriftstellers Tenzin Tsundues auf der Vernissage. „WAITIG FOR ASYL“: Dokumentarische Portraits von AsylwerberInnen, welche in einer Grundversorgungseinrichtung von SOS Menschenrechte in Linz während ihres Asylverfahrens leben, wurden im Rahmen der Konferenz „Globale Ungleichheit neu denken: Entwicklung(sforschung) in Diskurs, Kritik und Praxis“ des Instituts „Internationale Entwicklung“ im Oktober 2011 gezeigt.
Laufende Fotografieprojekte	„MACONDO“: Audioaufnahmen von Interviews mit anerkannten AsylwerberInnen, welche in Macondo (Wien) leben und fotografische Dokumentation ihrer Lebenswelten in Macondo.

Jobs, Praktika,
ehrenamtliche Tätigkeit

März 2010 – Mai 2010: Praktikum in der Web-Abteilung von „Logomography“, Wien

September 2010 – Februar 2011: Köchin im Bioladen „Tongues“, Wien

August 2011 – September 2011: ehrenamtliches Praktikum bei SOS Menschenrechte als Sozialarbeiterin in einer Mädchen-Wohngemeinschaft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

März 2012 – August 2012: Landwirtschaftliche Arbeit auf einem Biobauernhof, Leonding

September 2012 – Februar 2013: Aushilfe als Pädagogin im Hort Kremsdorf

November 2012 bis Jänner 2013: Köchin im afrikanischen Restaurant „Tamu Sana“

Auszeichnungen
und Stipendien

2011 Leistungsstipendium der Universität Wien

2011 mit der Serie „Macondo“ unter den zehn Bestgereihten des internationalen Fotowettbewerbs „Wort im Bild“ im Rahmen der „Tage der deutschsprachigen Literatur“ im ORF-Zentrum Klagenfurt

2012 „Waiting for Asyl“-Fotoserie für das Bilderforum „Images of Development and Global Inequalities“ der Konferenz „Globale Ungleichheit neu denken: Entwicklung(sforschung) in Diskurs, Kritik und Praxis“ des Instituts „Internationale Entwicklung“ im Oktober 2011 ausgewählt

Sprachen

Deutsch (Muttersprache)

Englisch (fließend)

Hindi (Grundkenntnisse)

Französisch (Maturaniveau)